Übersicht über die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017

Programme: CDU/CSU (inkl. Bayernplan der CSU), SPD, Die LINKE, Bündnis 90/ Die GRÜNEN, FDP, AFD.

Zusammenstellung: Büro des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik und der Europäischen Union: Christian Ehrens unter Beteiligung der Dienststelle Brüssel (Kathrin Hatzinger, Ulrike Truderung, Julia Maria Eichler, Valentin Wendebourg)
Hervorhebungen im Text: Christian Ehrens

Stand: 04. August 2017.

Inhalt

A. Grundlagen für die Zusammenstellung ... 3
B. Vergleichende Übersicht der Wahlprogramme ... 4
1. Verhältnis Staat-Kirche/ Bedeutung der Religionsgemeinschaften ... 4
CDU/ CSU ... 4
CSU – Bayernplan ... 5
SPD ... 6
Die LINKE ... 7
Bündnis 90/ Die GRÜNEN ... 8
FDP ... 9
AfD ... 10
2. Religionsunterricht/ kirchliche Schulen ... 12
CDU/ CSU ... 12
SPD ... 12
Die LINKE ... 12
Bündnis 90/ Die GRÜNEN ... 12
FDP ... 12
AfD ... 12
3. Kirchliches Arbeitsrecht ... 13
CDU/ CSU ... 13
SPD ... 13
Die LINKE ... 13
Bündnis 90/ Die GRÜNEN ... 13
FDP ... 13
AfD ... 13
4. Schutz des Sonn- und Feiertages ... 14
CDU/ CSU ... 14
CSU – Bayernplan ... 14
SPD ... 14
Die LINKE ... 14
Bündnis 90/ Die GRÜNEN ... 14
FDP ... 14
AfD ... 14
5. Ethische Fragen im Blick auf Lebensanfang und -ende ... 14
CDU/ CSU ... 14
CSU – Bayernplan ... 15
SPD ... 15
Die LINKE ... 15
Bündnis 90/ Die GRÜNEN ... 16
FDP ... 16

AfD 17
6. Familienpolitik 17
CDU/ CSU 17
CSU – Bayernplan 18
SPD 18
Die LINKE 20
Bündnis 90/ Die GRÜNEN 21
FDP 23
AfD 24
7. Integrations- und Flüchtlingspolitik 26
CDU/ CSU 26
CSU – Bayernplan 28
SPD 30
Die LINKE 33
Bündnis 90/ Die GRÜNEN 36
FDP 39
AfD 41
8. Außen-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik 45
CDU/ CSU 45
CSU –Bayernplan 45
SPD 46
Die LINKE 48
Bündnis 90/ Die GRÜNEN 49
FDP 50
AfD 52
9. Nachhaltige Entwicklung/ globale Gerechtigkeit (Umwelt- und Entwicklungspolitik) 52
CDU/ CSU 52
CSU – Bayernplan 55
SPD 56
Die LINKE 63
Bündnis 90/ Die GRÜNEN 66
FDP 71
AfD 75
10. Zukunft Europas 77
CDU/ CSU 77
CSU – Bayernplan 78
SPD 79
Die LINKE 82
Bündnis 90/ Die GRÜNEN 84
FDP 86
AfD 89

A. Grundlagen für die Zusammenstellung

CDU/CSU

„Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021“, 03 Juli 2017, 76 Seiten (https://www.cdu.de/regierungsprogramm).

CSU

„Ergänzender Bayernplan“, 23. Juli 2017, 42 Seiten (http://www.csu.de/programm/bayernplan/bayernplan.pdf) (*Seitennummerierung der ersten nicht nummerierten Seiten: 0.1-0.6).*

SPD

„Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. Das Regierungsprogramm 2017-2021“, 26. Mai 2017, 88 Seiten (https://www.spd.de/standpunkte/regierungsprogramm/).

Die LINKE

„Die Zukunft für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“, beschlossen 9.-11. Juni 2017, 136 Seiten (https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/wahlprogramm2017.pdf).

„Sozial. Gerecht. Für alle – konkret“, zweiseitige Kurzfassung (https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/Flyer_Kurzform_Sozial.Gerecht.Fu%CC%88r_alle.pdf).

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

„Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017“, beschlossen 16.-18. Juni 2017, schriftlich veröffentlicht am 12. Juli 2017, 231Seiten (https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf).

„Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen. Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren“, 31. Mai 2017, 5 Seiten (https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/20170531_Zehn-Punkte-Plan_fuer_gruenes_Regieren.pdf). (Zitationsabkürzung: ZPP).

FDP

„Schauen wir nicht länger zu. Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017“, 23. Mai. 2017, 95 Seiten (https://www.fdp.de/bundestagswahlprogramm).

AfD

„Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017“, beschlossen 22./23. April 2017, 76 Seiten (https://www.afd.de/wahlprogramm/).

B. Vergleichende Übersicht der Wahlprogramme

1. Verhältnis Staat-Kirche/ Bedeutung der Religionsgemeinschaften

Jeweils: 1.1.: Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik; 1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit; 1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

CDU/ CSU

1.1. Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik

„CDU und CSU verbindet das **christliche Menschenbild**, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und die Würde des Menschen unantastbar ist. Uns eint ein gemeinsames Wertefundament und das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Wurzeln sind christlich-sozial, liberal und konservativ. Auf dieser Grundlage gestalten wir seit vielen Jahrzehnten erfolgreich Politik." (S. 7)

1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

„Die **Aufklärung und unser christlich-jüdisches Erbe** prägen Deutschland bis heute und sind und bleiben ein wichtiges Fundament. Deshalb ist es gut, dass **jüdisches Leben** in Deutschland heute wieder heimisch ist. Die **christlichen Kirchen** leisten seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren Beitrag zum geistigen Leben in Deutschland und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. In kirchlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, in der Kranken- und Altenpflege, in der Jugendarbeit und in vielen anderen Bereichen. Der großartige Einsatz kirchlich engagierter Menschen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel." (S. 73)

„Ein besonderes Anliegen ist uns der **Einsatz für Millionen Christen, die in anderen Ländern wegen ihres Glaubens bedrängt und verfolgt werden**. Wir werden künftig einen **Sonderbeauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit berufen**." (S. 73)

„Die Feierlichkeiten zum **500. Jahrestag der Reformation** haben uns noch einmal eindringlich vor Augen geführt, wie eng unsere Geschichte und unsere Kultur mit den christlichen Kirchen verbunden sind. Wir werden deshalb auch künftig die Arbeit der Kirchen in vielfältiger Weise unterstützen." (S. 73)

Religionsfreiheit in Deutschland (S. 72-74)

„**Religionsfreiheit** gehört zu den wichtigen und prägenden Grundrechten des Grundgesetzes. Staat und Religion sind aus guten Gründen getrennt. Religiöser Glaube, Kirchen und Religionsgemeinschaften haben aber ihren festen Platz in unserer Gesellschaft." (S. 72)

„Die Religionsfreiheit gilt für alle Menschen in Deutschland: Christen und Juden, Muslime, Hindus und Sikhs, Buddhisten, Bahais und viele andere. Sie können sich frei entfalten und ihren Glauben leben, soweit und solange dies mit unserer Rechtsordnung vereinbar ist. Wir ermutigen alle zum **interreligiösen Dialog** und zum gemeinsamen Eintreten für unser Land.

„Die in Deutschland lebenden **Muslime** tragen mit ihren Ideen und ihrer Arbeit seit langem zum Erfolg unseres Landes bei und gehören deshalb zu unserer Gesellschaft. In der Deutschen Islam Konferenz haben wir bereits vor Jahren den Dialog mit den hier lebenden Muslimen und ihren Organisationen begonnen. Wir erwarten greifbare Erfolge und werden alle Dialogpartner dazu verpflichten.

- Wir wollen helfen, dass sich der friedliche und integrationsbereite **Islam** in Deutschland auf dem Boden des Grundgesetzes so organisiert, dass er Verhandlungs-und Dialogpartner von Staat und Gesellschaft sein kann.
- Den Missbrauch des Islam für Hass, Gewalt, Terrorismus und Unterdrückung lehnen wir gemeinsam mit allen friedlichen Muslimen ab und akzeptieren ihn nicht. Moscheen, in denen Hass und Gewalt gepredigt werden, in denen sich Salafisten oder Gefährder treffen, müssen

geschlossen werden. Die betreffenden Personen müssen mit der Härte des Gesetzes verfolgt und – soweit sie nicht Deutsche sind – abgeschoben werden.

- Politische Einflussnahme aus dem Ausland lehnen wir ab."

1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

Keine Aussagen.

CSU – Bayernplan

1.1. Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik

„Unser Land ist und bleibt christlich geprägt: Das christliche Menschenbild trägt unsere Werte, christliche Feiertage bestimmen hier den Kalender, christliche Kirchen prägen unsere Orte und in den christlichen Traditionen wurzelt unser Brauchtum. Wir werden die christlichen Feiertage in Bayern uneingeschränkt erhalten. Wir sind tolerant und respektvoll gegenüber anderen Religionen, aber wir führen keine islamischen Feiertage ein. Wir müssen unsere christlichen Wurzeln bewahren." (S. 14)
„Wir lassen niemanden zurück. Das entspricht unserer **Orientierung am christlichen Menschenbild**." (S. 24)

1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

„Wir sind froh über die aktiven **jüdischen Gemeinden** und Zentren jüdischen Lebens in Bayern. Zum Grundkonsens unseres Zusammenlebens gehört die klare Absage an Rassismus und Antisemitismus in jeglicher Form." (S. 15)

„Wir fordern, dass die Muslime in Deutschland sich für einen **Islam** einsetzen, der unserer Werteordnung aus Humanismus und Aufklärung entspricht und salafistischen Strömungen eine klare Absage erteilt. Wir müssen den Einfluss aus dem Ausland auf die islamischen Gemeinden in Deutschland deutlich verringern. Finanzierung aus dem Ausland muss transparent gemacht werden. Künftig müssen mehr Imame in Deutschland ausgebildet werden. Ihre Predigten sollen auch in deutscher Sprache gehalten werden. Die Aufnahme von Imamen aus dem Ausland, die nicht zweifelsfrei auf dem Boden der Verfassung stehen, muss beendet werden. Wir brauchen eine Überprüfung der Imame." (S. 15)

„Wir werden den Kampf gegen den **islamistischen Terror** auf allen Ebenen entschlossen führen. Wer den Zusammenhang von islamistischem Extremismus und Terror nicht wahrnimmt, wird die weltweit agierende Ideologie der Gewalt nicht stoppen." (S. 2)
„Wir dulden es nicht, wenn **Salafisten** unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit den Koran verteilen." (S. 2)

1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

Keine Aussagen.

SPD

1.1. Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik

„Für diese Werte kämpfen wir, wie wir es in unserer langen Geschichte immer getan haben. Für eine Gesellschaft, die jedem Menschen respektvoll und mit Würde begegnet. Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Identität, Religion. Unabhängig davon, ob jemand eine Behinderung hat, krank oder pflegebedürftig ist. Unabhängig von Beschäftigung und Lebensgrundlage.“ (S. 3)

1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

„Unser kulturelles Leben ist einzigartig. Ebenso wie unsere Zivilgesellschaft mit ihren vielen unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Initiativen, den Wohlfahrtsverbänden, **Kirchen und Religionsgemeinschaften**, in denen sich Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren.“ (S. 3)

„Die **Wohlfahrtspflege** ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und für uns ein wichtiger Partner… **Kirchen**, **Religionsgemeinschaften** und Verbände leisten hier unverzichtbare Arbeit.“ (S. 62)
„Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Die Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe. Wir würdigen das große Engagement vieler Freiwilliger, aber auch von Menschen in Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, **Kirchen und Religionsgemeinschaften**, Initiativen und Vereinen, die sich für neu Hinzugezogene einsetzen und die gegen Rassismus aufstehen. Wir danken ihnen und erkennen ihre Arbeit an.“ (S. 62)
„Sport und Kultur sind ein starker **Integrationsmotor**. … Wir sind stolz auf alle Vereine und die vielen Ehrenamtlichen, die sich für das **Miteinander** einsetzen. Dieses Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Das gilt auch für alle Einrichtungen und Orte, die Begegnung ermöglichen – Vereine, Gewerkschaften, **Kirchen, Religionsgemeinschaften** oder Bürgerinitiativen.“ (S. 68)

„Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine **Deutsche Engagementstiftung** unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern aus Kultur, Bildung, Freier Wohlfahrtspflege und Rettungs- und Hilfsdiensten gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, **Kirchen** und Nichtregierungsorganisationen, über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden.“ (S. 62)

„Der **interreligiöse Dialog** und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt“ (S. 68)

„**Muslime und der Islam** sind Teil unseres Landes. Wir unterstützen die organisatorische Entwicklung von muslimischen Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland nach deutschem Recht gründen und wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung achten. Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen.“ (S. 68)

„Wir wollen eine **Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und Islamisten** durchsetzen. Ein Großteil fundamentaler Islamisten in Deutschland radikalisiert sich hier, in unserem Land. Wir werden extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung unterbin-

den. Mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir weiter zusammenarbeiten. Wir stärken die **gute Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort** und sorgen frühzeitig dafür, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalisieren." (S. 54f.)

1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

Keine Aussagen.

Die LINKE

1.1. Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik

„Wir streiten. Wir demonstrieren. Wir haben Hoffnung. **Wir sind die Hoffnung** auf Veränderung. Gemeinsam können wir das Land verändern. Auf jede und jeden kommt es an." (S. 10)

1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

„Wir verteidigen die Freiheit zur und von der Religion und die Trennung von Staat und Kirche" (S. 132)
„Wir verteidigen die **Freiheit** der Gedanken, **des** Gewissens und **Glaubens**. Gegen einen vermeintlichen »Kampf der Kulturen« unterstützen wir den Einsatz von Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und Religionen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden." (S. 132)
„Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches Bekenntnis zu einer Religion ein. DIE LINKE spricht sich gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab. Beim Baden soll jede und jeder die Badebekleidung tragen, die beliebt." (S. 133)

„Für Menschen, die wegen ihrer Entscheidung gegen religiös motivierte Bekleidung, wegen eines Konfessionswechsels oder des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft unter Druck gesetzt werden, wollen wir Einrichtungen zur Beratung und Unterstützung schaffen." (S. 133)
„Wir wollen sicherstellen, dass der **Austritt aus allen Religionsgemeinschaften und Kirchen kostenlos** ist." (S. 133)
„Die LINKE ist gegen ein Bauverbot von **Sakralbauten**." (S. 133)
„**Jüdische** und **muslimische Feiertage** sollen als staatlich geschützte Feiertage anerkannt werden" (S. 133)

1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

„DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein." (S. 133)
„Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und Kirche ein. Der Staat muss unabhängig von den Religionen sein und Menschen, die aus weltanschaulichen oder religiösen Gründen verfolgt werden, schützen. Allen Versuchen, Demokratie und gleiche Rechte für alle mit dem Verweis auf vermeintlich natürliche oder göttliche Gesetzmäßigkeiten einzuschränken, setzen wir Widerstand entgegen." (S. 132)

„Die **Militärseelsorge wollen wir abschaffen**. Sie entspricht in der jetzigen Form nicht dem verfassungsmäßig gegebenen Recht auf Religionsfreiheit und ist auch innerhalb der Kirchen umstritten. Sie muss durch einen Vertrag ersetzt werden, der eine religiöse Betreuung durch alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und eine freie Religionsausübung der Angehörigen der Bundes-

wehr garantiert. Das Weisungsrecht für Pfarrerinnen und Pfarrer und die staatliche Finanzierung durch die Bundeswehr müssen abgeschafft werden.“ (S. 133)

„Die Kirchen sollen ihre **Mitgliedsbeiträge** selbstständig und selbstverantwortlich erheben. Wir treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur **Ablösung der Staatsleistungen** an die Kirchen ein.“ (S. 133)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

1.1. Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik

„Treten Sie mit uns für die Werte ein, die unser Land und Europa stark und lebenswert gemacht haben, die uns weit über Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: die Würde des Menschen, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Freiheit und Demokratie.“ (BWP, S. 7)

1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

„Eine vielfältige, offene Gesellschaft baut auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie halten unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben. Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur, **Religion** und Weltanschauung selbstbestimmt leben und sich gegenseitig respektieren.“ (BWP, S. 120)

„Alle Menschen müssen die **Freiheit** haben, ihren **Glauben zu leben oder abzulegen**, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen – seien sie jüdisch oder christlich, muslimisch oder alevitisch, Humanist*innen, Atheist*innen oder frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Die Diskriminierung von Andersgläubigen dulden wir genauso wenig wie die von vermeintlich liberaleren Anhänger*innen der eigenen Religion.
Wir wollen den **Dialog** zwischen den Religionen und auch denen, die religionsfrei sind, fördern und damit das gegenseitige Verständnis füreinander voranbringen. Religiöse Lehren, Praktiken und Traditionen dürfen kritisiert werden, auch in der Kunst. Die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Nicht nur ihnen, auch der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland wollen wir gerecht werden, etwa in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Gedenk- und Trauerkultur.“ (BWP, S.121)

„**Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften** können eine **wichtige Stütze einer lebendigen Demokratie** sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben oder ihrer Überzeugung heraus gemeinsam mit uns für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut in ihrer Nachbarschaft. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ (BWP, S. 121)

„Für uns GRÜNE **gehört auch der Islam zu Deutschland**, wie alle anderen Religionen und Weltanschauungen. Wir verteidigen die **Religionsfreiheit der Muslime**, und wir gehen nicht leichtfertig mit islamischen politischen Organisationen um. Wir wollen islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imam*innen und islamischen Religionslehrer*innen, die **an deutschen Hochschulen unter Wahrung der Freiheit der Wissenschaft**, wie bei anderen Theologien auch, ausgebildet worden sind und die auch auf Deutsch predigen können. Islamische Gemeinschaften können und sollen als **Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes** anerkannt werden, wenn sie die **rechtlichen Voraussetzungen** dafür erfüllen. Sie können dann auch den

Körperschaftsstatus erlangen und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die **vier großen muslimischen Verbände** DİTİB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, VIKZ **erfüllen** aus grüner Sicht **derzeit nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen**. Sie sind **religiöse Vereine**. Ihre Identität und Abgrenzung untereinander ist nicht durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis begründet, sondern politischen und sprachlichen Identitäten aus den Herkunftsländern und der Migrationsgeschichte geschuldet. Wenn Muslim*innen sich bekenntnisförmig neu organisieren, würde das aus ihren Organisationen keine Kirchen, aber islamische Glaubens-gemeinschaften in Deutschland machen, mit Anspruch auf rechtliche Gleichstellung. Dann wäre der Islam in Deutschland auch angekommen. Inakzeptabel ist es jedoch, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken bis hin zu Spitzel-tätigkeiten genutzt werden. Vor diesem Hintergrund ist besonders wichtig, dass die Kooperationen zwischen Verbänden, muslimischen Gemeinschaften und dem Staat einen regelmäßigen Austausch vorsehen – mit dem Ziel, dass die Verbände unabhängige, inländische Strukturen entwickeln, die sich langfristig selbst tragen können.“ (BWP, S. 122)

„Leider werden gerade auch die bisher erreichten Errungenschaften infrage gestellt. **Islamist*innen** und Rechtsextremist*innen greifen sie mit terroristischen Anschlägen an. Rechtsnationale spalten die Menschen in ein völkisches ‚die‘ und ‚wir‘“ (BWP, S. 116)

1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

„Der **säkulare Staat** muss den Religions- und Weltanschauungs-gemeinschaften gegenüber **neutral** sein und darf sich keine Religion oder Weltanschauung zu eigen machen. Jede*r muss sich auf diese Neutralität verlassen können.“ (BWP, S. 122)
„Die historischen **Staatsleistungen an die beiden großen christlichen Kirchen wollen wir endlich ablösen**. Die **Kirchenfinanzen sollen transparenter werden** und den **aktuellen Kirchensteuereinzug wollen wir** so **reformieren**, dass Gleichbehandlung und Datenschutz gewährleistet sind.“ (BWP, S. 121)

„Der ‚öffentliche Friede‘ wird nicht durch kritische Kunst bedroht, sondern durch religiöse und politische Fanatiker*innen, denen es an Kritikfähigkeit oder Respekt vor Anderen fehlt. Deswegen wollen wir **§ 166 Strafgesetzbuch** (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen) **streichen**… Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz und den Menschenrechten… Für uns ist wichtig, dass das Grundgesetz uneingeschränkt gilt “ (BWP, S. 121)

FDP

1.1. Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik

„Daher lautet unser Auftrag: Stärken wir den Glauben der Menschen an sich selbst!“ (S. 2)

1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

„Die **Werte unseres Grundgesetzes** sind nicht verhandelbar. Sie garantieren die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Schutz von Minderheiten, die sexuelle Identität und die **Religionsfreiheit**, die auch umfasst, ganz frei von Religion zu leben oder sich satirisch mit Religionen auseinanderzusetzen.“ (S. 42)
„ Wir Freie Demokraten setzen uns für die **Religionsfreiheit** und die **Gleichbehandlung von Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften** ein… Daher soll jeder **seine Religion ausüben oder seiner atheistischen oder agnostischen Überzeugung folgen** können. Deshalb **lehnen wir auch bei-**

spielsweise ein generelles Verbot der freiwilligen Verschleierung ab, soweit dies nicht, etwa in öffentlichen Einrichtungen, im Einzelfall zur Identifizierung der Personalien oder nach dem Versammlungsrecht notwendig ist. Gleichzeitig müssen eventuelle private Zwänge, die Frauen zu einem bestimmten Verhalten drängen, konsequenter verfolgt und der Schutz vor häuslicher Gewalt verbessert werden. Zentral ist für uns bei jeder Religionsausübung die **Orientierung am Grundgesetz**. Wo das Grundgesetz als objektive Werteordnung unserer Gesellschaft missachtet und Gesetze verletzt werden, enden Toleranz und Respekt. **Verständnis für religiösen oder ideologischen Fundamentalismus darf es nicht geben**. In diesem Zusammenhang **lehnen wir auch die Einflussnahme aus dem Ausland durch die Finanzierung religiöser Vereine und Einrichtungen ab**, wie zum Beispiel durch die Türkei und Saudi-Arabien in Bezug auf bestimmte Moscheegemeinden." (S. 43)
„W**ir erwarten von religiösen Führern eine deutliche Absage an jegliche religiöse Begründung von Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen**." (S. 42)

1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

„Auch wenn absichtliche Schmähungen Andersgläubiger oder Andersdenkender nicht förderlich für ein friedliches Miteinander sind, halten wir den **Blasphemie-Paragraphen 166 StGB** für **überflüssig** und wollen ihn abschaffen." (S. 42)

AfD

1.1. Weltanschauung/ Religion als Grundlage der Politik

„Bürgerlich-freiheitliche Rechtsordnung: Die Prinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz und der bürgerlichen Vertragsfreiheit gehören zu den großen zivilisatorischen Errungenschaften Europas… Erst die **christliche und humanistische Kultur der europäischen Völker** brachte die vorgenannten Prinzipien hervor und verwirklichte sie in einem jahrhundertelangen Prozess." (S. 11f.)

1.2. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

„Die AfD erkennt uneingeschränkt die **Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit** an. Sie **fordert jedoch, der Religionsausübung** (gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 136 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung) **Schranken zu setzen** durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte. Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen. Islamkritik, auch religiöse Satire (und Karikaturen), sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig. Sie sind Ausfluss des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Kunstfreiheit." (S. 34)

„Einer Diffamierung rationaler Religionskritik als „Islamophobie" oder „Rassismus" tritt die AfD entgegen. Wir fordern jedermann dazu auf, solche Polemik durch intellektuellen Diskurs zu ersetzen." (S. 34)
„Der Islam im Konflikt mit der freiheitlichdemokratischen Grundordnung" (S. 34) „**Der Islam gehört nicht zu Deutschland**. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung" (S. 34) „Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar." (S. 34)
„Viele Muslime leben rechtstreu (und integriert) und sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will jedoch verhindern, dass sich abgeschottete islamische Parallelgesellschaften weiter aus-

breiten, in welchen muslimische ,,Friedensrichter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.“ (S. 34)

„**Verfassungsfeindlichen Vereinen**, die nach Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz zu verbieten sind, **ist der Bau und Betrieb von Moscheen wegen der konkreten Gefahr zu untersagen**, dass Imame dort Lehren verbreiten, die zu einer gegen unsere Rechtsordnung gerichteten politisch-religiösen Radikalisierung von Muslimen beitragen.“ (S. 34)

„**Islamische Staaten** wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den **Islam in Deutschland** verbreiten und ihre Macht vergrößern. Sie führen und unterstützen einen **Kulturkrieg**. So ist die Abhängigkeit der rund 900 **Ditib**-Moscheen und ihrer Imame vom staatlichen „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ der Türkei (**Diyanet**) nicht hinnehmbar. Über die Ditib übt die autoritäre Türkei starken Einfluss auf viele in Deutschland lebende Bürger türkischer Herkunft aus. Sie behindert dadurch deren Anpassung an unsere Gesellschaft und gefährdet die Loyalität zu unserem Staat.“ (S. 34)
„Wir wollen verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten **Salafismus und Terror** radikalisieren. Auch die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner soll unterbunden werden.“ (S. 34)

„Das **Minarett** lehnt die AfD als islamisches Herrschaftszeichen ebenso ab wie den **Muezzin-Ru**f, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich hierbei um religiösen Imperialismus… Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und andere religiöse Gemeinschaften in der Moderne praktizieren.“ (S. 35)

„**Imame** müssen sich vorbehaltlos zu unserem Grundgesetz bekennen. Die Predigten in Moscheen in Deutschland sollen in deutscher Sprache gehalten werden. Imame, die gegen das Grundgesetz agitieren, erhalten ein Predigtverbot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben.“ (S. 35)

*„Die **islamtheologischen Lehrstühle** an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.*
Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den **Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts** zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen – eine ausreichende Repräsentanz, die Gewähr der Dauer und die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts – nicht erfüllen. Die Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Gleichwertigkeit der Religionen, welche das Staatskirchenrecht verlangt, sind dem Islam fremd.

*Die AfD fordert ein allgemeines **Verbot der Vollverschleierung** in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.“* (S. 35)
„Im öffentlichen Dienst soll kein **Kopftuch** getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen in **Anlehnung an das französische Modell**.“ (S. 35)
„Der im Grundgesetz garantierten **Gleichberechtigung** von Frauen und Männern sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das **Kopftuch** als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2015, nach dem ein generelles **Kopftuchverbot** für muslimische Lehrerinnen verfassungswidrig sei, betrachtet die AfD als ein Hindernis für eine erfolgreiche Integrationspolitik.“ (S. 35)

„Wir fordern … eine flächendeckende Überprüfung aller Moscheevereine und bei Verdacht auf Verfassungsfeindlichkeit als Sofortmaßnahme ein Verbot, Koranunterricht zu erteilen.“ (S. 45)

1.3. Staatsleistungen, Staatskirchenverträge u.Ä.

„Die Bezahlung von Kirchenrepräsentanten wie Bischöfen etc. aus allgemeinen Steuermitteln ist abzuschaffen“ (S. 50)

„Die AfD verlangt, eine **standesamtliche Eheschließung vor jeder religiösen Trauung** rechtlich wieder für verbindlich zu erklären.“ (S. 35)
„Das Verbot der religiösen Voraustrauung, etwa durch Imame, soll wieder in Kraft gesetzt und die Streichung der §§ 67 und 67a im Personenstandsgesetz von 2009 rückgängig gemacht werden. Nur so können wir der Imam-Ehe entgegenwirken, die unter Umgehung der standesamtlichen Trauung und oftmals unter Zwang die Polygamie, Kinderehe und Verwandtenehe ermöglicht. Im Ausland geschlossene Ehen gemäß dem Familienrecht der Scharia, die gegen unsere Gesetze und unsere Moralvorstellungen verstoßen, sollen in Deutschland rechtlich nicht anerkannt werden.“ (S. 35)

2. Religionsunterricht/ kirchliche Schulen

CDU/ CSU

Keine Aussagen.

SPD

„Wer ein aufgeklärtes Wissen über die eigene und andere Religionen hat, ist oft weniger anfällig für Extremismus. Wir wollen daher **allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen**. Wir unterstützen den **islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache** auch aus präventiven Gründen. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden.“ (S. 68)

Die LINKE

„Wir wollen einen **Ethikunterricht**, in dem alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können. Im Rahmen des Bildungsauftrages sollen Schulen auch weiterhin **Wissen über Religionen vermitteln**. Soweit **bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen als Wahlfach** angeboten wird, sollten sich alle Religionsgemeinschaften beteiligen können.“ (S. 133)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

Keine Aussagen.

FDP

„Wir Freie Demokraten fordern eine gleichwertige Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft.“ (S. 5)

AfD

„Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an deutschen Schulen“ (S. 45) „Islamunterricht an deutschen Schulen dient derzeit nicht der Integration, sondern fördert ein Verharren in Einstellungen, die echte Integration verhindern.“ (S. 45)

„Da die **islamischen Gemeinschaften** in Deutschland **keine kirchenähnliche Struktur** aufweisen, kann ihnen das Privileg eines „bekenntnisgebundenen" Religionsunterrichts an staatlichen Schulen nicht zugestanden werden" (S. 45)

3. Kirchliches Arbeitsrecht

CDU/ CSU

Keine Aussagen.

SPD

Keine Aussagen.

Die LINKE

„Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich **innerhalb der Kirchen für eine Verbesserung von arbeitsrechtlichen Standards und gegen Diskriminierung einsetzen**." (S. 133)

„Das **Streikrecht und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte müssen auch für die Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten**: Der **§ 118 des Betriebsverfassungsgesetzes mit Ausnahmen für Religionsgemeinschaften und Tendenzbetriebe muss gestrichen werden**. **Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden**. Das Arbeitsrecht muss sicherstellen, dass ein aus Sicht der Kirchen »fehlendes privates Wohlverhalten« nicht zur Grundlage von Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen und Betrieben gemacht werden darf." (S. 18)

„Jede **Diskriminierung** von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen, queeren und asexuellen Menschen (LSBTTIQA) muss aufhören. Das gilt auch für **Kirchen und Religionsgemeinschaften als Arbeitgeber**. Ebenso müssen Geschiedene, von ihren Partner*innen getrennt oder unverheiratet in Beziehungen Lebende vor Diskriminierung und Kündigung durch Kirchen und Religionsgemeinschaften aufgrund Ihres Beziehungsstatus' geschützt werden." (S. 74)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

„Wir brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen sie besser schützen, ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und den Schwellenwert für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn Partizipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig. Das soll ebenso für die **Kirchen**, einen der größten Arbeitgeber im Land gelten: **Auch für ihre Beschäftigten wollen wir Koalitionsfreiheit und Streikrecht gewähr leisten. Zudem halten wir die persönlichen Loyalitätspflichten von Mitarbeiter*innen bei kirchlichen Trägern außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches für unverhältnismäßig.** Wir wollen deshalb die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmer*innen stärken und Ausnahmeregelungen beschränken." (BWP, S.218)

FDP

Keine Aussagen.

AfD

Keine Aussagen.

4. Schutz des Sonn- und Feiertages

CDU/ CSU

Keine Aussagen.

CSU – Bayernplan

„**Christliche Feiertage** bestimmen hier den Kalender… Wir werden die christlichen Feiertage in Bayern uneingeschränkt erhalten. Wir sind tolerant und respektvoll gegenüber anderen Religionen, aber wir führen keine islamischen Feiertage ein“ (S. 14)

SPD

Keine Aussagen.

Die LINKE

„DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den **erwerbsarbeitsfreien Sonntag**.“ (S. 1339

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

„Durch die Digitalisierung unserer Gesellschaft und neue Geschäftsmodelle der Unternehmen arbeiten immer mehr Arbeitnehmer*innen auch an Sonn- und Feiertagen, oft ohne für den Verzicht auf arbeitsfreie Sonn- und Feiertage besonders entschädigt zu wer-den. Das wird dem **hohen Wert des arbeitsfreien Sonn- und Feiertags** nicht gerecht. Für einen gerechteren Ausgleich wollen wir einen verbindlichen Flexibilitätszuschlag für alle, die an Sonn- oder Feiertagen arbeiten müssen.“ (BWP, S. 217)

FDP

„Wir Freie Demokraten setzen uns für **flexible Ladenöffnungszeiten** ein. In unserer modernen, digitalisierten Lebensrealität erscheinen feste gesetzliche Öffnungszeiten antiquiert. Damit es nicht mehr nur Online-Anbietern, sondern auch traditionellen Ladengeschäften möglich wird, ihre Waren rund um die Uhr zu verkaufen, setzen wir uns für flexible Ladenöffnungszeiten ein: **Jedes Geschäft soll demnach selbst entscheiden können, wann es öffnet und schließt**. Das **allgemeine Verkaufsverbot für den Einzelhandel an Sonntagen wollen wir aufheben**. **Wir wollen auch andere Verbote, wie Dienstleistungen an Sonn- und Feiertagen anzubieten, aufheben**.“ (S. 16f.)

AfD

Keine Aussagen.

5. Ethische Fragen im Blick auf Lebensanfang und -ende

Jeweils: 5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch; 5.2. Sterbehilfe.

CDU/ CSU

5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch

„Wir bekennen uns zum Schutz des menschlichen Lebens und zum Schutz der Menschenwürde, gerade in Grenzsituationen. Angesichts der rasanten Entwicklungen in der Medizin wollen wir die Chancen nutzen, aber auch ethische Grenzen erhalten.“ (S. 55)

5.2. Sterbehilfe

„Den Ausbau der **Hospiz- und Palliativversorgung** treiben wir entschlossen voran. An ihr wird deutlich, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. In allen Lebensphasen, bis zuletzt.“ (S. 41)

CSU – Bayernplan

5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch

Keine Aussagen.

5.2. Sterbehilfe

„Wir wollen jede Form der organisierten und **geschäftsmäßigen Sterbehilfe unterbinden**. Wir schützen die unantastbare Würde des Menschen bis zuletzt.“ (S. 27)
„Schwerstkranke und sterbende Menschen sollen möglichst bis zuletzt in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Gesellschaft, Gesundheitswesen und Staat sind in der Pflicht, die **Hospiz- und Palliativversorgung** umfassend auszubauen.“ (S. 27)

SPD

5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch

„Wir setzen uns für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ein. **Familienplanung** darf nicht vom Geld abhängen. Deshalb werden wir aus Steuermitteln für Frauen mit niedrigem Einkommen den **kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln** sicherstellen.“ (S. 32)

5.2. Sterbehilfe

Keine Aussagen.

Die LINKE

5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch

„**Reproduktionsmedizin** muss auch nicht-verheirateten, lesbischen und Single-Frauen durch Kostenübernahme der Krankenkasse zur Verfügung stehen.“ (S. 73)

„Wir setzen uns ein für das **Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Selbstbestimmung über den eigenen Körper** und treten jeglichem Sexismus energisch entgegen. In diesem Sinne sind wir für die **Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch, die Schwangerschaftsabbruch weiterhin als Straftatbestand aufführen** und nur unter der Bedingung einer Zwangsberatung in den ersten drei Monaten straffrei lässt. Wir wollen stattdessen eine **gesetzliche Regelung, die das Recht auf und den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen wohnortnah und barrierefrei garantiert**. Wir wollen eine dichte Beratungsstellenlandschaft, damit Frauen im Falle gewollter und ungewollter Schwangerschaften professionelle Unterstützung erfahren. Plankrankenhäuser müssen verpflichtet werden, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen.“ (S. 74)

„Wir fordern **Reproduktionsmöglichkeiten für Trans*menschen**. Sie müssen in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden. Wenn das Recht auf Reproduktion nicht willentlich abgetreten wurde, kann Anspruch auf eine Entschädigung erhoben werden“ (S. 77)

„**Verhütung** ist Teil der Selbstbestimmung aller Menschen. DIE LINKE fordert deshalb, sämtliche Verhütungsmethoden in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufzunehmen.“ (S. 74)

5.2. Sterbehilfe

Keine Aussagen.

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch

„Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein. Bei **ungewollter Schwangerschaft** brauchen Frauen wohnortnahe Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Erst recht brauchen sie keinen Rückschritt bei bereits erkämpften Rechten und keine Einschränkungen erreichter Freiheiten. Wir wollen das Recht einer selbstbestimmten Familienplanung stärken. Für Menschen mit geringem Einkommen soll der kostenfreie und unkomplizierte Zugang zu Verhütungsmitteln sichergestellt werden.“ (S. 133)

5.2. Sterbehilfe

„Zu einer guten Pflege gehört auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag hierfür leisten die **Hospizbewegung und die Palliativversorgung**, deren Rahmenbedingungen wir verbessern wollen“ (BWP, S. 204)

FDP

5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch

„Wir Freie Demokraten fordern einen offenen Umgang mit den Möglichkeiten der modernen **Reproduktionsmedizin.** Allen Menschen muss **unabhängig vom Familienstand der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Angeboten gegeben werden**. Das Kindeswohl hängt von der Liebe der Eltern ab, nicht von der Art der Zeugung. Der Staat sollte sich aus den intimen Angelegenheiten heraushalten und freie Entscheidungen ermöglichen, die ethisch vertretbar sind. **Eizellspenden und nichtkommerzielle Leihmutterschaft sind in vielen Staaten der EU bereits legal und sollten auch in Deutschland unter Auflagen erlaubt werden**.

5.2. Sterbehilfe

„Wir Freie Demokraten wollen die **Palliativmedizin und das Hospizwesen** weiter ausbauen, um den Menschen individuelle Möglichkeiten anzubieten, am Ende des Lebens einen selbstbestimmten Weg zu gehen. Dabei sollte neben der Neueinrichtung von Hospizen vor allem die Palliativversorgung in Kliniken, Alten- und Pflegeheimen sowie im häuslichen Umfeld erweitert werden“ (S. 48f.)
„Die meisten Menschen möchten **zu Hause sterben**. Daher bedarf es einer flächendeckenden Förderung einer spezialisierten **ambulanten Palliativversorgung** (SAPV) in vernetzten Teams aus Ärzteschaft, Pflegekräften, Psychologinnen und Psychologen, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, **Seelsorgenden**, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlich Helfenden, um den Sterbenden und ihren Angehörigen den Abschied vom Leben zu erleichtern.“ (S. 49)

„Die Strafandrohung für die **Beihilfe zur Selbsttötung** eines Schwerkranken schafft eine erhebliche Grauzone für Palliativmediziner, beeinträchtigt das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient und verletzt das Selbstbestimmungsrecht als Kern der Menschenwürde. Das ärztliche Standesrecht

unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland teilweise stark. Daher **fordern wir eine bundeseinheitliche Regulierung unter welchen Umständen die ärztliche Assistenz bei der Selbsttötung sanktionsfrei ist**." (S. 49)

AfD

5.1. Medizinische Fragen inkl. Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch

„Schutz des ungeborenen Lebens: Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel zu oft wird dieses Recht der Selbstverwirklichung oder sozialen Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die AfD durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der Adoption erleichtern und fördern." (S. 39)

Die **Schwangerschaftskonfliktberatung** muss tatsächlich dem **Schutz des Lebens** dienen… Um realistische Abtreibungszahlen erheben zu können, muss die **Meldepflicht für Abtreibungen verbessert** werden. Eine Unterlassung der Meldung seitens des ausführenden Arztes muss spürbare Sanktionen nach sich ziehen. Die Anonymität der Schwangeren ist dabei zu gewährleisten.
Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären." (S 39)

5.2. Sterbehilfe

Keine Aussagen.

6. Familienpolitik

Jeweils: 6.1. Familienbild und Ehe; 6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung;

CDU/ CSU

6.1. Familienbild und Ehe

„**Ehe und Familien** zu fördern, bleibt für uns eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Deshalb stehen Ehe und Familien unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Wir schreiben Familien kein bestimmtes Familienmodell vor. Wir respektieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Menschen sollen selbst entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben gestalten und ihren Alltag organisieren. Verantwortung wird auch in anderen Formen des Zusammenlebens, die auf Dauer angelegt sind, übernommen und gelebt: Zum Beispiel durch Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und die bestehenden eingetragenen Lebenspartnerschaften… Wir wollen, dass Familien Zeit füreinander und miteinander haben, damit sie die schönste Zeit ihres Lebens bewusst gestalten und erleben können. Und wir wollen, dass junge Familien mehr als bisher Wohneigentum für sich und ihre Kinder erwerben können." (S. 25)

6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: „Um die Rückkehr in berufliche Vollzeit-Arbeit zu erleichtern, wollen wir künftig in Betrieben ab einer bestimmten Größe auch einen Anspruch auf befristete Teilzeit schaffen. Wir werden sicherstellen, dass alleinerziehende Mütter und Väter, die nach der Geburt ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichtet haben, eine regelmäßige Beratung über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung erhalten" (S. 27)

„Wir wollen, dass **Männer und Frauen gleiches Geld** für gleiche Arbeit bekommen.“ (S. 13)
„Wir wollen **mehr Frauen in Führungspositionen** in Wirtschaft und Verwaltung. Mit der Einführung der Frauenquote in Aufsichtsräten haben wir erste Erfolge erzielt, wissen aber auch, dass weitere Anstrengungen notwendig sind. Wir wollen im öffentlichen Dienst bis spätestens 2025 eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen verwirklichen.“ (S. 14)

CSU – Bayernplan

6.1. Familienbild und Ehe

„Moderne Familienpolitik muss **allen familiären Situationen** gerecht werden – der klassischen Familie mit der Gemeinschaft von Mutter, Vater und Kindern ebenso wie Eineltern- oder Patchwork-Familien. Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung, Diskriminierung gegenüber diesen Partnerschaften lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zum **Leitbild von Ehe und Familie**, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugrenzen. Die Politik muss sich auch in Zukunft an dem Modell orientieren, das von der Mehrzahl der Menschen gelebt und praktiziert wird.“ (S. 9)

„FAMILIENGARANTIE: Wir garantieren den Familien in unserem Land die bestmögliche Unterstützung durch den Staat. Wir werden die **Mütterrente II** einführen. Wir behalten das **Ehegattensplitting** bei und setzen das **Kindergeld** kräftig rauf. Wir sorgen durch ein **Baukindergeld** dafür, dass mehr Familien sich die eigenen vier Wände leisten können.“ (S. 0.5)

6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung

„Wir werden das **Ehegattensplitting** nicht durch ein Familiensplitting ersetzen, sondern ein **Kindersplitting** zusätzlich einführen: mit höherem **Kindergeld** und höherem **Kinderfreibetrag**.“ (S. 8)
„Wir werden das Kindergeld um 25 Euro monatlich je Kind erhöhen.“ (S. 8)
Wer eine Familienwohnung erwirbt, soll vom Staat in den ersten 10 Jahren mit 1.200 Euro pro Kind jährlich gefördert werden.“ (S. 8)
„Die Arbeitszeitregelung muss auch im Sinne der Familien flexibilisiert werden.“ (S. 9)
„Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** und für die Stärkung des ländlichen Raums nutzen. Die Arbeit soll zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt. Dafür ebnen wir den Weg für einen flexiblen Arbeitsort, flexible Arbeitszeiten und flexible Arbeitsstrukturen. Die Menschen profitieren von mehr geeigneten Homeoffice-Arbeitsplätzen.“ (S. 12)

SPD

6.1. Familienbild und Ehe

„Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Wir werden daher die **Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen** und wollen die Ehe für alle. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Familien mit verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all diesen Konstellationen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. **Das Wohl der Kinder muss dabei immer im Mittelpunkt stehen.**“ (S. 65)

„Wir setzen uns für mehr Partnerschaftlichkeit in der Betreuung von Kindern ein. Wir wollen es deshalb Eltern erleichtern, sich auch nach einer Trennung oder Scheidung gemeinsam um ihre Kinder zu kümmern“ (S. 65)

„Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen Eltern sind. Deshalb setzen wir uns **für ein modernes Abstammungsrecht** ein, das diesen neuen Konstellationen Rechnung trägt.“ (S. 65)

6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung

„Um die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen weiter zu steigern, werden wir die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter verbessern**, unter anderem durch einen flächendeckenden Ausbau der **Ganztags- und Randzeitenbetreuung** (auch im Grundschulbereich), familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im Rahmen einer Wahlarbeitszeit und den Anspruch auf eine befristete Teilzeit. Dadurch leisten wir auch einen Beitrag zu einem kinderfreundlichen gesellschaftlichen Umfeld und der Erhöhung der Geburtenrate.“ (S. 34)

„Mit der **Familienarbeitszeit** und dem **Familiengeld** von 300 Euro monatlich schaffen wir Zeit für die Familie, für die Kinder und für die Pflege von Angehörigen. Und wir machen Bildung gebührenfrei, die Ausbildung ebenso wie das Erststudium. Bildung und Ausbildung fördern wir durch verbesserte Leistungen beim BAföG. All das entlastet besonders die Familien in unserem Land.“ (S. 38)
„Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten (das entspricht je nach betrieblicher bzw. tarifvertraglich geltender Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden). Und es wird bis zu 24 Monate gezahlt. Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende sowie Regenbogenfamilien das Familiengeld erhalten.“ (S. 5f.)
„[Wir] werden für einkommensschwache Familien das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zu einem **erweiterten Kindergeld** zusammenfassen und für Alleinerziehende verbessern“ (S. 38)

Steuer: „Unser Familientarif: Alle heutigen Eheleute werden auch in Zukunft das **Ehegattensplitting** nutzen können. Für die Zukunft führen wir einen **Familientarif mit Kinderbonus** ein. Von dem Kinderbonus des Familientarifs profitieren verheiratete und unverheiratete Eltern mit Kindern, wie auch Alleinerziehende… Heutige Ehen können zwischen dem bisherigen System des Ehegattensplittings und unserem neuen Familientarif mit Kinderbonus frei wählen.“ (S. 38)

„Beschäftigte sollen mehr **Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit** und für **ihren Arbeitsort erhalten**… Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen… Ein wichtiger Baustein ist hierbei **das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren**.“ (S. 16)

„Obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie nie zuvor, gründen sie nur knapp drei von zehn Unternehmen. Unser Ziel ist es, Frauen dabei zu unterstützen, öfter Unternehmen zu gründen.“ (S.24)

„Führungsgremien sollen jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen wir eine **Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen**… Dem öffentlichen Dienst kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die **Frauenquote** weiter steigern und ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, **auf Körperschaften des öffentlichen Rechts** wie die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte **ausdehnen... Die Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss selbstverständlicher werden**" (S. 64)

„Wir wollen die **gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern** in allen Bereichen und ihnen ermöglichen, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen" (S. 63)

„Die **Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt** führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wollen wir **existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung**… **Dazu gehört auch, dass die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird**… Wir haben in einem ersten Schritt mit einem Transparenzgesetz dieser **Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt**… In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem **Entgeltgleichheitsgesetz** mit Verbandsklagerecht weiterentwickeln" (S. 63)

Die LINKE

6.1. Familienbild und Ehe

„**Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen**: Als Lebensgemeinschaft, Ein-Eltern-Familie, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist da, wo Menschen füreinander da sind, gleichgültig welchen Geschlechts. Rechte und konservative Politikerinnen und Politiker greifen die Gleichberechtigung der Frauen an, wollen gleichgeschlechtliche Partnerschaften schlechter stellen und propagieren ein Familienbild des vorletzten Jahrhunderts. DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik." (S. 26)
„Überkommene Privilegien der Ehe sollen überwunden werden. Deswegen sollen der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft in Zukunft nicht Ehepaaren, sondern denjenigen zu Gute kommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben und Kompensation für daraus erwachsende Nachteile benötigen. (S. 73)
„Wir wollen als ersten Schritt die **Öffnung der Ehe und das Adoptionsrecht für alle**. Die Ehe soll perspektivisch durch ein System der Wahlverwandtschaften ergänzt werden (vgl. Kapitel XIII »Queer«)." (S. 73)

„Kinder brauchen Erwachsene, die sich liebevoll und verbindlich um sie kümmern. **Eltern und Sorgeberechtigte sind nicht unbedingt dieselben Personen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch (bis zu) vier Personen Eltern für ein Kind sein können**, also in **Co-Elternschaft** das **gemeinsame Sorgerecht** innehaben. Neben den Pflichten betrifft das auch Rechte wie Kinderfreibeträge und Rentenansprüche" (S. 73)

6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung

„Mehr **Zeit zum Leben statt schuften bis zum Umfallen**: Wir wollen Arbeit so umverteilen, dass die einen nicht mehr in Stress und Überstunden untergehen und die anderen nicht so viel Arbeit finden, wie sie wollen. Kürzere Vollzeit um die 30 Stunden in der Woche mit guten Standards: Wir wollen ein

neues Normalarbeitsverhältnis und ein Recht auf Feierabend. Und eine gerechtere Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern.“ (S. 8)

„Wir wollen ein **Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung**: Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit (verankert im Teilzeit- und Befristungsgesetz) muss durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit, sofern in dem Unternehmen Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden ist (vgl. Rechtsanspruch auf Mindeststundenzahl).“ (S. 17)

„Wir wollen **Arbeitszeitmodelle schaffen, die Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen**. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Betriebe brauchen ausreichend Personal, um z.B. den Ausfall durch Kind-Kranktage auszugleichen.“ (S. 27)

„Der Bezug von **Elterngeld**, vor allem von Elterngeld Plus für Alleinerziehende, muss verbessert werden.“ (S. 27)
„Der **Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause** muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden.“ (S. 27)
„Wir wollen eine sichere Finanzierung von **Frauenhäusern** und so auch die Kinder stärken (vgl. Kapitel XI »Für einen linken Feminismus«).“ (S. 27)
„Das **Ehegattensplitting** wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern übertragbar sein.“ (S. 39)

„Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu überwinden, braucht es einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein verbindliches **Entgeltgleichheitsgesetz** und Lohnmessungsinstrumente sind wichtige Schritte… Alle Geschlechter müssen die gleichen Chancen haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Deshalb schaffen wir familiengerechte Arbeitszeiten, eine Umverteilung der Arbeit, Ausbau von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen sowie von Angeboten für Menschen mit Pflegebedarf. Die gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit mit den Menschen in Kindertagesstätten, in Pflegeberufen und in der sozialen Arbeit, die immer noch mehrheitlich von Frauen geleistet wird, muss anerkannt und besser bezahlt werden!“ (S. 13f.)
„Wir brauchen eine verbindliche **Frauenquote** von 50 Prozent für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen“ (S. 72)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

6.1. Familienbild und Ehe

„Wir wollen diese Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beenden und – längst überfällig – die Ehe für Alle öffnen und auch gleichgeschlechtlichen Paaren die gemeinschaftliche Adoption ermöglichen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und gleiche Rechte.“ (BWP, S. 127)

„Zu einer modernen und innovativen Familienpolitik gehört für uns aber auch**, Menschen zu unterstützen, die jenseits von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft verbindlich und solidarisch zusammenleben**. Kinder aus allen **Familienformen** wollen wir gleichbehandeln und unterstützen. Wir

wollen den Schutz vor Diskriminierung im Artikel 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzen." (BWP, S. 123)
„**Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen**. Über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige Kinder leben, sind keine Ehen, sondern: nichteheliche Familien, Alleinerziehende mit Kind, Patchworkfamilien oder Regenbogenfamilien. Für viele dieser heute selbstverständlichen Familienkonstellationen gibt es keinen klaren Rahmen, der ihre Rechte benennt und ihre Familienform absichert. Wir wollen das Familienrecht weiterentwickeln und für diese Familien ein Angebot schaffen, das sie in ihrer Verantwortung als Eltern rechtlich stärkt (**Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung**). Damit wollen wir klar regeln, welche Rechte und Pflichten, beispielsweise in der Schule, beim Arztbesuch oder im Alltag, aber auch welche Verantwortung für das Kind die leiblichen und die nicht leiblichen, aber miterziehenden Eltern haben." (BWP, S. 214)
„Darüber hinaus wollen wir mit dem **Pakt für das Zusammenleben** eine neue Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, **unabhängig von der Ehe** rechtlich absichert" (BWP, S. 210)

6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung

„Das beste Mittel gegen **Kinderarmut** bleibt nach wie vor die Erwerbstätigkeit der Eltern. Deshalb ist es besonders für Mütter ganz zentral, dass sie endlich eine angemessene Bezahlung in Jobs, die zum Leben reicht, eine bessere soziale Absicherung sowie gute Betreuungsangebote für ihre Kinder erhalten. Es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass Beruf und Familie vereinbar sind." (BWP, S. 213)

„Wir gewährleisten das **Recht auf Rückkehr in Vollzeit**. Gleichwertige Arbeit soll endlich gleich bezahlt werden – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird… Quoten bleiben das wirksamste Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen." (ZPP, S. 2)

„Auch die **Vereinbarkeit von Familie und Studium** beispielsweise durch die Möglichkeit des Teilzeitstudiums und bessere Studienbedingungen sind wichtig, also gute Lehre, ausreichend Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Unterstützung der Studierenden" (BWP, S. 179)

„Für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz – Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Wir wollen endlich Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen… Vor allem aber muss dieses Gesetz auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten" (BWP, S. 134)
„Wir wollen speziell Frauen mit einem Förderprogramm bei der Gründung von Unternehmen finanziell unterstützen" (BWP, S. 45)

„Eine große Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist das **Ehegattensplitting**… Aus diesen Gründen werden wir zur **individuellen Besteuerung** übergehen und das Ehegattensplitting durch eine gezielte **Förderung von Familien mit Kindern** ersetzen [„Familien-Budget", BWP S. 125]. Dabei soll das neue Recht nur für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern, gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts. Sie können sich für eine Individualbesteuerung entscheiden, wenn sie vom grünen Familien-Budget profitieren wollen." (BWP, S. 130)
„Mit dem grünen **Familien-Budget** schnüren wir ein Zwölf-Milliarden-Euro-Entlastungspaket, das

„Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell abgesichert die **Arbeitszeit zu reduzieren**. Mit der „**flexiblen Vollzeit**" können Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis zu

zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen. Nach der Familienphase braucht es Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf: Wir wollen deshalb endlich das Rück-kehrrecht auf Vollzeit einführen.“ (BWP, S. 131)

„Mit der **KinderZeit Plus** lösen wir das Elterngeld ab. Denn es sind nicht nur die Kleinsten, die ihre Eltern brauchen. Die grüne KinderZeit Plus ermöglicht es, die Arbeitszeit für bestimmte Phasen zu reduzieren. Die KinderZeit Plus kann genommen werden, bis die Kinder 14 Jahre alt sind. Damit unterstützen wir Eltern auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes… In der KinderZeit Plus erhält jeder Elternteil acht Monate finanzielle Unterstützung – weitere acht Monate können frei zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Wir unter-stützen Eltern insgesamt also zwei Jahre lang.“ (BWP, S. 214)

„Nur mit **Hebammen** gibt es gute Geburtshilfe. Nur mit ihnen kann das Recht von Frauen auf freie Wahl des Geburtsortes und eine selbstbestimmte Geburt verwirklicht werden. Wir wollen daher sicherstellen, dass Hebammen nicht wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen. Krankenhäuser mit Geburtsstationen sollen in allen Regionen gut erreichbar sein.“ (BWP, S. 134)

FDP

6.1. Familienbild und Ehe

„Wen wir lieben, wie wir lieben, wie wir leben, wie wir Kinder erziehen und aufziehen – darin müssen alle frei sein… Wir Freie Demokraten fordern die **Öffnung der Ehe für alle**“ (S. 49)
„Wir Freie Demokraten wollen das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ für alle Paare umsetzen – einschließlich vollem **Adoptionsrecht** und freiem Zugang zur **Reproduktionsmedizin**. Der Rechtsrahmen für Regenbogenfamilien muss verbessert werden. Elternschaftsvereinbarungen sollen bereits vor der Empfängnis wirksam geschlossen werden können. **Mehreltern-Familien** sind Realität und müssen auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden. Wird das Kind mit Hilfe einer **Samenbank** gezeugt, so soll die eingetragene Lebenspartnerin der **Mutter** von Geburt an auch rechtlich **zweite Mutter** sein können.“ (S. 50)

„Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „**Wechselmodell**“ als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und **Scheidung** der Eltern zum Regelfall machen. Dies bedeutet eine gemeinsame Betreuung der Kinder mit zeitlicher Verteilung zwischen ein Drittel / zwei Drittel bis hin zur hälftigen Teilung… Zukünftig ist im Streitfall durch die Familiengerichte grundsätzlich anzunehmen, dass die gemeinsame elterliche Betreuung von Trennungskindern in der Regel dem Kindeswohl am besten entspricht (Vorrang des Prinzips der **Doppelresidenz**, analog zur elterlichen Sorge).“ (S. 50)
„Wir wollen auch … Rechte [der Großeltern] im Umgang mit den Enkeln stärken“ (S. 51)

„Wir Freie Demokraten setzen uns für die **Einführung der Verantwortungsgemeinschaft als Rechtsinstitut neben der Ehe** ein. In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung – jenseits von Verwandtschaft oder Liebesbeziehungen. Deshalb wollen wir im Bürgerlichen Gesetzbuch neben der Ehe das Rechtsinstitut der Verantwortungsgemeinschaft mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme zwischen zwei oder mehreren Personen einführen. Um Rechtsklarheit gegenüber ande-

ren Verpflichtungen zu wahren, dürfen diese Personen weder verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie miteinander verwandt sein.“ (S. 51)

6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung

„Beim Vorankommen durch eigene Leistung zählt nur, was man kann. Es darf keinen Unterschied machen, woher man kommt oder welches Geschlecht man hat. Es darf keinen Unterschied beim Vorankommen machen, ob man sich für eine Familie entschieden hat oder nicht. Hier bleibt noch viel zu tun.“ (S. 36)

„Wir Freie Demokraten setzen uns für **Chancengleichheit von Frauen und Männern** ein. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfinden, um das eigene Potential voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle **Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen**. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur **Kinderbetreuung**, auch in Betrieben, fördern. Einseitige Modelle, wie die Steuerklasse V, wollen wir abschaffen.“ (S. 36)

„Wir [setzen] uns für **flexible Arbeitszeitmodelle und digitale Arbeitsplätze** ein. So wird zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten möglich, sodass **Familie und Job leichter vereinbar** sind. Ferner wollen wir **Frauen** noch stärker ermuntern, klassische **Männerbranchen** zu erobern… Genauso müssen gesellschaftliche Hemmnisse abgebaut werden, wenn **Männer vermeintliche Frauenberufe** ergreifen.“ (S, 36)

„Wir Freie Demokraten wollen mehr **Frauen in Führungsverantwortung**, sowohl in der Wirtschaft als auch im Öffentlichen Dienst… **Gemischte Teams** arbeiten produktiver und erfolgreicher. Eine **gesetzliche Quote lehnen wir jedoch ab**: So werden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer Leistungen gewürdigt. Wir setzen vielmehr auf Anreize für die Unternehmen, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.“ (S. 37)

„Wir Freie Demokraten wollen **Kinderarmut bekämpfen** und deshalb Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken. Dazu wollen wir die bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen zu einem „**Kindergeld 2.0**“ zusammenfassen und damit einen eigenständigen Anspruch des Kindes schaffen… Der Strauß der kindesbezogenen Leistungen wird zu einem Leistungspaket gebündelt und von einer zentralen Stelle ausbezahlt. Dieses „Kindergeld 2.0“ besteht aus folgenden Komponenten: Dem einkommensunabhängigen **Grundbetrag**, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (**Flexibetrag**), das die wirtschaftliche Situation der Eltern berücksichtigt, und den **Gutscheinen** für Leistungen für Bildung und Teilhabe“ (S. 50)

„Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von **Gründungen** möchten wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen. Zudem sollen auch nebenberufliche Gründungen oder Gründungen **aus der Elternschaft heraus** erleichtert werden“ (S. 15)

AfD

6.1. Familienbild und Ehe

„Die AfD will das vom Grundgesetz geschützte und bewährte **Leitbild der Ehe und traditionellen Familie mit Kindern** bewahren und stärken.“ (S. 37)

„Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich“ (S. 40)
„Gender-Ideologie marginalisiert **naturgegebene Unterschiede** zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem **Widerspruch zum Grundgesetz**, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das **Staatsvolk** als Träger der Souveränität hervorbringen kann. Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.“ (S. 40)
„Die AfD will, dass sich die **Familienpolitik** des Bundes und der Länder am **Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern** orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes „Familie“ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.“ (S. 40)

„Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien … sorgen für eine Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, mit stark steigender Tendenz. Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten.“ (S. 37)
„Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik. Familienpolitik soll deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik.“ (S. 37)

„Das „Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend“ ist in ein „**Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung**“ umzuwandeln, das **Bevölkerungsentwicklung nach wissenschaftlichen Kriterie**n koordiniert und fördert.
*Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der **Erhalt des Staatsvolks** sind daher als Staatsziel **ins Grundgesetz** aufzunehmen.“* (S. 37)

6.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichberechtigung

„Kinder brauchen beide Eltern: Allein erziehen ist kein Idealfall“ (S. 38)
„Für Alleinerziehende und Kinder bedeutet diese Lebenssituation ein überdurchschnittliches Risiko, in relativer Armut zu leben. Trotz alarmierender Erkenntnisse über die Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung sprechen sich nahezu alle Parteien für eine bedingungslose Förderung Alleinerziehender aus. Eine Differenzierung, ob diese Lebenssituation schicksalhaft, durch Selbstverschulden oder auf Grund eigener Entscheidungen zustande gekommen ist, findet nicht statt. Die Entscheidung für die Lebensform „alleinerziehend“ ist Privatsache – für eine daraus resultierende Bedürftigkeit haftet jedoch die Solidargemeinschaft.“ (S. 38)

„Die AfD möchte Alleinerziehenden helfen, ein eigenverantwortliches Leben zu führen. Sie ist jedoch **gegen jede finanzielle Unterstützung von Organisationen, die „Einelternfamilien“ als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf propagieren**. Der Vorteil einer besonderen Unterstützung durch die Solidargemeinschaft sollte nur denjenigen Alleinerziehenden gewährt werden, die den anderen Elternteil nicht aus der Teilhabe an der Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsleistung hinausdrängen“ (S. 38)

„Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden.“ (S. 38)

„Väter stärken: Einer gezielten Politik für Männer und Väter, hat sich bislang keine Partei angenommen. Bei vielen getrennt lebenden Paaren leiden viele Väter unter den familienrechtlichen Bestimmungen, wünschen sich beispielsweise mehr Umgang mit ihren Kindern haben zu können.
Wir wollen uns deshalb für die Rechte von Vätern stark machen.“ (S. 38)

„Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können. *Der Staat muss dafür die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter…* Im Anschluss an die Betreuungspause muss es [Eltern] … ohne große Hürden möglich sein, ihren **Beruf wieder aufzunehmen**.“ (S. 39)

„Eine **Willkommenskultur für Kinder** muss sich auch in konkreten Maßnahmen zeigen, mit denen wir vor allem Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen finanziell entlasten und so Mut zu Kindern machen wollen“ (S. 39)
„Leitideen der AfD sind [für eine Steuerreform]…:

- „Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor der Tarifanwendung.“ (S. 51)
- „In diesem Zuge sind auch die steuerlichen Benachteiligungen von Kindern und Eltern aus Trennungs- und Scheidungsfamilien zu beseitigen. Der Erwerb von Wohneigentum durch Familien sollte z.B. durch zinslose Darlehen, Zuschüsse und Erlass der Grunderwerbsteuer erleichtert werden“ (S. 56)

7. Integrations- und Flüchtlingspolitik

Jeweils: 7.1. Gesellschaftsbild; 7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz); 7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt); 7.4. Einwanderungspolitik; 7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

CDU/ CSU

7.1. Gesellschaftsbild

„Deutschland zeichnet sich durch eine wunderbare **Einheit in Vielfalt** aus. Landschaftlich, kulturell und menschlich“ (S. 69)
„[Wir haben] ein **patriotisches Bekenntnis**, das niemanden ausschließt und sich gegen niemanden richtet. In Deutschland darf **kein Platz für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Intoleranz oder Diskriminierung sein**.“ (S. 70)
„[Das] einigende Band in Form von innerem Zusammenhalt und Identität … ist unsere freiheitliche **Leitkultur**, die wir bewahren und stärken: Für die Gegenwart und für die Zukunft. Die Leitkultur ist eine ungeschriebene Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben in Deutschland. Deshalb treten Staat, Politik und Gesellschaft, für sie ein und fördern sie“ (S. 70)

- „Zu unserem Land gehören alte und neue Deutsche, Menschen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Migrationshintergrund. Die große Mehrheit ebenso wie ethnische und gesellschaftliche Minderheiten.“ (S. 70)

- „Die **deutsche Sprache** ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität und Leitkultur. Wir wollen sie künftig noch stärker fördern und wertschätzen… Dabei haben wir durch frühkindliche Sprachförderung, durch Sprach- und Integrationskurse in den vergangenen Jahren bereits große Fortschritte gemacht." (S. 71)
- „Die Gleichberechtigung von Mann und Frau gilt für alle hier lebenden Menschen, ganz gleich, woher sie kommen. Der Erfolg der Integration wird maßgeblich von den Frauen abhängen" (S. 71)
- „Unsere Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen ist unser gemeinsames unverwechselbares Erbe. Wir wollen sie allen vermitteln, die dauerhaft in Deutschland leben" (S, 71).
- „Ehrenamtliches Engagement, die Bereitschaft sich für Andere und für die Gemeinschaft einzusetzen, sind in Deutschland besonders ausgeprägt. Sie sind vielleicht der wertvollste und wichtigste Teil unserer Leitkultur. Dies wollen wir auch jenen vermitteln, die nicht damit aufgewachsen sind. Deshalb sollte jeder Jugendliche, der dies möchte, die Gelegenheit zu einem Freiwilligendienst haben." (S. 71)

7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz)

„Menschen in Not helfen, Migration steuern und reduzieren, abgelehnte Bewerber konsequent zurückführen"

„Wir verstärken unsere Bemühungen, diejenigen **zurückzuführen** und gegebenenfalls **abzuschieben**, deren Anträge auf Asyl rechtskräftig abgelehnt werden." (S. 62)

„Wir werden die menschenverachtenden Aktivitäten der **Schleuser** energisch bekämpfen und Möglichkeiten schaffen, dass Migranten ohne Schutzanspruch **von der Überfahrt nach Europa abgehalten** werden. Gleichzeitig wollen wir helfen, gemeinsam mit internationalen Organisationen ihre **Lebensbedingungen vor Ort** zu **verbessern**. Nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens wollen wir entsprechende Verträge auch mit afrikanischen Ländern abschließen. Eine Situation wie im Jahre 2015 soll und darf sich nicht wiederholen, da alle Beteiligten aus dieser Situation gelernt haben. Wir wollen, dass die **Zahl der Flüchtlinge**, die zu uns kommen, **dauerhaft niedrig** bleibt. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch **Resettlement** und **Relocation** nachkommen." (S. 62f.)

„Europa muss seine Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration schützen, die Grenzschutzagentur **Frontex** stärken und das **Europäische Asylsystem** vollenden. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert, halten wir an **Binnengrenzkontrollen** fest…

Die EU muss das auf unser Drängen beschlossene europäische Ein- und Ausreiseregister schnellstmöglich umsetzen, damit wir wissen, welche Drittstaatsangehörigen sich bei uns aufhalten, und um terroristischen Gefährdern und Schleppern leichter das Handwerk zu legen" (S. 56f.)

7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt)

„In den vergangenen Jahren hat Deutschland viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen aufgenommen. Wir wollen, dass diejenigen, die dauerhaft oder für einige Jahre in Deutschland leben, sich in unsere Gesellschaft integrieren und Teil von ihr werden. Hierfür folgen wir dem Ansatz **des Forderns und Förderns**. Dazu streben wir den Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen an." (S. 74)

- „Wir wollen, dass möglichst alle, die mit Bleibeperspektive neu nach Deutschland kommen, baldmöglichst ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten können. Dazu sind das **Erlernen der deutschen Sprache und die Bereitschaft zu beruflicher Bildung unerlässlich**.
- Wer sich der Integration verweigert und unsere Rechtsordnung missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen, die bis zum Verlust der Aufenthaltsberechtigung reichen können." (S. 74f.)
- „Es ist in beiderseitigem Interesse, dass Integration stattfindet und gelingt. So werden wir das Entstehen von Parallelgesellschaften und von Multi-Kulti verhindern" (S. 70)
- „Wir erwarten von allen Menschen in Deutschland, ganz gleich ob mit oder ohne Migrationshintergrund, die Achtung des **Grundgesetzes** und der Gesetze." (S, 70)

7.4. Einwanderungspolitik

„Deutschland [braucht] ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „**Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz**" wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab." (S. 11)

7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

„Die dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft muss immer die Ausnahme bleiben. Sie soll künftig nicht mehr über viele Generationen weitervererbt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir bei Bürgern, die nicht aus der Europäischen Union stammen, einen Generationenschnitt einführen. Dieser Schnitt soll nach der Generation der in Deutschland geborenen Kinder erfolgen, die durch Geburt in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben. Hierzu streben wir den raschen Abschluss von Vereinbarungen mit den hauptbetroffenen Staaten an." (S. 74)

CSU – Bayernplan

7.1. Gesellschaftsbild

„Zu Bayern gehören seine vier Stämme: die Altbayern, die Schwaben, die Franken und die Sudetendeutschen mit allen deutschen Heimatvertriebenen… Zu Bayern gehört die jüdische Gemeinschaft, der wir uns besonders verpflichtet wissen. Zu Bayern gehören auch die Bürger, die hier neue Heimat gefunden haben. Wir sind allen gleichermaßen verbunden." (S. 20)

„BAYERN IST DAS LAND DER GELINGENDEN INTEGRATION… Bayern ist weltoffen, aber nicht multikulturell. In Bayern gelten Leitwerte. Integration hat bei uns eine Richtung. Deshalb gelingt bei uns Integration… Integration ist zuallererst eine Bringschuld. Es gilt die bayerische Hausordnung: Wer bei uns leben will, muss sich integrieren, Deutsch lernen und seinen Lebensunterhalt selbst verdienen.**"** (S. 14)
„[Unsere] **Leitkultur** umfasst die bei uns geltende Werteordnung christlicher Prägung, unsere Sitten und Traditionen sowie die Grundregeln unseres Zusammenlebens. Leitkultur ist das Gegenteil von Multikulti und Beliebigkeit." (S. 14)

7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz)

„ORDNUNGSGARANTIE: Wir geben den Menschen die Garantie, dass sich der Zustand vom Herbst 2015 nicht wiederholen wird. Wir haben dazu einen effektiven **Maßnahmenplan**, unter anderem mit

Kontrolle der Binnengrenzen, Reduzierung der Migrationsströme, Obergrenze und die Bekämpfung der Fluchtursachen. **Integration muss nach dem Maßstab unserer Leitkultur** erfolgen." (S. 0.5)
„Die seit langem geforderte Obergrenze von **200.000 Flüchtlingen pro Jahr** für Deutschland ist notwendig, um eine gelingende Integration zu gewährleisten." (S. 17)
„Ein wirksamer **Grenzschutz** ist essentiell. Im Notfall muss, wie seit langem gefordert, mit **Transitzentren** im Grenzbereich die Begrenzung sichergestellt werden." (S. 16)
„Wer ohne Papiere kommt, muss an der Grenze aufgehalten werden. Wir sollten niemanden mit völlig ungeklärter Identität und Nationalität einreisen lassen." (S. 3)
„Solange der Schutz der **EU-Außengrenzen** nicht funktioniert, ist weiterhin die Kontrolle der deutschen **Binnengrenzen** erforderlich." (S. 17)

„**WIR WOLLEN DEN FAMILIENNACHZUG BEGRENZEN:** Ein Grundsatz des Asylrechts ist es, Familien nicht zu zerreißen. Wer als anerkannter Asylbewerber ein dauerhaftes Bleiberecht hat, kann seine Familie nachholen. Unter Familiennachzug verstehen wir die Kernfamilie aus Vater, Mutter und minderjährigen Kindern. Für Flüchtlinge mit nur vorübergehendem Schutzrecht soll es über 2018 hinaus bei der Aussetzung des Familiennachzugs bleiben." (S. 17)

„**Illegale Einwanderung** muss unterbunden werden. Wer kein Bleiberecht hat, muss das Land verlassen. Abgelehnte Asylbewerber müssen so rasch wie möglich in ihre Heimatstaaten zurückkehren. **Rückführungen** müssen bundesweit koordiniert und mit aller Konsequenz vollzogen werden. Rückführungen dürfen nicht daran scheitern, dass Herkunftsstaaten sich weigern, ihre Landsleute zurückzunehmen. Unser Ansatz ist, **rücknahmewillige Staaten zu unterstützen** und Anreize zur Rücknahme zu schaffen. Wer bei der Rückübernahme kooperiert, erhält beispielsweise Mittel der **Entwicklungszusammenarbeit** für Projekte, die vor Ort Bleibeperspektiven schaffen. Die Liste der **sicheren Herkunftsstaaten** muss erweitert werden." (S. 17)
„Wer in Deutschland **straffällig** wird, hat sein Gastrecht verwirkt und muss konsequent **abgeschoben** werden. Wir wollen keinen Import von Kriminalität." (S. 17)

„Wir wollen, dass Schutzbedürftige künftig in der **EU** fair verteilt werden. Dies kann nur durch **gemeinschaftliche Kontingente der Staatengemeinschaft** erfolgen." (S. 16)

7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt)

„Wir müssen unsere kulturelle Identität aktiv verteidigen und auch leben. Das heißt: Keine Selbstrelativierung unserer Werte, kein vorauseilender Gehorsam und kein Verzicht auf unsere kulturellen Gepflogenheiten. Es bleibt dabei: Christkindlmärkte sind keine Winterfeste, St. Martinsumzüge keine Lichterfeste. In öffentlichen Kantinen, Kindergärten und Schulen darf Schweinefleisch kein Tabu sein. Muslimische Mädchen sollen am Schwimmunterricht teilnehmen. In Deutschland gehört es sich, auch Frauen mit Handschlag zu begrüßen" (S. 14)

„IN DEUTSCHLAND GILT AUSNAHMSLOS DEUTSCHES RECHT, NICHT DIE SCHARIA: Wir lassen nicht zu, dass unter dem Deckmantel der „Kultursensibilität" eine Aufweichung unserer Rechtsordnung betrieben wird. Eine Paralleljustiz wird nicht akzeptiert. Maßgeblich ist unsere Rechts- und Werteordnung und nicht die des Herkunftslandes. Islamische Friedensrichter werden bei uns nicht toleriert. Kinderehen, Mehrehen und Zwangsehen werden nicht geduldet und nicht anerkannt." (S. 15)

„DIE BURKA HAT IN DEUTSCHLAND NICHTS VERLOREN: Wir wollen das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit, wo immer dies rechtlich möglich ist, verbieten. Die Burka ist eine Uniform des Islamismus, ein maximales Integrationshindernis und ein in unserer Kultur nicht zu akzeptierendes Zeichen der Unterdrückung der Frau. Unsere Errungenschaften der Gleichberechtigung müssen auch für Zuwanderer gelten. Im öffentlichen Dienst und der Justiz verbietet sich zudem das Tragen des Kopftuchs." (S. 15)

7.4. Einwanderungspolitik

„Deutschland kann nur eine begrenzte Zahl an Zuwanderern verkraften. Ein **Einwanderungsgesetz, das ungehemmte Zuwanderung bedeuten würde, lehnen wir deshalb entschieden ab**. Wir müssen selbst entscheiden können, wer zu uns passt und wen wir brauchen." (S. 19)

7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

„Gegenüber den Ländern, die beim Generationenschnitt nicht kooperieren, wollen wir die Optionspflicht wiedereinführen." (S. 19)

SPD

7.1. Gesellschaftsbild

„Wir wollen ein **modernes und weltoffenes Deutschland** – mit einer Gesellschaft, die zusammenhält, und in der wir in Frieden und Freiheit zusammenleben – über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg… Fortschritt heißt für uns: Die offene Gesellschaft festigen. **Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung**. Menschen mit und ohne Behinderung sollen die gleichen Chancen haben. Wir schreiben keine Lebensmodelle vor, sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet Toleranz und Vielfalt." (S. 61)

„Wir wollen Neuankömmlingen ermöglichen, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind für uns die Basis unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Gegen die Feinde der offenen Gesellschaft werden wir uns mit aller Entschlossenheit behaupten." (S. 61)

7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz)

„Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. **Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben**… Mit einem Gesamtkonzept Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung.**"** (S. 58)

„Wir müssen die **Fluchtursachen** in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und **die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.** Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser **integrieren** und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer **zurückführen**. Und wir brauchen ein **Einwanderungsgesetz**, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht." (S. 58)

„Fluchtursachen bekämpfen: Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist unser Ziel, **zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen.** Wir setzen uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen und für die weltwei-

te Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten Menschen wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie sich zunächst in Sicherheit gebracht haben. **Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen** (UNHCR) benötigt dafür eine angemessene **Ausstattung** und kontinuierliche Finanzierung.“ (S. 58)

„Um … Anreize für eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen, wollen wir **finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt** für die Länder, die eine Hauptlast bei der Flüchtlingsaufnahme tragen. Wenn nicht nur die entstandenen Integrations- und Unterbringungskosten erstattet, sondern darüber hinaus Infrastrukturgelder zur Verfügung gestellt werden, die auch der Bevölkerung im Land zugutekommen, kann die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen gesteigert werden. Eine menschenwürdige Unterbringung muss dabei gewährleistet werden.“ (S. 58)

„Die **Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden**. Dieser Schutz ist die Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im Inneren der EU. Wir wollen daher das Mandat und die Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, stärken. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtende reduziert und das Gebot **der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird**. setzen wir uns für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein**.** Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.“ (S 58)

„Kooperationen und Abkommen mit Drittstaaten eröffnen uns Chancen, die illegale Migration nach Europa und Deutschland einzudämmen. Grundvoraussetzung für uns: **Menschenrechte werden geachtet und die Genfer Flüchtlingskonvention wird eingehalten**. Asylverfahren werden grundsätzlich weiterhin auf europäischem Boden durchgeführt. Entlang der Fluchtrouten wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt.“ (S. 59)

„Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir verstärkt über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen. Sie sollen nach einem **fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten** verteilt werden“ (S. 59)

„Wir wollen die Zahl der **freiwilligen Rückkehrer** unter den abgelehnten Asylbewerbern erhöhen. Um die freiwillige Ausreise weiter zu unterstützen, werden wir die Förderprogramme ausbauen. Staaten, die sich weigern, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, müssen mit Konsequenzen rechnen – etwa im Bereich der Visaerteilung. Wir halten daran fest, dass Abschiebungen in Länder nicht erfolgen, in denen für die Menschen die unmittelbare Gefahr besteht, Opfer eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes zu werden. Wir werden keine Menschen in Perspektivlosigkeit und Lebensgefahr abschieben. Da die Sicherheitslage in Afghanistan kein sicheres Leben zulässt, werden wir bis auf weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführen. Außerdem werden wir eine Altfallregelung schaffen, sodass Menschen, die seit mindestens zwei Jahren in Deutschland leben, hier nicht straffällig geworden sind und Arbeit haben oder zur Schule gehen, nicht abgeschoben werden.“ (S. 60)

„Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen. **Familiennachzug** und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb werden wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern.“ (S. 59)

7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt)

„Internationale Krisen und **Zuwanderung** stellen Deutschland und Europa vor neue Herausforderungen. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie, die **Zusammenhalt und Solidarität** fördert, Regeln durchsetzt und damit Sicherheit gewährleistet. Ein friedliches Zusammenleben funktioniert nur mit der Anerkennung von Werten und Regeln, die für alle gleichermaßen gelten. Das trifft für Deutschland ebenso zu wie für Europa." (S. 4)

„Schnellere Asylverfahren, bessere Integration, konsequentere Rückführung: Wir wollen gründliche und sorgfältige Asylverfahren. Zudem dauern die Verfahren immer noch viel zu lange. Unser Ziel bleibt, dass das zuständige Bundesamt besser und schneller entscheidet. **Die dafür notwendigen Mittel werden wir weiterhin bereitstellen.**" (S. 59)

„Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig. **Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir schützen**. Das gilt auch für alleinreisende Kinder und Jugendliche sowie schutzsuchende queere Menschen." (S. 59)

„Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter **sexualisierter Gewalt**, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkennen." (S. 59)

„Anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die verpflichtenden und berufsqualifizierenden **Sprachkursangebote ausbauen**, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden."(S. 59)

„Niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen Hintergrundes schlechtere Chancen haben. Das heißt auch: Allen Kindern soll der Besuch einer Kita ermöglicht werden. Kinder, die in der Kita waren, haben von vornherein bessere Startchancen in der Schule. **Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen für alle Kinder.** Bei denjenigen, die als Jugendliche zu uns kommen, allein oder mit ihren Eltern, darf das Ende der (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen… Gleichzeitig werden wir die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verbessern." (S. 67)

„Integrationskurse sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem grundsätzlich allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben… **Wir wollen besonders auch Frauen und Mütter** aus Einwanderungsfamilien erreichen." (S. 67)

„Sport und Kultur sind ein starker Integrationsmotor. … Wir sind stolz auf alle Vereine und die vielen Ehrenamtlichen, die sich für das Miteinander einsetzen. Dieses Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Das gilt auch für alle Einrichtungen und Orte, die Begegnung ermöglichen – Vereine, Gewerkschaften, **Kirchen, Religionsgemeinschaften** oder Bürgerinitiativen." (S. 68)

7.4. Einwanderungspolitik

„Die **Fachkräftesicherung** ist das drängendste Problem des Handwerks und vieler mittelständischer Betriebe… Daher werden wir unter anderem ein **modernes Einwanderungsrecht** schaffen." (S. 22)
„[Wir] wollen Gründungen von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen unterstützen" (S. 24)

„Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem **Einwanderungsgesetz** regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes… Wir wollen ein **flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem** nach kanadischem Modell einführen." (S. 60)

„[Wir] werden sichere **Zukunftsperspektiven für ausländische Studierende in Deutschland** schaffen. Wer hier erfolgreich ein Studium abgeschlossen hat, soll ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten." (S. 67)
„In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Wir wollen, dass sich der Anteil von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten auch in der Zusammensetzung des **öffentlichen Dienstes** niederschlägt" (S. 68)

7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

„Ein **modernes Staatsangehörigkeitsrecht** ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern haben wir die Optionspflicht abgeschafft. **Wir stehen weiterhin zu dem Prinzip der Mehrstaatigkeit."** (S. 68)

Die LINKE

7.1. Gesellschaftsbild

„Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt sind – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird." (S. 4)

„Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Wir wollen ein gutes Zusammenleben stärken, mit allen, die hier leben: eine soziale Offensive für alle. Gegen einen rechten Kulturkampf, gegen die falschen Versprechen, dass es »uns« besser geht, wenn es »den anderen« schlechter geht, wollen wir eine Gesellschaft, in der wir ohne Angst verschieden sein können" (S. 7)

7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz)

„Wir stellen uns klar **gegen jede Diskriminierung von Geflüchteten und Eingewanderten**. Eine funktionierende Demokratie braucht gleiche politische und soziale Rechte für alle, die hier leben (vgl. Kapitel XVII »Demokratie, gleiche Rechte für Migranten«)." (S. 68)

„Die internationale Flüchtlingshilfe ist unterfinanziert. Die Bundesregierung und die EU müssen die finanziellen Mittel für die Flüchtlingshilfe, vor allem für das UNHCR, erheblich anheben" (S. 103)

„Das **Grundrecht auf Asyl** muss in seiner Substanz wiederhergestellt werden. Regelungen zu vermeintlich **sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten**, die Ablehnung und Abschiebung von Schutzsuchenden ohne wirksame **Einzelfallprüfung** ermöglichen, lehnen wir ab." (S. 123)
„Menschenrechte kennen **keine Obergrenze** (vgl. Kapitel XVII »Demokratie, Asylrecht verteidigen«)." (S. 68)

„Wir wissen: Wir müssen die **Ursachen** bekämpfen, nicht die Symptome. Wir müssen Krieg, Waffenexporte und die Ungerechtigkeiten in der globalen Wirtschaft beenden" (S. 5)

„Wir streiten **für legale und sichere Fluchtwege nach Europa**. Dies würde Leben retten und das Geschäft der **Schlepper** unterbinden" (S. 114)
„**Frontex** muss **abgeschafft** und durch eine koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden. Die Finanzierung und Ausbildung der **libyschen Küstenwache** im Rahmen der Operation EUNAVFOR Med wird eingestellt. Die Verantwortung, die Flüchtlinge zu schützen, darf nicht auf Drittstaaten außerhalb der EU übertragen werden. Der von der Kanzlerin vorangetriebene **EU-Türkei-Deal muss aufgekündigt werden**! Die Pläne, in **Nordafrika Auffanglager** zu schaffen, **lehnen wir ab**. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen Flüchtlinge nicht abgewiesen werden! " (S. 114)
„Das **EU-Dublin-System ist gescheitert**. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU ein. Ein Ausgleich soll vor allem finanziell hergestellt werden (»Fluchtumlage«). Wir wollen das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates für die Geflüchteten. Die Grenzen der EU müssen für schutzsuchende Menschen offen sein" (S. 114)

„Der **Familiennachzug** darf nicht behindert werden. Diskriminierende Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen wir abschaffen, der Familiennachzug darf nicht nur auf engste Angehörige beschränkt werden." (S. 122)

„**Verfolgung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität** ist ohne Einschränkung als **Fluchtgrund** anzuerkennen, unabhängig vom Herkunftsland." (S. 124)

„Auch Menschen, die nicht wegen politischer Verfolgung oder vor Krieg geflüchtet sind, sondern aus anderen Motiven einwandern, wollen wir die Möglichkeit geben, in der Bundesrepublik Deutschland zu leben. Das geltende restriktive Aufenthaltsgesetz wollen wir abschaffen" (S. 68)

„Zahlreiche Menschen werden aktuell in Rechtlosigkeit und Illegalität gedrängt, nur weil sie keine gültige Aufenthaltsbewilligung haben. Wir fordern eine Initiative zur Legalisierung dieser Menschen. Sie sollen eine unbefristete **Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis** erhalten, um ein geregeltes Leben in Würde führen zu können." (S. 122)

„Wir unterstützen die Forderungen nach einem sofortigen **Stopp der Abschiebungen** [„insbesondere in Krisengebiete und existenzielle Not", S. 124] und nach einem Bleiberecht für alle." (S. 9)

7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt)

„Wir setzen uns für eine **Mindestsicherung** für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen ein. Das Asylbewerberleistungsgesetz wird abgeschafft. **Asylbewerberinnen und Asylbewerber** und

hier lebende EU-Bürgerinnen und -Bürger werden in die Mindestsicherung [von 1.0050€/ Monat] **einbezogen**." (S. 24)
„Die **Residenzpflicht**, **Wohnsitzauflagen** und die **Unterbringung in Sammellagern** müssen bundesweit abgeschafft werden. Wir stellen uns gegen das System der Zwangsverteilung" (S. 123)

„Eine besondere Rolle spielt **Gewalt gegen Frauen** in Kriegs- und Krisengebieten. Wenngleich das Zuwanderungsgesetz in Deutschland die geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkennt, haben in der Praxis viele betroffene Frauen keine Chance auf Asyl. Insbesondere das vom Ehemann bisher abhängige Aufenthaltsrecht muss aufgehoben und in ein eigenständiges Aufenthaltsrecht umgewandelt werden. Auch der Schutz in Flüchtlingsunterkünften weist noch erhebliche Defizite auf… Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend **Schutzräume** für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans-Menschen. Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend sorgsam geschult werden" (S. 75)

„**Ombudsstellen** für Flüchtlinge einrichten! Zu ihren Aufgaben sollten die unabhängige Aufnahme und Bearbeitung von Hinweisen auf Übergriffe, Diskriminierungen und Verletzungen der Menschenwürde gehören." (S. 70)

„Wir fordern ein **Bleiberecht** für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens, wenn sie fünf Jahren in Deutschland leben. Die Praxis der sogenannten Kettenduldungen wollen wir zugunsten von dauerhaften Perspektiven abschaffen." (S. 124)
„Wir wollen das **Wahlrecht** ab der Vollendung des 16. Lebensjahres und **für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen**." (S. 118)

„Wir wollen ein Bund-Länder-Programm »**Sofortmaßnahmen in der Bildung**«. Es muss vom Bund mitfinanziert werden und umfasst Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die **Deutsch als Zweitsprache** unterrichten, eine Erstausstattung an Schulbedarf für alle Kinder, zusätzliche **Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für geflüchtete Erwachsene** und Informationen zu **Berufsausbildungen**, die für Geflüchtete in der Bundesagentur für Arbeit angeboten werden. Den Kommunen müssen dafür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden." (S. 53f.)
„Die **Schulpflicht** muss für alle Kinder bundesweit und unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagesplätze." (S. 69)
„Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete müssen frühzeitig Zugang zu **Integrations- und Sprachkursen erhalten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus**" (S. 69)

„Wir wollen die **Hochschulen für Geflüchtete** öffnen. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen." (S. 56)

„Wir wenden uns gegen Ausnahmen beim Mindestlohn und wollen **Asylbewerber und Geflüchtete schnell, aber fair in den Arbeitsmarkt integrieren**… Geflüchtete sollen bereits nach drei Monaten in Deutschland eine Arbeitserlaubnis bekommen." (S. 69)
„DIE LINKE setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle ein. **Anonymisierte Bewerbungsverfahren** sollen sicherstellen, dass alle die **gleichen Chancen** auf eine Ausbildung haben." (S. 54)

„Solidarische **Gesundheitsversicherung** für alle! Leistungen für Geflüchtete dürfen nicht eingeschränkt werden. Besondere Bedarfe aufgrund von Kriegs- und Fluchterlebnissen müssen berücksichtigt werden. Die **psychotherapeutische Versorgung** traumatisierter Flüchtlinge muss gewährleistet sein“ (S. 69)

„Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein **Bundesministerium für Migration und Integration**“ (S. 69)

„Die Rechte von Minderheiten stärken: **Dänen, Friesen, Sinti und Roma und die Sorben/Wenden** leben seit Jahrhunderten in Deutschland. Ihre in den europäischen Minderheitenabkommen festgeschriebenen Rechte müssen in der Bundesrepublik umgesetzt werden.“ (S. 122)

7.4. Einwanderungspolitik

„DIE LINKE steht an der Seite aller, die für Bewegungsfreiheit, Grundrechte und soziale Gerechtigkeit für alle einstehen. **Deutschland ist längst ein Einwanderungsland**. Wir wollen die solidarische Einwanderungsgesellschaft gestalten. Wir setzen dabei auf ein **inklusives »Wir, die hier leben**«.“ (S. 68)
„Der Öffentliche Dienst muss Vorbild in Sachen guter Arbeit und Ausbildung sein (vgl. Kapitel I »Gute Arbeit«). Den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund wollen wir erhöhen, auch um dort, wo es den Bedarf gibt, die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten.“ (S. 43)

7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

„Alle **hier geborenen Kinder und Jugendlichen** sollen die **deutsche Staatsangehörigkeit** erhalten und ein **Recht auf Mehrstaatlichkeit** haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Wir wollen Migrantinnen und Migranten nach drei Jahren legalem Aufenthalt in der Bundesrepublik einen **Rechtsanspruch auf Einbürgerung** ermöglichen.“ (S. 121)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

7.1. Gesellschaftsbild

„Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt auch allen etwas ab.“ (BWP, S. 10) „Die gesellschaftliche Vielfalt ist Fakt, sie zu leugnen, ist Ideologie.“ (BWP, S. 119)

„In einer offenen Gesellschaft ist **Kultur in ständiger Bewegung und Veränderung**. Wir GRÜNE widersetzen uns deswegen allen Versuchen, eine nationale „**Leitkultur**“ durchzusetzen. In der Kultur darf es keine Grenzen geben, die im Namen einer angeblichen „kulturellen Identität“ darüber bestimmen, wer dazugehört und wer nicht. Eine demokratische Gesellschaft lebt vom lebendigen Austausch der Kulturen – und sie eröffnet und schützt künstlerische Freiräume.“ (BWP, S. 152)

„Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält, sind unser **Grundgesetz und die Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten**. In unserem gemeinsamen Land gilt das für alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen.“ (BWP, S. 113)

7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz)

„Mit uns gibt es **keine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze** beim Asylrecht." (ZPP, S. 3)

„Die **Ursachen von Flucht** und Vertreibung lassen sich weder mit höheren Zäunen noch mit Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten lösen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele vorgeben. Wir werden die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen. Und wir brauchen eine faire Handelspolitik. Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtslage werden wir stoppen." (BWP, S. 101)

„Es muss **sichere und legale Wege für Menschen** auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen treten wir auf europäischer Ebene für ein **Seenotrettungsprogramm** ein und werden unterdessen die zivilen, gemeinnützigen Rettungsorganisationen stärken. Zudem wollen wir **großzügige Aufnahmeprogramme** schaffen, die Schutz bedürftigen nicht nur aus den Anrainerstaaten Syriens die legale Einreise ermöglichen, sondern auch anderen Geflüchteten, die sich in lang andauernden prekären Lagen befinden. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Das **individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden**. Wir wenden uns gegen seine Aushöhlung. **Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab**. Unser Ziel ist ein **bundesweiter Abschiebungsstopp nach Afghanistan**." (BWP, S. 109)

„**Alle europäischen Staaten** müssen ihrer **Verantwortung in Europa und der EU** gerecht werden… Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich die Verantwortung für schutzsuchende Menschen fair und solidarisch teilen, damit Staaten an den EU-Außengrenzen wie Italien und Griechenland entlastet werden…" (BWP, S. 102)

„Der **Türkei-Deal** schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der Türkei erpressbar gemacht und nimmt damit billigend die dramatische Situation geflüchteter Menschen in der Türkei in Kauf… Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden" (BWP, S. 103)
„Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein." (BWP, S. 104)

„[Wir] setzen … auf eine **europäische Grenzkontrolle**, die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat sowie das Vertrauen in das Schengen-System stärkt. Statt Grenzen dichtzumachen oder auszulagern, setzen wir auf **legale und sichere Zugangswege**, etwa durch Kontingente der EU bei der Aufnahme von Geflüchteten." (BWP, S. 103)

„Wir GRÜNE halten die betriebene Ausweitung der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten" für falsch" (BWP, S. 105)

„Die **schnelle**, qualitativ hochwertige Bearb**eitung von Asylanträgen** durch das BAMF ist und bleibt von zentraler Bedeutung." (BWP, S. 105)

„Auch geschlechtsspezifische Fluchtgründe … müssen im Asylverfahren stärker berücksichtigt werden“ (BWP, S. 106)

7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt)

„Wir legen künftig in unserer **Einwanderungsgesellschaft** mehr Wert auf **Erziehung zur Demokratie** für alle Kinder und Jugendlichen… Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre **Familien nachholen**, denn auch das hilft ihnen, sich zu integrieren. Wir stehen für eine humane und zudem gemeinsame **europäische Flüchtlingspolitik** ein.“ (ZPP, S. 3)

„Wir wollen … die grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des **Familiennachzugs** für subsidiär Schutzberechtigte wieder rückgängig machen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.“ (BWP, S. 109)

„Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen **Perspektiven zu eröffnen**. Die Grundlage dafür sind der schnellstmögliche Zugang zu **Integrations- und Sprachkursen** ohne Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus, die **Anerkennung von Abschlüssen** und mitgebrachten Kenntnissen sowie eine gute **Beratungsstruktur** zu Arbeitsmarktzugang und Wohnungssuche. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen ausreichend **Ressourcen** zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut bewältigen können.“ (BWP, S. 110)
„Wir [brauchen] einen schnellen Wechsel von Massenunterkünften in Wohnungen und dafür **ausreichend bezahlbaren Wohnraum**.“ (BWP, S. 107)
„Wir [wollen], dass Geflüchteten der **Weg in die Arbeitswelt** rasch offensteht. Dort lernen sie den deutschen Arbeitsalltag, einheimische Gepflogenheiten und hiesige Berufe kennen… Um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu verbessern und dafür zu sorgen, dass eine Ausbildung nicht länger an einer unsicheren **Bleibeperspektive** scheitert, wollen wir, dass Asylsuchende und Geduldete rechtssichere Aufenthaltstitel für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung erhalten.“ (BWP, S. 180)

„Das integrationsfeindliche Asylbewerber*innenleistungsgesetz wollen wir abschaffen, die **Gesundheitskarte** für alle Geflüchteten einführen und die Dolmetscher*innenleistungen bei Gesundheitsbehandlungen sicherstellen.“ (BWP, S. 108)

„Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben, aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung“ (BWP, S. 99)

„Auf deutscher wie europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, die Situation der **Roma** nachhaltig zu verbessern.“ (BWP, S. 120)

7.4. Einwanderungspolitik

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb werden wir ein **Einwanderungsgesetz** vorlegen. Fachkräften ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen dafür eine Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwande-

rungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen. So können Asylbewerber*innen bei entsprechender Qualifikation eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollen bestehende Berufsabschlüsse besser anerkennen und die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtern." (BWP, S. 114)
„[Wir] müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Migrant*innen bei uns erworbene Fähigkeiten auch wieder in ihren Herkunftsländern anwenden können, sodass es nicht zu einem **Braindrain** kommt" (BWP, S. 112)
„Wir wollen, dass ein Einwanderungsgesetz durch die Einrichtung eines eigenständigen **Einwanderungs- und Integrationsministeriums** flankiert wird, in dem alle migrations-, flüchtlings-, integrations- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst wer-den." (BWP, S. 112)

7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

„[Wir] wollen … den Erwerb der **Staatsangehörigkeit** nach dem **Geburtsortprinzip** verwirklichen. Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsch, wenn sich ein Elternteil hier legal aufhält. Alle, die auch eine **andere Staatsangehörigkeit** besitzen, müssen sich **nicht mehr** zwischen der einen oder der anderen **entscheiden**. Wir wollen **Einbürgerungen** erleichtern. Alle Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht und ausreichende Deutschkenntnisse haben, sollen schneller einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben." (BWP, S. 115)

„Mehr Demokratie heißt für uns auch, dass mehr Menschen mitmachen und sich beteiligen dürfen. So wollen wir das **kommunale Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip regeln** und nicht nach der Staatsbürger*innenschaft. Dann können auch diejenigen an kommunalen Wahlen teilnehmen, die keinen deutschen oder EU-Pass, aber ihren ständigen Wohnsitz hier haben. Menschen, die hier leben, sollen auch mitbestimmen, wie wir zusammenleben." (BWP, S. 115)

FDP

7.1. Gesellschaftsbild

„Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Antisemitismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. W**ir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft**" (S. 51) **„**In einer offenen Gesellschaft ist es egal, woher jemand kommt. Es ist wichtig, wohin er mit uns zusammen möchte." (S. 34)

7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz)

„Das **Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte** ist für uns **unantastbar**. Für **Kriegsflüchtlinge** wollen wir einen **eigenen Status** schaffen, einen **vorübergehenden humanitären Schutz**, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren." (S. 34)

„Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. Eine solche **Obergrenze würde dem Grundgesetz widersprechen**." (S. 59)

„Anträge von Asylsuchenden aus **sicheren Herkunftsstaaten** sollen in den Registrierungszonen, den sogenannten **Hotspots**, schnellstmöglich entschieden werden. Gleichzeitig ist aber entscheidend, dass **Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft** werden müssen. Oberste Priorität hat die **Beilegung von bewaffneten Konflikten**. Um Menschen die lebensgefährli-

che Flucht zu ersparen, möchten wir es ermöglichen, **Asylanträge** auch **bereits im Ausland** zu **stellen.** Ein **Visum aus humanitären Gründen** sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben des Antragstellers oder der Antragstellerin unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind“ (S. 59)

„Wir Freie Demokraten wollen die Flüchtlingsfrage in enger **Kooperation mit europäischen Nachbarregionen** lösen. Wenn Staaten eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, wie etwa der **Libanon oder Jordanien**, wollen wir sie neben stark erhöhten **finanziellen Beiträgen** für Einrichtung und Betrieb des Schul- wie auch Gesundheitswesens bei der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen unterstützen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Dort sollen **Investitionen aus der EU** vereinfacht und Handelshemmnisse für die Ausfuhr in die EU beseitigt werden.“ (S. 59)

„Wir Freie Demokraten wollen einen **fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa** durchsetzen… Deswegen fordern wir, die **Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen**. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen **nach verbindlichen Quoten verteilt** werden. Zur Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen **auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse** berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen **Fonds** einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.“ (S. 60)

„Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende **Rückführungsregelungen**. Wer kein Bleiberecht hat, muss **konsequent abgeschoben** werden.“ (S. 34)

„Wir Freie Demokraten wollen einen effektiven **Schutz der EU-Außengrenzen**… Die **Grenzagentur FRONTEX** soll von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einem ec**hten europäischen Grenzschutz** mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausgebaut werden… Wie alle EU-Akteure ist FRONTEX an die **Europäische Charta der Grundfreiheiten** gebunden, denn innere Sicherheit in Europa darf nie auf Kosten der Menschenrechte erzielt werden. Daher soll sie auch Aufgaben der **Hochseenotrettung im Mittelmeer** wahrnehmen“ (S. 61)

7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt)

„Wir Freie Demokraten treten für verbindliche Integration ein, mit dem Ziel, dass Einwanderer zu Verfassungspatrioten werden und sich mit unserer offenen Gesellschaft identifizieren.“ (S. 35)

„Das bisherige System der **Integrationskurse** als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte, genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir Freien Demokraten fordern daher ein neues, **modulares Integrationsprogramm**, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht.“ (S. 34)
„Alle Kinder mit Sprachdefiziten müssen noch **vor der Einschulung** die Möglichkeit zum **Erlernen der deutschen Sprache** erhalten. Nur so ist ein erfolgreicher und gleichberechtigter Start ins Schulleben möglich.“ (S. 8)
„Wir Freie Demokraten fordern ein **sofortiges Teilnahmerecht für Flüchtlinge am Unterricht**…, auch wenn die Aufenthaltsdauer unklar oder nur kurz ist.“ (S. 10)

„Wir Freie Demokraten wollen die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen“ (S. 35)
„Gerade jene **Flüchtlinge**, die über eine dauerhafte Bleibeperspektive verfügen, müssen auch schnelleren **Zugang zum Arbeitsmarkt** erhalten. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangsprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen“ (S. 35f.)

7.4. Einwanderungspolitik

„Die starke Einwanderung nach Deutschland ist ein Anlass, endlich für ein vernünftiges **Einwanderungsrecht** und klare Anforderungen für Integration zu sorgen.“ (S. 1)
„**Dauerhafte Einwanderer** wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland **selbst aussuchen**… Dazu wollen wir die **Blue-Card** reformieren, sodass Arbeitskräfte zu uns kommen können, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können. Zudem wollen wir ein **Punktesystem** schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch **Flüchtlingen**, die sich entsprechend integriert haben, ein **Rechtskreiswechsel** und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland.“ (S. 34)

7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

„Wir Freie Demokraten wollen, dass die **doppelte Staatsangehörigkeit grundsätzlich möglich** ist. Deshalb soll die deutsche Staatsbürgerschaft nicht mehr bei Annahme einer weiteren Staatsbürgerschaft eines anderen Staates aberkannt werden, sondern nur auf Antrag des Betroffenen. **Einwanderer müssen zu deutschen Staatsbürgern werden können, ohne ihre Wurzeln und etwa Eigentum in ihrem Herkunftsland aufgeben zu müssen.** Für eine Einbürgerung muss es verbindliche Bedingungen und ein klares Regelwerk geben. Voraussetzungen sind insbesondere gute Sprachkenntnisse, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis seit mindestens vier Jahren, die eigene Sicherung des Lebensunterhaltes der Familie, Straflosigkeit, ein bestandener Einbürgerungstest und vor allem das uneingeschränkte Bekenntnis zur Rechtsordnung unseres Grundgesetzes. Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Einbürgerung soll gleichermaßen Motivation und Ziel des Einbürgerungsprozesses sein. **Die doppelte Staatsbürgerschaft soll wie bisher auch durch Geburt in Deutschland erworben werden können, allerdings bis maximal durch die Enkel der Ersteingebürgerten**. Dies schafft auch Kohärenz zur Regelung bei Auswanderern. Grundsätzlich sollen alle Herkunftsländer außerhalb der Europäischen Union im Staatsbürgerschaftsrecht gleichbehandelt werden. Deutsche, welche aus rechtlichen Gründen ihre zweite Staatsbürgerschaft nicht ablegen können, müssen ihre deutsche Staatsbürgerschaft behalten können. Mehrfachstaatsbürgerschaften sind zudem von den Meldebehörden zu registrieren.“ (S. 35)

AfD

7.1. Gesellschaftsbild

„Die AfD bekennt sich zur **deutschen Leitkultur**. Diese fußt auf den **Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung**. Sie umfasst neben der deutschen Sprache auch unsere Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte. Unser liberaler Rechtsstaat, unsere Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft und der sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck

menschlicher Kreativität und Schaffenskraft sind damit engstens verbunden. Die Ideologie des „Multikulturalismus“ gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. „ (S. 47)

„Der in Europa bereits stattfindende **Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam** als Heilslehre und Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen und Rechtsgeboten kann nur abgewendet werden durch ein Bündel von defensiven und restriktiven Maßnahmen, die eine weitere Zerstörung der europäischen Werte des Zusammenlebens aufgeklärter Bürger verhindern.“ (S. 47)

7.2. Aufnahme und Ablehnung von Asylsuchenden (inkl. Prävention und Grenzschutz)

„Die stetigen Verletzungen der Prinzipien der deutschen Staatlichkeit gipfeln in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von CDU/CSU und SPD“ (S. 8)

„Asyl braucht Grenzen“ (S. 27) „Aus [den] beiden Ursachen – dem Bevölkerungswachstum Afrikas und dem Wohlstandsgefälle zu Europa – entsteht ein **Wanderungsdruck, der Dimensionen einer Völkerwanderung hat**.“ (S. 28)
„Vor diesem Problemhintergrund ist **offensichtlich, dass Wanderungsbewegungen von Afrika nach Europa im zu erwartenden Umfang unseren Kontinent in wenigen Jahren destabilisieren können**. **Pauschale Zuwanderungsquoten** für einen Teil der auswanderungswilligen Bevölkerungen sind **ethisch nicht zu verantworten**, weil damit gleichzeitig die große Mehrheit abgewiesen wird. Politische Forderungen in dieser Hinsicht sind daher pseudohumanitär und selbstzerstörerisch. **Individuelle Schutz- und Asylgarantien wurden 1949 für verfolgte Einzelpersonen geschaffen. Sie versprechen unter den heutigen Bedingungen der massenhaften, globalisierten Wanderungsbewegungen Unmögliches. Sie können nicht aufrechterhalten werden.**
Ziel der AfD ist **Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes.** Die Zukunft Deutschlands und Europas muss langfristig gesichert werden. Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als **unser Deutschland erkennbar ist**.“ (S. 28)

„Die **Grenzen müssen umgehend geschlossen werden**, um die ungeregelte **Massenimmigration** in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden. Eine erfolgreiche **Anpassung** all dieser Menschen, darunter ein beträchtlicher Anteil von Analphabeten, ist **unmöglich**. Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine **Minuszuwanderung**.“ (S. 29)
„Wir fordern … auch die Bewachung der grünen Grenze durch integrierte Sicherungssysteme, zu denen auch **Zäune** gehören können.“ (S. 30)
Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.“ (S. 29)

„Einen Asylantrag soll nur stellen dürfen, wer seine Identität nachweist. Alle **abgelehnten Asylbewerber sind in ihre Herkunftsländer zurückführen…** Wir fordern zudem eine jährliche Mindestabschiebequote.“ (S. 29)
„Sollten sich die Herkunftsländer weigern, ihre Bürger wieder einreisen zu lassen, muss auf diese Länder Druck ausgeübt werden, zum Beispiel durch die **Einstellung der Entwicklungshilfe**. Hilfsweise müssen die Migranten in **aufnahmebereite Drittstaaten** überführt werden.“ (S. 29)

„**Ausländerkriminalität:** Der erhebliche **Anteil von Ausländern gerade bei der Gewalt- und Drogenkriminalität** führt derzeit **viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen**. Insbesondere können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise von Abschiebung verschont." (S. 23)

„Vollstreckung im Ausland: Zur Entlastung der innerdeutschen Justizvollzugsanstalten, aber auch zur Erhöhung der Abschreckungswirkung des Strafvollzuges, sind **für** [nicht abschiebbare] **ausländische Straftäter durch Vereinbarungen mit ausländischen, möglichst heimatnahen Staaten dort Vollzugsanstalten einzurichten, die den Anforderungen der EMRK entsprechen, unter deutscher Leitung und der Anwendung deutschen Rechts stehen** und zu denen jederzeitiger Zugang zu dienstlichen Zwecken ebenso möglich ist wie der Besuch von Angehörigen und Rechtsanwälten." (S. 23)

„Der massenhafte Missbrauch des Asylgrundrechts muss durch eine Grundgesetzänderung beendet werden. Aus demselben Grund müssen die **veraltete Genfer Flüchtlingskonvention und andere supra- und internationale Abkommen neu verhandelt werden – mit dem Ziel ihrer Anpassung an die Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen und Migrationsströme der globalisierten Gegenwart und Zukunft**." (S. 30

„Das „Gemeinsame europäische Asylsystem" (GEAS) lehnen wir ab. Die europäische Zusammenarbeit soll sich im Wesentlichen auf die Sicherung der europäischen Außengrenze konzentrieren. Asylanträge sind deshalb außerhalb Europas zu stellen." (S. 30)

„Die AfD bekennt sich dazu, **ökonomische Fluchtursachen zu vermeiden**, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft zunächst Nachteile mit sich bringen könnte." (S. 30)
„Durch ausreichende **Erhöhung der Mittel der UNHCR für Flüchtlingszentren in heimat- und kulturnahen Regionen** soll bereits geflohenen Menschen eine sichere Aufnahmemöglichkeit geboten werden" (S. 30)

„Die europäische Grenzschutzagentur **Frontex** und die **Bundeswehr** müssen ihre Schlepper-Hilfsdienste auf dem Mittelmeer beenden und alle Flüchtlingsboote an ihre Ausgangsorte zurückbringen, anstatt die Passagiere nach Europa zu befördern." (S. 30) „Wo das rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist, sind sie nach dem australischen Vorbild ausnahmslos in außereuropäische Aufnahmezentren zu überführen." (S. 30)

„Führen diese Maßnahmen nicht mindestens zu einer **Null-Zuwanderung**, muss ein Gesetz eine absolute **Belastungsgrenze** definieren, ab deren Erreichen zum Schutz Deutschlands keinerlei Asylbewerber mehr aufgenommen werden." (S. 31)

„Um die Verantwortlichen für die ab September 2015 geduldete Massenzuwanderung zur Rechenschaft zu ziehen, werden wir die Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses im Bundestag** verlangen." (S. 31)

7.3. Integrationsmaßnahmen (inkl. Bildung und Arbeitsmarkt)

„Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen anpasst. Integration heißt, dass die Muslime sich Deutschland anpassen“ (S. 45) „Jeder Migrant oder Einwanderer, dem wir ein dauerhaftes Bleiberecht zugestehen, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der **deutschen Leitkultur** anzupassen, nicht umgekehrt.“ (S. 32)

„Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylbewerber dürfen keine Anreizwirkung entfalten und sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es muss der Grundsatz gelten: „Sachleistungen vor Geldleistungen“.“ (S. 30)

„Jedem anerkannten Asylbewerber folgen ein bis vier Familienangehörige. Die Mehrheit dieser Menschen wird mit hoher Sicherheit dauerhaft von Sozialleistungen leben. **Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab**, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können.“ (S. 31)

„Ziel der **Beschulung schulpflichtiger Asylbewerber** muss es sein, diese auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland vorzubereiten und die Zeit bis zur Rückkehr sinnvoll zu überbrücken. Einheimische Schüler dürfen nicht in ihrem Lernfortschritt behindert werden.“ (S. 44)

„**Unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer** (UMA) missbrauchen das Ausländer- und Asylrecht. Fast alle von ihnen sind **männlich**, und zwischen 50 Prozent und 80 Prozent derer, die sich als minderjährig ausgeben, sind tatsächlich **volljährig**. Ihre **Kriminalitätsrate** ist unverhältnismäßig hoch, der Staat ist wehrlos. Sie dienen als sogenannte Ankerkinder zum späteren Nachzug ihrer Familien.“ (S. 31)
„Wir … fordern

- obligatorische Altersuntersuchungen in Zweifelsfällen,
- den Ausschluss von Familiennachzug
- und den ausnahmslosen Übergang ins Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit.“ (S. 31)

7.4. Einwanderungspolitik

„Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung.“ (S. 56)
„Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern“ (S. 23)
„Die **deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung** darf nur derjenige erhalten, an dessen dauerhaft **erfolgreicher Assimilation** und Loyalität zu seiner neuen Heimat keine Zweifel bestehen.“ (S. 32)

7.5. Doppelte Staatsbürgerschaft

„Das **Geburtsortsprinzip** (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir **wieder aus dem Gesetz streichen** und **zum Abstammungsprinzip**, wie es bis zum Jahr 2000 galt, **zurückkehren**. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete Sonderfälle beschränkt werden. Die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen führt zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit.“ (S. 32)

8. Außen-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik

Jeweils: 8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland), 8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO; 8.2. Rüstungsexportpolitik weltweit.

CDU/ CSU

8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland?)

„Wir wollen **Bonn** als deutschen Standort der Vereinten Nationen, als Sitz internationaler Nichtregierungsorganisationen und Standort für internationale Kongresse und Konferenzen stärken." (S. 63)

„Unser internationales Handeln und unser Engagement erfolgen eingebunden in Bündnisse und internationale Organisationen, allen voran **NATO** und **EU** sowie im Rahmen der **Vereinten Nationen** und der **OSZE** und in enger Absprache mit unseren Verbündeten und Partnern." (S. 64)
„Die **USA** sind und bleiben unser wichtigster außereuropäischer Partner." (S. 64)
„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber **Israel**. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind Teil der deutschen Staatsräson. Wir treten für eine Zwei-Staaten- Lösung ein." (S. 64)
„Wir appellieren an **Russland**, das Abkommen von Minsk dauerhaft einzuhalten und umzusetzen und führen beständig den Dialog weiter." (S. 64)

8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO

„Zentral für die wachsende Bundeswehr ist die „**Trendwende Finanzen**". Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere **Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen**." (S. 65)

8.3. Rüstungsexportpolitik weltweit

Keine Aussagen.

CSU –Bayernplan

8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland)

„Deutschland kommt eine besondere Rolle als **Brückenbauer zu Russland** zu… Wir setzen uns für einen Fahrplan zur Rückführung der Russland-Sanktionen ein und unterstützen einen flexiblen Abbau der Sanktionen bei schrittweiser Umsetzung des Minsker Abkommens." (S. 33)

„Wir wollen auf die **USA** einwirken, um wieder zu mehr **Gemeinsamkeiten** im transatlantischen Verhältnis zu kommen." (S. 33)

8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO

„Deutschland muss bei Drohnentechnologie und Cyberabwehr Vorreiter werden. Rüstungsprojekte wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern auflegen." (S. 35)

8.3. Rüstungsexportpolitik weltweit

Keine Aussagen.

SPD

8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland)

„Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und einen **stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme** zu leisten… Den Anteil für Auswärtiges am Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern." (S. 80)
„Wir wollen **zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und substanzieller ausstatten** – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene." (S. 80)
„Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. **So wollen wir den Europarat stärken**, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit leistet… Die **OSZE** ist und bleibt ein wichtiger Ort der Verständigung und Vertrauensbildung zwischen Ost und West" (S. 83)

„Die **USA** sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas – dies gilt unabhängig davon, wer in den USA regiert… Trotzdem schauen wir als Europäer zugleich selbstbewusst nach vorn: Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen." (S. 83)

„Unser Verhältnis zu **Russland** ist … belastet. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich sind… Substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach sich ziehen. Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an." (S. 84)

Naher Osten: „Es ist in unserem Interesse, dass die Spirale der Gewalt und des Staatszerfalls in der Region durchbrochen wird. Es geht darum, langfristig Strukturen der Machtteilung, religiöser Toleranz und stabiler, guter Regierungsführung zu etablieren." (S. 84)

Israel und Palästina: „Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft [wird] gerade im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim **Friedensprozess zwischen Israel und Palästina** gemessen. Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region muss Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das **Ziel die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten** im Rahmen einer Verhandlungslösung. … Es muss zu einem Stopp des illegalen Siedlungsbaus kommen. Von der palästinensischen Seite fordern wir die Ächtung des Terrors. In den palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte nötig." (S. 84)

8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO

„[Es] fehlt … zurzeit in Europa, in der Nato und weltweit [an Angeboten für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung]. Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie die Bereitschaft und der ernsthafte Wille zur Rüstungskontrolle und zur umfassenden Abrüstung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. **Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen…** Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind … dringend erforderlich, gerade auch in und für

Europa… Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).“ (S. 81)

„Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material [der Bundeswehr] zügig schließen und dafür **die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes** sichern. Wir wenden uns allerdings entschieden **gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen Verteidigungshaushaltes**. Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf **zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts** käme einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das **wird es mit der SPD nicht geben**. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können. (S. 82f.)

8.3. Rüstungsexportpolitik weltweit

„Eine neue Abrüstungsinitiative: Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein. Den drohenden Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung wollen wir verhindern. **Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel**. Wir unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite Abschaffung dieser Waffen einsetzen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns **gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands**. Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit!“ (S. 81)

„[Wir] setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.“ (S. 81)
„Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein **grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern** enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene“ (S. 82)

„Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große Herausforderungen. Wir **fordern eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen**. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen). **Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab**.“ (S. 82)

Die LINKE

8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland)

„Wir brauchen in Europa und weltweit eine neue Entspannungs- und Friedenspolitik“ (S. 5)

„DIE LINKE ist die Partei des **Völkerrechts**. Wir sehen in den **Vereinten Nationen** das zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften… Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und demokratisieren“ (S. 105)
„Einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat lehnen wir ab.“ (S. 106)

„Viele Menschen in unserem Land sind beunruhigt wegen der Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands und der EU zu **Russland**… Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind ins Abseits geraten. Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal.“ (S. 106)

8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO

„DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.“ (S. 107)
„DIE LINKE lehnt eine weitere Erhöhung des Rüstungsetats ab.“ (S. 100)
„Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden… Die sogenannte Nukleare Teilhabe wollen wir beenden.“ (S.102)
„Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden.“ (S. 102)
„Wir wollen die **NATO auflösen** und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt. Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt.“ (S. 106)
„Einen NATO-Raketenschild lehnen wir ab.“ (S. 106)
„DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands und eines Europas ohne Armeen und einer Welt ohne Kriege“ (S. 107)

8.3. Rüstungsexportpolitik weltweit

„Wir lehnen **Aufrüstung**, **Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr** sowie jegliche deutsche Unterstützung von Militärinterventionen ab.“ (S. 9)
„Unsere internationale Politik zielt auf Frieden, Abrüstung und **Entmilitarisierung**… Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten… Sie sind die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts.“ (S. 101)
„Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte **Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt** wird… Ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten“ (S. 101f.)
„DIE LINKE fordert ein **Beteiligungsverbot** deutscher Unternehmen an internationalen oder ausländischen Rüstungsunternehmen“ (S. 102)
„DIE LINKE unterstützt die Initiative für ein so genanntes Zivilsteuergesetz. Damit wäre, entsprechend des Gewissensschutzes, die Möglichkeit gegeben, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hätte, einer Verwendung seiner Steuern für militärische Zwecke zu widersprechen.“ (S.102)
„DIE LINKE tritt auch in der nächsten Legislaturperiode für eine vertragliche **Ächtung von Atomwaffen** weltweit ein“ (S. 102)

„**Forschung für Frieden statt für Krieg und Rüstungsindustrie**: Wir fordern die Verankerung von Zivilklauseln an allen Hochschulen und allen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Förderung von Friedensforschung.“ (S. 58)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland)

„Im Zentrum unserer Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik steht eine **Stärkung des internationalen Rechts, der multilateralen Zusammenarbeit und der zivilen Krisenprävention**, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, EU und OSZE.“ (BWP, S. 79)
„Deswegen möchten wir **Deutschland und die EU zu Vorreite-r*innen für die zivile Krisenprävention machen** – konzeptionell, finanziell und strukturell. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (**UNHCR**) muss angesichts der rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen können… Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch wirklich wahrnehmen zu können. Wir wollen **Reformen** in den Strukturen der Vereinten Nationen anstoßen und sie besser ausstatten, personell und materiell.“ (BWP, S. 89)
„Im Falle einer anhaltenden Blockade des VN-Sicherheitsrats sollte die **Generalversammlung der VN** das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und **an seiner Stelle** friedenserzwingende Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.“ (BWP, S. 86)

„Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (**G 20**) muss ebenfalls für eine faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich starken Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten.“ (BWP, S. 92)

„[Wir] setzen … auch auf den Dialog im NATO-**Russland**-Rat. Dies gilt gerade jetzt“ (BWP, S. 80)

„Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU auch eine **Friedenslösung im Nahostkonflikt** nicht aus dem Blick verlieren. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine **Zwei-Staaten-Regelung** ein, um den Fortbestand des **Staates Israel** als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum Wohle aller seiner Bewohner*innen sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen **Staates Palästina** auf der Grundlage der **Grenzen von 1967** zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben.“ (BWP, S. 83)

„Die **Anwendung militärischer Gewalt** ist immer ein Übel. Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen militärische Gewalt **unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel** gerechtfertigt sein kann. Das Konzept der **Schutzverantwortung** der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. An erster Stelle muss immer die Prävention stehen“ (BWP, S. 85f.)

8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO

„Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab. Uns geht es darum, durch engere gemeinsame Planung, Kooperation und Koordination Fähigkeiten

auf europäischer Ebene zu bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder fortzusetzen. Dies muss mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament und mit einer gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik einhergehen." (BWP, S. 76)

„Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Darum werden wir deutsche Rüstungsexporte in die Türkei stoppen." (BWP, S. 76)

„Wir wollen nicht, dass die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen." (BWP, S. 84)

8.3. Rüstungsexportpolitik weltweit

„Wir setzen uns auch für eine **internationale Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter** ein und sind gegen die Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr." (BWP, S. 84)

„Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen **Rüstungsexportgesetz** stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei **Rüstungsexportgenehmigungen** wollen wir auf das **Auswärtige Amt** übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In vorher klar definierten, besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein **Verbandsklagerecht** ein räumen… Auf europäischer Ebene kämpfen wir darum, eine EU-weite gemeinsame Rüstungsexport-kontrolle deutlich restriktiver zu gestalten." (BWP, S. 88)

„Wir werden weiter für die vollkommene **atomare Abrüstung** kämpfen. Wir GRÜNE fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völker-rechtswidrigen „nuklearen Teilhabe". Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU." (BWP, S. 84)

FDP

8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland)

„Nachhaltige **internationale Sicherheit** kann nur erreicht werden, wenn die **Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik vernetzt gedacht** werden. Deshalb wollen wir, dass Deutschland langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit investiert. Dazu wollen wir eine schrittweise und nahtlos aufeinander abgestimmte Stärkung des Bundeshaushalts in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung erreichen." (S. 54)

„Auch der beste Zweck rechtfertigt nicht jedes Mittel. Wir stehen für den **Vorrang von Diplomatie**, **Gespräch, Austausch und „Wandel durch Handel" vor militärischer Intervention**. Wenn es aber die Sicherheit Europas oder die Beendigung massenhafter, dauernder und schwerster Menschenrechtsverletzungen erfordern, dann muss Deutschland auch bereit sein, einen **militärischen Beitrag** [„in engsten Grenzen" S. 65] zu **leisten**." (S. 53)

„Wir Freie Demokraten setzen uns für die weltweite Anerkennung des **Internationalen Strafgerichtshofs** (IStGH) ein" (S. 64)

„Europa und die USA – Die westliche Wertegemeinschaft stärken. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu der transatlantischen Partnerschaft… Aus berechtigter Kritik an der Politik der neuen US-Regierung darf kein Antiamerikanismus werden. Angesichts der Möglichkeit, dass die USA eine weniger aktive globale Rolle spielen könnten, ist aus Sicht der Freien Demokraten die Stärkung der Europäischen Union unabdingbar." (S. 54)

„Wir Freie Demokraten fordern die russische Regierung auf, die **völkerrechtswidrige Besetzung der Krim und den Krieg in der Ostukraine unverzüglich zu beenden.**" (S. 55) „[Wir] treten dafür ein, … Menschenrechtsverletzungen [in **Russland**] klar zu benennen und zu verurteilen" (S. 54f.) „Solange Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt, müssen daher die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden." (S. 55) „Mittelfristig muss es unser Ziel sein, über Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen wieder zu einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland zu kommen." (S. 55)

„Wir Freie Demokraten setzen uns für eine unverminderte Fortsetzung des deutschen Engagements beim **Friedensprozess im Nahen Osten** ein. Dabei bleibt die Grundlage unserer Politik und Staatsräson das **Bekenntnis zum Existenzrecht Israels**. Wir treten dabei für ein ausverhandeltes Zwei-**Staaten- Modell** mit festen Grenzen ein, bei dem Israel und ein unabhängiger **palästinensischer Staat** nebeneinander in Sicherheit und Frieden leben können." (S. 56)

8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO

„Wir Freie Demokraten wollen **mehr europäische Synergien für die Rüstungsentwicklung und -beschaffung…** Um Geld zu sparen und die europäische Partnerschaft zu vertiefen, soll es auch für die Rüstungsindustrie einen funktionierenden **Binnenmarkt** mit einheitlichen Beschaffungsregeln geben. Arbeiten die Mitgliedsländer zusammen, muss Geld nicht durch jedes Land einzeln ausgegeben werden, sondern es reicht die einmalige und zentrale Investition. Verwenden die europäischen Armeen die gleiche Ausrüstung, können in folgenden Schritten die gemeinsame Ausbildung und militärische Integration weiter vorangetrieben werden." (S. 62)

„Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zur NATO" (S. 55)
„Wir [wollen] das Atlantische Bündnis [NATO] stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört einerseits die weitere **Anhebung des Verteidigungsetats bis 2024**, andererseits die Verwendung dieser Mittel in die dringend benötigten Fähigkeiten und Ressourcen, die Deutschland für seine Sicherheit selbst aufbringen muss." (S. 55)

8.3. Rüstungsexportpolitik weltweit

„Wir Freie Demokraten wollen die **internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben**. Die Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen ist eine Gefährdung der internationalen Sicherheit. Wir brauchen … einen neuen diplomatischen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Deutschland sollte hier zusammen mit seinen engen Partnern eine Führungsrolle übernehmen. " (S. 57)

„Wir Freie Demokraten wollen **keine Waffenlieferungen in Krisengebiete**… Die **Entscheidung** über Rüstungsexporte soll auch weiterhin **durch die Bundesregierung** erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kernaufgaben. Jedoch fordern wir, dass ein **Rüstungsexportgesetz** die bestehenden nationalen, eu-

ropäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer **Beteiligung des Deutschen Bundestags** führt." (S. 66)

AfD

8.1. Außenpolitik (inkl. NATO/ USA/ Israel/ Russland)

„Die AfD bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein." (S. 18)#
„Die AfD tritt dafür ein, die **Vereinten Nationen** so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in der Welt Rechnung getragen wird. Wir streben einen **ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat** sowie die Abschaffung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen an." (S. 18)
„Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Rolle der **OSZE** bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie ausgebaut wird." (S. 18)
„Der internationale islamische Terrorismus ist eine ernste Bedrohung der internationalen Staatengemeinschaft. Seine Entstehung und Ausbreitung muss mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln bekämpft werden." (S. 18)
„Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands." (S. 18)

„Eine **Entspannung im Verhältnis zu Russland** ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen. Die AfD tritt für die **Beendigung der Sanktionspolitik** ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden." (S. 19)

8.2. Verteidigung im Rahmen der NATO

„[Es ist] in deutschem Interesse, den **europäischen Einfluss in der NATO zu stärken**. Die NATO muss wieder ein **reines Verteidigungsbündnis** werden. Die Landesverteidigung ist durch die europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewährleisten. *Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab."* (S. 18)

8.3. Rüstungsexportpolitik weltweit

Keine Aussagen.

9. Nachhaltige Entwicklung/ globale Gerechtigkeit (Umwelt- und Entwicklungspolitik)

Jeweils: 9.1. Umweltpolitik; 9.1.1. Klimaschutz; 9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz; 9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik; 9.2. Entwicklungspolitik; 9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik; 9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel.

CDU/ CSU

9.1. Umweltpolitik

9.1.1. Klimaschutz

„Klimaschutz und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind existenziell wichtig. Weltweit wachsen Bevölkerung und Wohlstand. Dadurch steigen der Verbrauch an Rohstoffen und der Ausstoß von CO2. Wir müssen beweisen, dass **intakte Umwelt, Wachstum und Wohlstand keine Gegensätze**,

sondern zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb geht Europa beim Klimaschutz und Umweltschutz voran, deshalb stehen wir zum weltweiten **Klima-Abkommen von Paris**." (S. 6)
„Der Fortgang der **Erderwärmung** kann weltweit dramatische Folgen haben und erfordert deshalb gemeinsames Handeln." (S. 68)

„Wir kämpfen um jeden Produktionssektor und um jeden Arbeitsplatz. Notwendige Regelungen zum **Umwelt- und Klimaschutz** dürfen nicht zur Verlagerung von **Arbeitsplätzen** in Ländern mit geringeren Umwelt-Auflagen führen." (S. 10)

„Die Bewahrung der Schöpfung ist seit jeher ein Kernanliegen von CDU und CSU. Deutschland hat im Umweltschutz in den vergangenen Jahren Enormes erreicht… In vielen Teilen der Welt gibt es jedoch große Probleme, an deren Lösung wir arbeiten müssen, auch im ureigenen Interesse." (S. 67)

- „Die **Verschmutzung**, Vermüllung und Überfischung der Weltmeere kann sich zu einer großen Katastrophe entwickeln. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist.
- **Bodenerosion** und **Zerstörung tropischer Regenwälder** sind längst nicht gestoppt und bedrohen unsere Lebensgrundlagen weltweit.
- Die **Artenvielfalt** in Fauna und Flora ist weltweit fast überall bedroht, auch bei uns in Deutschland." (S. 67f.)

„Durch die neuen Möglichkeiten der **Digitalisierung** können wir unsere Umwelt besser schützen und Menschen in Entwicklungsländern bessere Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bieten… Drohende Umweltschäden können durch die Digitalisierung frühzeitig erkannt und verhindert werden." (S. 54)

„Deutschland hat wesentlich zu [dem] Zustandekommen [der **Agenda 2030**] beigetragen. Sie geht weit über den Bereich der Umweltpolitik hinaus und umfasst auch Bereiche wie Bildung und Gesundheit. Wir haben in Deutschland eine neue **Nationale Nachhaltigkeitsstrategie** erarbeitet, durch die die vereinbarten Ziele der Agenda 2030 auch in Deutschland umgesetzt werden sollen." (S. 69)

9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz

„Unser Leitbild ist eine vielfältige, nachhaltige, wettbewerbsfähige, bodengebundene und flächendeckende **Landwirtschaft** in bäuerlicher Hand. Wir treten für die **Bewahrung der Schöpfung** ein. Deshalb lehnen wir **Klonierung von Tieren** ab. Wir wollen ein partnerschaftliches Miteinander zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft und fördern deshalb den Dialog." (S. 15)
„Die **konventionelle und die ökologische Landwirtschaft** stehen für uns nicht im Gegensatz und werden beide zielgerichtet gefördert… Weitere Verbesserungen im Tierschutz begreifen wir als grenzüberschreitende Herausforderung und streben einheitliche Standards in der EU an. Für CDU und CSU ist der **Tierschutz** ein wichtiges Anliegen, denn Tiere sind unsere Mitgeschöpfe… Einführung eines neuen staatlichen **Tierwohllabels**… Artenschutz ist wichtig und unverzichtbar." (S. 16f.)
„Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) hat für uns einen sehr hohen Stellenwert." (S. 16)

9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik

„Auf dem G7-Gipfel in Elmau wurde vor zwei Jahren die **Dekarbonisierung** der weltweiten Energieerzeugung bis zum Ende dieses Jahrhunderts beschlossen. Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden…

Die **Energiewende** [muss] marktwirtschaftlich organisiert werden. Dabei sind wir seit 2013 einen großen Schritt vorangekommen.
Wir halten an unseren bestehenden Energie- und Klimazielen fest und setzen sie Schritt für Schritt um. Dies gilt auch für den 2016 beschlossenen **Klimaschutzplan**. Wir lehnen dirigistische staatliche Eingriffe in diesem Bereich ab und setzen stattdessen auf marktwirtschaftliche Instrumente“ (S. 68f.)
„Wir unterstützen die Antriebswende im Verkehr und verfolgen eine technologieoffene Gesamtstrategie zur Förderung des Markthochlaufs alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität und der Brennstoffzelle.“ (S. 47)

9.2. Entwicklungspolitik

9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik

„Die Welt scheint aus den Fugen geraten, die internationalen Unsicherheiten nehmen eher zu als ab. Wir müssen **Flagge zeigen für Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaat und Europa**. Über Parteigrenzen und parteipolitische Interessen hinweg. CDU und CSU sind dazu bereit.“ (S. 5f.)
„Geleitet werden wir von unserer Bindung an Werte der Menschenwürde, den Schutz und der Förderung der Menschenrechte, von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz.“ (S. 64)

„Die Chancen der **Digitalisierung** werden wir auch in der Entwicklungszusammenarbeit nutzen. Digitale Vernetzung erlaubt vorhersehbare und deshalb günstige Lösungen für die Ressourcenverteilung und leistet so einen Beitrag zur Vermeidung von Hunger und Epidemien.“ (S. 54)

„Unsere besonderen Bemühungen gelten dem Kontinent **Afrika**… Aus eigener Kraft wird Afrika die Wende nicht schaffen. Deshalb hat die Bundesregierung die Initiative zu einem „Compact“ mit Afrika im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft ergriffen. Deshalb werben wir bei unseren Freunden und Verbündeten für mehr Engagement auf dem afrikanischen Kontinent.“ (S. 66)
„CDU und CSU schlagen einen **Marshall-Plan mit Afrika** vor. Ein solcher moderner Marshall-Plan des 21. Jahrhunderts soll die Empfänger in Afrika zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigen. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union wollen wir erreichen, dass eine neue mittelständische Kultur der Selbstständigkeit entsteht. Unser Marshall-Plan mit Afrika soll eine breite Welle der Unterstützung auch in anderen Ländern auslösen. Dabei sollen vor allem auch **private Investitionen** mobilisiert werden.“ (S. 67)

„Um den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, müssen die **Instrumente der Diplomatie, der Polizei, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines vernetzten Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden**. Deshalb werden wir parallel zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auch die **Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1:1** erhöhen, **bis die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP erreicht ist**. Für den vernetzten Ansatz wollen wir eine zentrale Koordinierung innerhalb der Bundesregierung und im Parlament schaffen.“ (66)

9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel

„Wir bekämpfen jede Art von Protektionismus und treten für **internationale Handelsabkommen** und Zusammenarbeit ein. Die moderne globalisierte Welt, in der wir leben, verträgt sich weder mit Abschottung oder außenpolitischer Isolation noch mit einer Politik, die nur das scheinbar eigene nationale Interesse in den Vordergrund stellt.“ (S. 7)

„Auch der Prozess der **Globalisierung braucht Regeln und Standards**, um Auswüchse und Fehlentwicklungen zu verhindern. Deshalb ist die Zusammenarbeit im Rahmen von G7 und G20 so wichtig, deshalb brauchen wir die Europäische Union und die Vereinten Nationen, die OECD, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds." (S 12)
„Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern ein geordnetes Gemeinwesen hinterlassen: Mit eigenen Gestaltungsspielräumen und ohne erdrückende Lasten aus der Vergangenheit." (S. 32) „Wir werden im Bundeshaushalt auch weiterhin keine neuen Schulden aufnehmen." (S. 33)

CSU – Bayernplan

9.1. Umweltpolitik

9.1.1. Klimaschutz

„Verantwortung für die Schöpfung: Wir bewahren unsere Schöpfung für die kommenden Generationen… Auch in Zukunft gilt es, Ökonomie und Ökologie zusammenzubringen." (S. 28)
„Der achtsame Umgang mit unserer Umwelt, mit Grund und Boden sowie der Tierwelt und der Vielfalt der Arten ist uns Auftrag. Dabei setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation. Für uns kommen Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und kooperativer Umweltschutz vor staatlicher Regulierung." (S. 28)
„Wir machen Bayern zum Modell für die **Symbiose von Ökologie und Ökonomie**. Wir führen intelligentes Wachstum und ökologische Innovation zusammen." (S. 28)
„Wir unterstützen das europäische Klimaziel, die **Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren**… Klimaschutz muss international abgestimmt sein, insbesondere im **Emissionshandel**." (S. 30)

„Wir wollen den Naturtourismus in den kommenden Jahren weiter ausbauen." (S. 31)

9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz

„Wir werden mehr Geld für **Biodiversität** ausgeben und mehr dafür tun, dass unsere Oberflächengewässer und das Grundwasser gute Qualität aufweisen." (S. 28)
„Die Weiterentwicklung im Tierwohl muss praxistauglich sein und darf kleine und mittlere Betriebe nicht überfordern." (S. 28)
„**Lebensmittelverschwendung** muss reduziert werden. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit bei Erzeuger, Handel und Verbraucher." (S.30)

„Wir haben das Selbstbestimmungsrecht beim Anbau von Gentechnikpflanzen für die EU-Mitgliedsstaaten durchgesetzt und damit sichergestellt, dass es auch weiterhin **keine Gentechnik auf Bayerns Feldern** gibt. Mit der CSU bleibt es beim **Nein zum Anbau von Gentechnikpflanzen. Patenten auf Pflanzen und Tiere erteilen wir eine klare Absage**." (S. 30)

9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik

„Durch die **Energiewende** verringern wir Abhängigkeiten und stärken die regionale Wertschöpfung. Energieversorgung in Bürgerhand ist eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz der Energiewende… Bayern hat den Vorrang für Erdverkabelung durchgesetzt." (S. 31)
„Wir wollen **Energie sparen**, einen vielfältigen **Energiemix** ausbauen und die Energietechnik weiterentwickeln. Die Energieversorgung muss … bezahlbar bleiben… Bei der Förderung der erneuerbaren

Energien über das EEG brauchen wir einen Systemwechsel hin zu mehr Markt und Wettbewerb. … Ausnahmen für energieintensive Betriebe müssen beibehalten werden.“ (S. 31)

„Wir brauchen für klimafreundliche Autos Anreize statt Verbote… Wir wollen den „sauberen“ Diesel.“ (S. 30)

9.2. Entwicklungspolitik

9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik

„Es liegt im deutschen Interesse, Krisen rechtzeitig vorzubeugen. Für die Krisenprävention benötigen wir ein Frühwarnsystem und eine **solidarische Finanzierung internationaler Entwicklungsgelder**. Wir brauchen einen **UN-Weltkrisenfonds** und internationale Allianzen gegen den Terrorismus. In enger Abstimmung mit der Staatengemeinschaft soll ein abgestufter **Aktionsplan aus Diplomatie, Entwicklungspolitik und Streitkräften** zum Einsatz kommen. Ziel muss es sein, ein Abgleiten gefährdeter Staaten in Destabilität und Islamismus zu verhindern.“ (S. 34)

„Aus der Perspektivlosigkeit von heute dürfen nicht die Flüchtlingsströme von morgen werden… Unser **Marshallplan mit Afrika** soll eine breite Welle der Unterstützung auch in anderen Ländern auslösen. Dabei sollen vor allem auch **private Investitionen** mobilisiert werden.“ (S. 35)

„Christen sind die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. Die CSU wendet sich gegen eine Unkultur des Wegschauens. Vielmehr muss Christophobie weltweit gebrandmarkt werden. Deutschland muss sich als christlich geprägte Nation weltweit für ein Ende der **Christenverfolgung** einsetzen.“ (S. 35)

9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel

„Internationale Zusammenarbeit, Wettbewerb, Leistungsfähigkeit sowie freier Handel und offene Märkte sind unerlässlich für die weltweite Spitzenstellung unserer Unternehmen. Protektionismus und Abschottung erteilen wir eine klare Absage.“ (S. 33)

SPD

9.1. Umweltpolitik

9.1.1. Klimaschutz

„**Nachhaltigkeit** und die **Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen** sind die Grundlagen für die Zukunft Deutschlands und Europas“ (S. 4)

„Unsere **Wirtschaftspolitik** ist sowohl der ökonomischen und fiskalischen als auch der sozialen und **ökologischen Nachhaltigkeit** verpflichtet. Wachstum, solides Haushalten, soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bilden das Viereck unserer politischen Ziele. (S. 21)

„Deutschland profitiert von der weltweit **zunehmenden Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten, Technologien und Dienstleistungen**… Diese Erfolgsgeschichte der ökologischen Industriepolitik wollen wir fortsetzen.“ (S. 23)

„Umweltgerechtigkeit ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkindern zu bewahren…
Klimaschutzpolitik ist … immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität… In Übereinstimmung mit dem **Pariser Klimaschutzabkommen** werden wir deshalb den **Klimaschutzplan 2050** weiterentwickeln… Eine SPD-geführte Bundesregierung wird den Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen Sektoren führen… Im Rahmen dessen setzen wir auf **Technologieneutralität und Innovationsoffenheit**. Die Ergebnisse dieses Dialoges werden wir im Rahmen eines **nationalen Klimaschutzgesetzes** umsetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung umweltschädlicher und wettbewerbsverzerrender Subventionen." (S. 48)

„Ein wichtiger Schritt … ist die **Entwicklung einer integrierten europäischen Klimadiplomatie**… Die SPD setzt sich dafür ein, die Entwicklungszusammenarbeit im Energiebereich konsequent auf die **Förderung von erneuerbaren Energien und den Aufbau einer dezentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung** umzustellen." (S. 87)

„Wir wollen … die schnell wachsenden **Städte in den Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen von Urbanisierungspartnerschaften stärker beraten und unterstützen**… Wir stehen zu dem Versprechen der Industrieländer, die finanzielle Unterstützung für die armen Länder beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu steigern. Außerdem wollen wir gerade die besonders vom Klimawandel bedrohten ärmeren Länder auch im Umgang mit den Folgen des Klimawandels stärker unterstützen." (S. 87)

„Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz: Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen führt zu Problemen, die vor allem unsere Kinder und Enkelkinder belasten. Aktuelle Konsumgewohnheiten und moderne Technologien führen zu immer mehr und neuartigen Abfällen, deshalb fordern wir ein Umdenken weg von der Wegwerfkultur hin zur Stärkung von nachhaltigen Systemen, wie Leasing- und Leihsystemen. Wir werden **Haushalte und Unternehmen stärker über ressourcenschonende Alternativen informieren**. Ziel muss sein, Abfall zu vermeiden, Produkte langlebiger zu machen und mehr zu recyceln." (S. 50)

9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz

„Eine intakte Umwelt ist unverzichtbar für ein gesundes und gutes Leben. Wir werden **bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume besser schützen**. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist zu hoch. Langfristig müssen sich Versiegelung und Entsiegelung von Flächen die Waage halten…
Wir brauchen außerdem **mehr Natur in der Stadt** – in Wohngebieten, in den Parks und auf den Dächern…
Die Maßnahmen aus der Naturschutz-Offensive 2020 müssen umgesetzt werden. Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir das nationale **Ziel von zwei Prozent großflächiger Wildnisgebiete** in Deutschland vorantreiben. Außerdem werden wir das Bundesprogramm **Blaues Band** zur Renaturierung von Flüssen und Auen umsetzen. Weitere naturschutzrelevante und ehemals militärisch genutzte Liegenschaften werden wir für den Naturschutz und künftige Generationen sichern. Wir werden zudem eine Moorschutzstrategie erarbeiten und umsetzen.

Den Anteil der Flächen mit **natürlicher Waldentwicklung** wollen wir auf fünf Prozent der Gesamtwaldfläche beispielsweise zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche erhöhen. Die **Jagd** soll zeitgemäß und naturnah sein. In unseren nationalen Gewässern werden wir **Fischerei** und andere Nutzungen naturschutzgerecht regeln. Gleichzeitig unterstützen wir die Fischerei dabei, nur noch umweltgerechte Fangmethoden einzusetzen. Der Überfischung unserer Meere werden wir durch eine Umsetzung der wissenschaftlichen Fangmengenvorgaben entgegenwirken.
Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee durch Plastik, Fischereimüll und Nährstoffeinträge sowie durch Lärm. Beim internationalen Meeresschutz setzen wir uns bei den Vereinten Nationen für großflächige Schutzgebiete auf hoher See ein. Dies betrifft auch die internationalen Gewässer der Arktis. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Arktis- Schutzgebietes bei der internationalen Meeresschutzorganisation „OSPAR" einsetzen." (S. 50)

„Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung:
Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist… Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der **Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen** ausrichten. Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die **konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig**. Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger werden wir auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und das Bundesbodenschutzgesetz novellieren. Weiterhin setzen wir uns für **gentechnikfreie Landwirtschaft** und Lebensmittel ein… Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben und wollen eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein **staatliches Tierschutzlabel** auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen... Wir wollen eine nationale und europäische Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen, das die **Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt**" (S. 50f.)
„Den illegalen **Wildtierhandel** und den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen werden wir unterbinden." (S. 51)

„Die Landwirtschaft erhält mehr als jeder andere Wirtschaftsbereich Unterstützung aus Steuermitteln. Wir wollen, dass der Grundsatz **‚öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen'** gilt. Zu den öffentlichen Leistungen gehört die Ernährungssicherheit genauso wie der Schutz der Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Bis zum Jahr 2020 werden die europäischen Agrarfördermittel auf zwei Wegen ausgezahlt: einerseits pauschale Zahlungen, deren Höhe sich nur an der bewirtschafteten Fläche orientiert. Und andererseits Gelder, die gezielt in die Entwicklung ländlicher Räume fließen, also unter anderem auch in Klimaschutz, Naturschutz, Tierschutz und Stallbauten. Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen Subventionen bis 2026 einsetzen." (S. 52)

„**Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet**. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden. Wir werden eine nationale **Strategie gegen Lebensmittelverschwendun**g umsetzen" (S. 52)

„Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab. An der Saatgutreinheit und der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch verän-

derten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden. Wir setzen uns für eine rechtssichere Kennzeichnung vegetarischer und veganer Produkte ein“ (S. 52)

9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik

„Energieeffizienz als Beitrag für den Klimaschutz. Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Wir wollen den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs entwickeln.“ (S. 37)
„Energieeffizienzstandards von Produkten und Dienstleistungen werden wir weiter verbessern. Spätestens **2050 müssen wir Energie** weitestgehend **treibhausgasneutral erzeugen**. Wir stellen dabei sicher, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Den europäischen Emissionshandel werden wir so weiterentwickeln, dass er seine Funktion als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies nicht zu erreichen sein, werden wir Verhandlungen für die Vereinbarung von CO2-Mindestpreisen auf europäischer Ebene aufnehmen. Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern.“ (S. 49)

„Das **Auto** behält seine wichtige Rolle für die individuelle Mobilität, allerdings muss es zu einem emissionsfreien Verkehrsmittel weiterentwickelt werden. Wir wollen die **Elektromobilität s**owohl aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen voranbringen.“ (S. 46)

„Der **Strukturwandel in der Energiewirtschaft** wird sich fortsetzen. Ganz besondere Herausforderungen sind in den bisher durch die **Braunkohle** geprägten Regionen in der Lausitz, im Mitteldeutschen wie auch im Rheinischen Revier zu bewältigen. Hier müssen regionalwirtschaftliche Strukturen auf- und ausgebaut werden, die **an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern**.“ (S. 23)
„Energiewende vollenden: Energie muss **umweltfreundlich** und **bezahlbar** sein. Gleichzeitig muss die **verlässliche Versorgung** gesichert bleiben… Erneuerbare Energien aus Windkraft (Off- und Onshore) und Sonnenenergie sind langfristig die kostengünstigste Form der Energieerzeugung. Sie machen uns unabhängig von Öl, Erdgas und Uran aus Konfliktregionen.“ (S. 48)
„Durch **Sektorenkopplung** soll die Energiewende noch stärker in den Wärme und Verkehrssektor getragen werden… Der zügige **Netzausbau** auf Verteil- und Übertragungsnetzebene ist für das Gelingen der Energiewende von entscheidender Bedeutung.“ (S. 48)
„Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Erdgas, erneuerbares Gas aus Power-To-Gas-Anlagen und die bestehende Gasnetzinfrastruktur werden im **Energiemix für eine flexible, sichere und CO2-arme Energieerzeugung** immer bedeutender.“ (S. 49)

„Der Schutz unseres Trinkwassers und der Gesundheit haben für uns oberste Priorität. Daher haben wir ein **unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking** durchgesetzt… Deshalb stehen wir dafür, dass es bei einem Verbot bleibt. Zudem werden wir die Schutzstandards in der konventionellen Erdgasförderung überprüfen und beständig anpassen.“(S. 49)
„2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet… Die **Endlagerung des Atommülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher** sein. Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen. In der EU werden wir uns dafür einsetzen, die **Förder-**

möglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke abzuschaffen. In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden." (S. 49)

9.2. Entwicklungspolitik

9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik

„Die **Zielvorstellung einer friedlichen, gerechten und regelbasierten internationalen Ordnung** und die Bereitschaft, den praktisch möglichen Schritt zu gehen, selbst wenn er nur klein und mit Risiken behaftet ist [prägt sozialdemokratische Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik]" (S. 80)
„Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem **umfassenden Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte** bei Konfliktprävention und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im Vordergrund, die gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt werden können." (S. 83)
„Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und Entwicklungspolitik so deutlich wie in fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme Unterentwicklung oft Hand in Hand gehen. Zivile **Krisenprävention, Mediation, Konfliktnachsorge und Stabilisierung müssen daher dauerhaft gestärkt** werden." (S. 80)

„Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, **Kirchen**, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unser **Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern**. Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armuts- und Hungerregionen ausrichten… Damit leisten wir einen Beitrag zur Konfliktprävention und helfen, dass **Menschen in ihrer Heimat Perspektiven finden**." (S. 85)

„Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der **Menschenrechte** sind nicht verhandelbar… Dazu gehören insbesondere die **Ächtung der Todesstrafe und Folter** weltweit, die Stärkung der **Rechte von Frauen** insbesondere in gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von **Kinderrechten**, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes, des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des Europarats wie auch die Weiterentwicklung und entschlossene Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln" (S. 87)
„Gesundheit ist ein Menschenrecht, das endlich für alle gelten muss… Der Globale Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria ist daher mit ausreichenden Haushaltsmitteln auszustatten. Weiterhin wichtig sind ein Basiskrankenversicherungsschutz als soziale Absicherung, bezahlbare Medikamente sowie ein diskriminierungsfreier Zugang, gerade auch für Frauen und Mütter, zu erreichbaren Gesundheitsdienstleistern." (S. 88)

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen auch dafür, dass alle Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und sozialer Herkunft Zugang zu **Bildung** erhalten." (S. 88)

„Weiterhin wollen wir eine **Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler Ebene**, beispielsweise im Rahmen der Initiative im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für ein Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) werden wir bei ihrem Kampf zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen unterstützen. Wir werden das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten Nationen und die ILO-Konvention 169 zum **Schutz der indigenen Bevölkerung** ratifizieren. (S. 88)

„Um eine nachhaltige **Stabilisierung und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Krisenländern** zu unterstützen, wollen wir die **Entsendung ziviler Fachkräfte**, insbesondere von Polizisten wie auch Juristen, über die Schaffung eines virtuellen Personalpools, der durch den Bund finanziert wird, deutlich erhöhen… Wir setzen uns dafür ein, dass wir unser **humanitäres Engagement ausbauen** und dass auch die internationale Gemeinschaft ihren Verpflichtungen gerecht wird… Bei kurzfristiger humanitärer Hilfe muss stets auch die sich anschließende mittel- und langfristige strukturelle Entwicklungszusammenarbeit mitgedacht und geplant werden.“ (S. 80)

„Wir setzen uns für die **Stärkung des Völkerrechts und des Internationalen Strafgerichtshofs** ein, um die Straflosigkeit bei **Kriegsverbrechen** und **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** zu beenden…
Die SPD setzt sich für eine **Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** ein und wird die Mittel in der nächsten Legislaturperiode deutlich erhöhen.“ (S. 81)
„Wir setzen auf die **Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN-Generalversammlung**, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen. Wir brauchen daher **starke und handlungsfähige Vereinte Nationen**…. Wir unterstützen die deutsche Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft“.“ (S. 83)

„Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des weltweiten Terrorismus [und nicht unverhältnismäßig erhöhte Rüstungsausgaben]. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass **zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden**.“ (S. 83)

„[Wir sehen] die ländliche Entwicklung und insbesondere auch die **Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern** als einen zentralen Baustein an“ (S. 85)
„Wir setzen uns zudem für einen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölkerung ein und werden „**landgrabbing**“ sowie die zunehmende Monopolisierung des Saatguthandels durch einige wenige Agro-Business-Konzerne nicht akzeptieren.“ (S. 85)

„Eine **verlässliche und ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit** ist dringend geboten. Deshalb stehen wir zum Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen – und das unabhängig von Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge. Darüber hinaus wollen wir, dass sich Deutschland inhaltlich und personell auch in weiteren wichtigen multilateralen Institutionen und Foren wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den regionalen Entwicklungsbanken politisch engagiert. Die finanziellen Beiträge Deutschlands müssen diesen Anspruch widerspiegeln.“ (S. 85)

„Die **Finanzierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz müssen zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden**. Außerdem setzen wir uns für eine bessere **europäische Entwicklungszusammenarbeit** ein, die eine klare Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten verwirklicht." (S. 86)

„Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der **Agenda 2030** [verbinden] **Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit**. Für die SPD umfasst Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben eine besondere Verantwortung, um eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen… Daher setzen wir uns für eine **ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030** ein. Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden Industrienationen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen… Zudem muss Deutschland verstärkt die Länder des Globalen Südens bei ihren Anstrengungen für nachhaltiges Wachstum unterstützen und die SDGs zur Praxis in den multinationalen Organisationen machen." (S. 84f.)

9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel

„Für den **weltweiten Handel** und die Digitalisierung unserer Wirtschaft brauchen wir **gerechte Rahmenbedingungen** und modernste Infrastruktur." (S. 3)

„Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren." (S. 86)
„Wir wollen perspektivisch einen unabhängigen **internationalen Handelsgerichtshof** etablieren, um das Primat der Politik durchsetzen. Die Verhandlungen mit den USA über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (**TTIP**) zeigen, dass ein Abschluss nach diesen Maßgaben derzeit nicht erreichbar ist. Hingegen ist es in intensiven Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung gelungen, im Abkommen zwischen EU und Kanada (**CETA**) zukunftsweisende **Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof** zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten." (S. 86)

„**CETA** muss als gemischtes Abkommen sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Im Zuge dieser parlamentarischen Kontrolle werden wir alle Aspekte einer sorgfältigen Prüfung unterziehen.
Wir werden auch die **Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten** (Economic Partnership Agreements) daraufhin prüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer **afrikanischen Freihandelszone** unterstützen" (S. 86)
„Um schrittweise die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, braucht es einen neuen **umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit**. Damit werden die Länder auch dabei unterstützt, ausreichend einheimische Ressourcen etwa für den Ausbau der Bildungs- und Sozialsysteme zu mobilisieren" (S. 86)

Die LINKE

9.1. Umweltpolitik

9.1.1. Klimaschutz

„DIE LINKE will eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Land,… in dem Natur und Klima geschützt und unsere Ressourcen nicht verschwendet werden.“ (S. 4)

„Mächtige **Konzerninteressen** verhindern, dass **Umweltzerstörung und Klimawandel** gestoppt werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Deutschland die **Klimaziele für das Jahr 2020** nicht einhalten. Der **neoliberale Kapitalismus** nutzt ungebrochen fossile Brennstoffe, die Zerstörung von Klima und Natur schreitet voran. Wir müssen uns entscheiden, was wir retten wollen: Kapitalismus oder Klima. Wir wollen die Erzeugung und den Verbrauch von **Energie umweltverträglich umbauen**. DIE LINKE ist die einzige Partei, die für ein **anderes Wirtschaftssystem** eintritt: für einen wirklichen **sozialen und ökologischen Umbau.** Menschen vor Profite.“ (S. 6)

Eine sozial-ökologische Wende hier in Deutschland ist auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Deshalb muss Deutschland seinen Beitrag dazu leisten, die **weltweite Erderwärmung deutlich unter zwei Grad**, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Wir wollen, dass die Bundesrepublik den **Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent**. Die genannten Ziele müssen in einem **Klimaschutzgesetz** festgeschrieben werden. Der **Klimaschutzplan 2050** der Bundesregierung muss darüber hinaus den Ambitionen des UN-**Klimaschutzabkommens von Paris** entsprechend verschärft und mit wirksamen Maßnahmen untersetzt werden. Die Umsetzung der universellen **UN-Agenda 2030** und der darin formulierten »17 Nachhaltigkeitsziele« muss die Verantwortung des Nordens verstärkt ins Zentrum rücken.“ (S. 85)

9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz

„Wir wollen eine **sozial gerechte und ökologische** Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärker fördern“ (S. 93)
„Auch genossenschaftliche Landwirtschaft und bezahlbare Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden.“ (S. 94)
„Das Verbot des **Klonens** von Tieren muss erhalten werden. Wir wollen eine Kennzeichnung von importierten Lebensmitteln, die aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen hergestellt werden. Wir wollen den Anbau und den Handel mit sowie den Import von **gentechnisch** veränderten Pflanzen verbieten“ (S. 93f.)
„DIE LINKE will **Patente auf Leben** verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen alte Pflanzensorten und Nutztierrassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden.“ (S. 94)
„Wir wollen eine **Nutztierhaltung**, die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist“ (S. 94)
„Naturschutz- und **Biodiversitätsziele** müssen zukünftig in andere Politikbereiche integriert werden, um den Erhalt von Natur und Biodiversität zu gewährleisten… Das Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« wollen wir auf mindestens 50 Millionen Euro jährlich aufstocken.“ (S. 96)
„Der **Tierschutz** muss gestärkt werden**.“** (S. 96)

„Böden, Wasser und Luft nachhaltig nutzen und schützen“ (S. 97) „Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoiden sowie von Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungs-

und Pflegeprodukten wollen wir sofort verbieten. Der »Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz« (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden." (S. 97) „Das Bundesprogramm »Blaues Band« wollen wir weiterführen, umsetzen und finanziell absichern" (S. 97)

„Wir wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und Fernseher einführen, um die Sammelquoten bei technischen Produkten zu erhöhen. Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Zertifizierungsgebot aus. (S. 97)

9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik

„Den Klimawandel stoppen! Wir wollen den Umstieg auf erneuerbaren Energien, eine ökologische Verkehrswende und den Schutz unserer Umwelt" (S. 9)
„In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten" (S. 86)
„Die Kommunen müssen bei der **Energieversorgung vor Ort** mehr und mehr auf erneuerbare Energien setzen. Der **öffentliche Nahverkehr** soll auf neue Antriebsmodelle umstellen… Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss umgebaut oder durch eine **neue Energiegesetzgebung** abgelöst werden… Es braucht einheitliche Standards für Klimaschutzkonzepte auf Bundesebene, die sicherstellen, dass Kommunen bei der Bewältigung der Klimafolgenanpassung unterstützt werden und der Bund entsprechende finanzielle Mittel dafür bereitstellt." (S. 6)
„Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG mit sozialen Komponenten und wollen den Ökostromanteil auf 43 Prozent bis zum Jahr 2020, 70 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent bis 2040 erhöhen." (S. 86)
„DIE LINKE will die staatliche Förderung für erneuerbare Energien und für mehr Energieeffizienz ausbauen und neu ausrichten:" (S. 87)
„Ein **Energieeffizienzfonds** kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten." (S. 88)

„Energie muss sauber sein: Fracking verbieten. Aus Kohle und Atomkraft aussteigen!" (S. 88) „Ein zukunftsfähiges Energiesystem bedeutet den Ausstieg aus Energieerzeugung durch **Uran** und Kohle. **Fracking** ist keine Alternative, sondern eine unbeherrschbare und teure Risikotechnik, die zu Grundwasserverschmutzung und Erdbeben führen kann. Mit ihrem Fracking-Erlaubnisgesetz vom Juni 2016 haben CDU/CSU und SPD trotzdem Fracking im Sandgestein (sogenannten Tight Gas-Reservoirs) zugelassen." (S. 88)
„Der **schrittweise Kohleausstieg** beginnt 2018. Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Bestandteil des Gesetzes ist ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken sowie den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen." (S. 88)

„Der **Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben** und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke **unverzüglich abgeschaltet** werden. Wir setzen uns für einen **gesamteuropäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken** ein." (S. 89)
„Keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter. Gorleben muss als ungeeigneter und politisch verbrannter Standort aufgegeben werden." (S. 89)

„DIE LINKE lehnt den **Bundesverkehrswegeplan** 2030 in seiner derzeitigen Form ab. Stattdessen wollen wir einen Verkehrswegeplan, mit dem die sozial-ökologische Mobilitätswende vollzogen wird und bei dem der schienengebundene Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt steht." (S. 90)
„In die **Hoheitsgewässer der EU** sollen nur noch mit **Diesel oder umweltfreundlicheren Antriebsarten** betriebene Fracht- und Kreuzfahrtschiffe einfahren dürfen." (S. 92)
„Wir wollen eine einheitliche **Kerosinsteuer** in der EU. Auf Flugtickets soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden." (S. 92)

„Der **CO2-Grenzwert für Neuwagen** in Europa soll ab 2025 deutlich unter 60 Gramm betragen. Wir unterstützen den Vorschlag des Bundesrates, ab 2030 nur noch Pkw mit Null CO2-Emission zuzulassen" (S. 93)
„DIE LINKE will den Import von »**Biokraftstoffen**« verbieten, weil damit Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt und Biotope zerstört werden." (S. 93)

„Die im vergangenen Jahr ausgelaufene **Öko-Abwrackprämie für Kühlschränke** wird erneut aufgelegt und erweitert: Jeder Privathaushalt soll bei der Neuanschaffung eines Kühlschranks, einer Wasch- oder Spülmaschine der Energieeffizienzklasse A+++ einen Zuschuss von 200 Euro erhalten" (S. 87)

9.2. Entwicklungspolitik

9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik

„Die **soziale Ungerechtigkeit** ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Sie befördert die **Ausbeutung und globale Umweltzerstörung**… Sie zerstört die Demokratie. Sie schafft Leid. Sie raubt Millionen Menschen die Hoffnung, die Lebensgrundlage und die Zukunft und treibt sie in die Flucht. Die deutsche Regierung trägt Mitschuld an dieser neuen Unordnung unserer Welt. Sie hat maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Mit einem Rekord bei Rüstungsexporten, auch in Krisengebiete, mit ihrer Beteiligung an oder Unterstützung für westliche Militärinterventionen." (S. 5)

„Wir lehnen eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und andere Fördermittel mit Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab" (S. 104)

„Deutschland soll sich mindestens auf die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO (**SDG**) verbindlich verpflichten. Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die international zugesagten **0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes** angehoben werden." (S. 104)
„Auf **UN-Ebene** wollen wir einen **Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus** einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird… Zusätzlich fordern wir einen solidarischen Wissens- und Technologietransfer für eine Energiewende in den Ländern des Südens." (S. 104)

„Wir treten dafür ein, dass das globale **Recht auf Nahrung** umgesetzt wird. **Landraub** (land grabbing) und die **Spekulation mit Nahrungsmitteln** müssen verboten werden" (S. 104)

„Wir setzen uns dafür ein, dass **Rohstoffe** angemessen bezahlt und ihre Verarbeitung und Wertschöpfung in den Herkunftsregionen gezielt gefördert werden." (S. 104)

„Die Einfuhr von Produkten aus **Kinderarbeit** wollen wir verbieten." (S. 105)

„Wir wollen die Mittel für den **Zivilen Friedensdienst**, der Fachleute in Konfliktgebiete entsendet, bis 2020 verdoppeln. Zusätzlich wollen wir einen europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikanischen Zivilen Friedensdienstes unterstützen." (S. 101)

9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel

„Wir lehnen die neoliberalen Freihandels- und Konzernschutz-Abkommen ab: **TTIP** mit den USA, **CETA** mit Kanada, **JEFTA** mit Japan, die Freihandelsabkommen mit Afrika, das Dienstleistungsabkommen **TISA** und ähnliche Abkommen. Sie sind demokratiefeindlich und schränken die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder ein. Deutschland muss ihnen die Zustimmung verweigern." (S. 9)
„Das gleiche gilt für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (**EPA**) mit den AKP-Staaten und andere **unfaire Handelsabkommen der EU** mit den Ländern des globalen Südens." (S. 104)
„Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung stärkt vor allem die **Exportkonzerne**. Die einseitige Orientierung führt … zu massiven wirtschaftlichen Ungleichgewichten u.a. zwischen den EU-Ländern und trägt so zu Krisen bei" (S. 79) „DIE LINKE tritt für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Wir kämpfen dafür, dass in der Wirtschaft gilt: **Menschen und Natur vor Profite**" (S. 79)
„Ein wirklicher **Bruch mit dem Kapitalismus** ist notwendig … Wir wollen die Gesellschaft und die Demokratie aus dem **Würgegriff der Finanzkonzerne** befreien" (S. 80) „Der globale Kapitalismus führt zu immer mehr Verwerfungen und Krisen… DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus. Wir wollen einen neuen Sozialismus, einen demokratischen, ökologischen, feministischen und lustvollen **Sozialismus**." (S. 7)

„Die LINKE will einen **Zukunftsfonds** einrichten, um für eine Übergangszeit den **sozial-ökologischen Umbau der Industrie**, Genossenschaften und die Übernahme von Betrieben in kollektives Belegschaftseigentum, gemeinwohlorientierte und regionale Wirtschaftsstrukturen zu fördern" (S. 84)

„Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist eine direkte Prävention gegen Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen den Reichtum radikal umverteilen und die ungerechten weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass alle Menschen sich sozial, kulturell und politisch entfalten können. Hierfür bilden die **Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG)** der UNO eine wichtige Grundlage." (S. 103)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

9.1. Umweltpolitik

9.1.1. Klimaschutz

„Der Kampf gegen die **Klimaerhitzung** ist auch ein Kampf gegen **Fluchtursachen**." (ZPP, S. 4)
„Wir wollen Deutschland zum **ökologischen Spitzenreiter** machen. Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die letzte, die etwas dagegen tun kann." (BWP S. 9)
„In **Paris** haben sich alle Staaten der Welt verpflichtet, die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Mit einem **Klimaschutzgesetz** wollen wir die dazu notwendigen nationalen Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und Ziele für alle relevanten Sektoren definieren." (BWP, S. 38)
„In der Handelspolitik müssen CO2-Minderungsziele eine Voraussetzung für neue Abkommen sein" (BWP, S. 33)

„Der **EU-Emissionshandel** muss reformiert werden, damit die Kosten für den Ausstoß von Klimagasen von denjenigen getragen werden, die sie verursachen. Das schafft auch fairen Wettbewerb für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen. Überschüssige **CO2-Zertifikate** müssen daher dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden. Mit einem **gesetzlichen CO2-Mindestpreis** sorgen wir dafür, dass der Emissionshandel nicht weiter leerläuft und dass Klimaschutzinvestitionen sich betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. Aus diesen Einnahmen [schaffen wir die Stromsteuer ab, reduzieren die EEG-Umlage und] finanzieren wir weitere **Klimaschutzmaßnahmen**" (BWP, S. 38)

„Wir GRÜNE wollen … **umweltschädlichen Subventionen** abbauen und in einem ersten Schritt zumindest zwölf Milliarden Euro einsparen. Dadurch, dass die Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, unterstützen wir die ökologische Umgestaltung unserer Wertschöpfungsketten und schaffen Anreize für grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und eine umweltfreundliche Landwirtschaft." (BWP, S. 46)

„Um eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder zu ermöglichen, werden wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften so verändern, dass wir die **ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren**" (BWP, S. 16)
„Unsere Gesellschaft muss ihre **Lebensstile und Konsumgewohnheiten überdenken** und nachhaltiger gestalten. Deshalb sind zum Beispiel der Rückgang des Konsums tierischer Lebensmittel, die Zunahme des Fahrradverkehrs in den Städten oder der Trend zum Urlaub vor Ort auch aus Klimaschutzgründen gute Entwicklungen. Auch die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs schont das Klima." (BWP, S. 36)
„Wir GRÜNE wollen, dass unsere **Ressourcen** geschützt werden, so werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Plastikeinwegflaschen durch Mehrweg ersetzt werden. Mit einer Ressourcenabgabe auf Produkte setzen wir einen Anreiz für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen… Wir wollen eine Kreislaufwirtschaft, die mit neuen Produkten neue Märkte erschließt und neue Arbeitsplätze schafft und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert." (BWP, S. 22f.)

„Zukunft müssen Produkte so gebaut sein, dass sie länger halten, einfach zu reparieren sind und Akkus und Batterien sich austauschen lassen. Das wollen wir über Vorgaben für ein ökologisch sinnvolles Design und eine deutliche Verlängerung der gesetzlichen **Mindestgewährleistungsfristen** erreichen." (BWP, S. 159)

„Unternehmen sollen… in ihren Jahresberichten die **Klimarisiken von Gütern oder Produkten offenlegen**… Ländern, Kommunen und Pensionsfonds wollen wir helfen, klimafreundlich zu investieren." (BWP, S. 47)

„Wir werden alles dafür tun, dass **Umweltrecht** konsequent umgesetzt wird und Bürger*innen sich ohne Hürden in Verfahren einbringen und auch klagen können." (BWP, S. 15)

9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz

„Der **Schutz der biologischen Vielfalt** ist bei uns genauso wichtig wie in den tropischen Regenwäldern oder in der Arktis… Wir GRÜNE setzen auf konsequenten Natur- und Artenschutz " (BWP, S. 21)

„Wir unterstützen die Einrichtung von weiteren Nationalparks und eine Ausweitung des Grünen Bandes.“ (BWP, S. 22)
„Unsere **Böden sind in Gefahr**... Wir streben das **Null-Hektar-Ziel** an: Künftig sollen nicht mehr Flächen in Anspruch genommen werden, als an anderer Stelle wieder freigelegt werden.“ (BWP, S. 20)

„Mit uns wird Deutschland auf eine **nachhaltige Landwirtschaft** umsteigen – ohne Ackergifte und **Gentechnik**. Die industrielle **Massentierhaltung** ersetzen wir über die nächsten zwanzig Jahre durch artgerechte Tierhaltung. Wir setzen höhere **Tierschutzstandards** per Gesetz durch und führen eine **Haltungskennzeichnung beim Fleisch** ein. Wir schichten die europäischen Steuermilliarden so um, dass Umweltschutz und Tierwohl zu neuen Einkommensmöglichkeiten für Landwirte werden, denn die neue Landwirtschaft gibt es nur mit den Bäuerinnen und Bauern.“ (ZPP, S. 2)
„Mit der Eindämmung des **Antibiotikaeinsatzes** in der Landwirtschaft reduzieren wir auch die Gefahr multiresistenter Bakterien… Auch aus Klimaschutzgründen ist der Rückgang des Konsums tierischer Lebensmittel eine gute Entwicklung.“ (BWP, S. 27) **„**Auch außerhalb der Landwirtschaft wollen wir den Tierschutz stärken.“ (BWP, S. 30) **„**Wir wollen **Tierversuche** endlich konsequent reduzieren und schnellstmöglich überflüssig machen.“ (BWP, S. 32)
„Wir recyceln unsere Rohstoffe, beenden die schädlichen **Subventionen** für die Agrarindustrie, die zum Billigexport von europäischen Lebensmitteln in alle Welt führen, und stoppen die Überfischung vor Afrikas Küsten“ (BWP, S. 16)
„Der **ökologische Landbau** bleibt unser Leitbild. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass der Ökolandbau in den nächsten sieben Jahren mit einer Milliarde Euro gefördert wird. Aber auch für die konventionelle Landwirtschaft gilt: Die landwirtschaftliche Produktion muss auf der gesamten Fläche umweltverträglicher werden“ (BWP, S. 26)
„**Genfood und Biopatente braucht kein Mensch**… Pflanzen aus den Laboren der Agroindustrie haben auf unseren Äckern in Deutschland und Europa nichts verloren. Wir werden ein **Gentechnikgesetz** auflegen, das unsere Äcker und unsere Teller frei von Gentechnik hält.“ (BWP, S. 28)
„Wir wollen, dass genießbare Lebensmittel auf dem Teller landen und nicht in der Tonne“ (BWP, S. 29)
„Diesen vorsorgenden Blick nehmen wir auch beim **Hochwasserschutz** ein. Wir beugen vor, indem wir Bächen und Flüssen Raum geben, sich wieder naturnah zu entwickeln. Wir verlegen Deiche zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus.“ (BWP, S. 18)
„Wir akzeptieren nicht, dass die **Meere** ein Raum ohne Leben werden, in dem es mehr Plastik als Fische gibt, dies würde auch unsere Existenz gefährden. Deshalb wollen wir Schluss machen mit dem Eintrag von Plastik in Gewässer und Umwelt „ (BWP, S. 18)
„[Wir wollen] alle **Fischereiabkommen** ökologisch und sozial verträglich gestalten. Nutzungsfreie Meeresschutzgebiete sollen dafür sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann, auch in Nord- und Ostsee „ (BWP, S. 19)
„Mittelfristig dürfen in der gesamten Ost– und Nordsee nur noch alternative **Fischfangmethoden** [zu Grundschleppnetzen] zum Einsatz kommen, um die Fischerei in Einklang mit der Meeresumwelt zu bringen“ (BWP, S. 19)

9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik

„Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2050 wollen wir nur noch saubere Energie [inkl. Energieversorgung in Gebäuden, Mobilität, Prozesswärme in der Industrie] in Deutschland haben. Wir beschleunigen die **Energiewende**, schaffen

die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab und achten dabei auf einen fairen Übergang. Wir führen einen **nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung** ein. Die Stromsteuer schaffen wir ab und führen im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO2-Bepreisung ein." (ZPP, S. 1)
„Darum steigen wir zügig in die **Verbindung der Sektoren** Strom, Wärme und Mobilität ein und nutzen sinnvolle Möglichkeiten der Elektrifizierung" (BWP, S. 54)
„Wir steigen aus der klimafeindlichen Kohle aus. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann" (ZPP, S. 1)
„Wir werden den Kohleausstieg im Einklang zu unserem Ziel **100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030** gestalten… Um die Weichen richtig zu stellen, lassen wir keine neuen Tagebaue zu. Wir wollen den notwendigen Strukturwandel in den Regionen gemeinsam mit allen Beteiligten gestalten – ökologisch und sozial verträglich. Dafür richten wir einen Fonds ein, der auch für die Sanierung der Bergbaufolgeschäden eingesetzt werden soll" (BWP, S. 38f.)
„Um das Klima international zu schützen, werden wir zudem die Hermes-Bürgschaften für den Export deutscher Kohletechnik stoppen" (BWP, S. 36)

„Wasser ist die Wiege allen Lebens und unser Lebensmittel Nummer eins. Wir müssen es daher vor Verschmutzung schützen und endlich auch in Deutschland überall einen guten ökologischen Zustand der Gewässer erreichen. Risiken wollen wir ausschließen. Darum lehnen wir **Fracking** nachdrücklich ab." (BWP, S. 17f.)

„Grüne Wirtschaftspolitik macht ehrgeizige Vorgaben in Form von **Grenzwerten, CO2-Reduktionszielen und Produktstandards**, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden können" (BWP, S. 41)
„Um die Energieeffizienz zu verbessern, werden wir die Wirtschaft unterstützen und Gr**een-IT-Konzepte** weiter vorantreiben. **Smart Grids**, also intelligente, digital gesteuerte Netze, helfen zum Beispiel, die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen." (BWP, S. 45f.)

„Die **Energiewende muss im Wärmebereich vorankommen**… Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Dazu wollen wir das Förderprogramm „Faire Wärme" auflegen… Wir unterstützen Städte und Gemeinden bei der nachhaltigen Wärmeversorgung… Nachhaltigkeit bei Energie, Baustoffen und Kosten muss durch die Betrachtung des Lebenszyklus unserer Häuser künftig Standard sein und schafft Arbeitsplätze bei Handwerker*innen vor Ort." (S. 54)

„Der **Atomausstieg** in Deutschland ist so lange unvollständig, wie wir weiter Europas Atomreaktoren mit Brennelementen versorgen. Als GRÜNE wollen wir deshalb die **Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen schließen**. Solange Atomkraftwerke noch laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen." (BWP, S. 55)
„Bis zur bestmöglichen Endlagerung braucht der Atommüll die bestmögliche Zwischenlagerung." (BWP, S. 53)
„Wir wollen den Euratom-Vertrag, in dem die Privilegien der Atomkraft festgeschrieben sind, an die heutige Zeit anpassen. Wenn das nicht erreichbar ist, setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland aus Euratom aussteigt" (BWP, S. 53)
„Unseren Kampf gegen die Atomkraft werden wir erst dann beenden, wenn der Atomausstieg erreicht ist – in Deutschland, Europa und weltweit. Der Atomausstieg ist daher auch Außenpolitik" (BWP, S. 53)

„E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen“ (ZPP, S. 1) „Wir GRÜNE wollen es für jede und jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu erreichen“ (BWP, S. 56) „Das **saubere Auto** soll auch in Deutschland entwickelt und gebaut werden“ (ZPP, S. 1) „Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden.“ (BWP, S. 64)
„Unser Ziel sind nachhaltige und familienfreundliche Mobilität statt immer mehr Verkehr. Das bedeutet: saubere Autos und mehr Car- und Bikesharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot für alle in der Stadt und auf dem Land.“ (BWP, S. 57)
„Immer mehr Menschen nutzen das Rad, weil es schnell, preiswert und bequem ist. Wir wollen die Infrastruktur für Fahrräder deutlich verbessern“ (BWP, S. 64) „Mit einem Bundesnetzplan anstelle des straßenlastigen Bundesverkehrswegeplans beenden wir GRÜNE das derzeitige Chaos in der Verkehrsplanung“ (BWP, S. 58)

„Wir wollen, dass die betroffenen [manipulierten **Diesel-]Autos** so schnell wie möglich auf Kosten der Hersteller nachgerüstet werden, damit die Halter*innen nicht die Leidtragenden von Fahrverboten sind, die die Bundesregierung mit ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. Um die Menschen zu schützen und die Schadstoffbelastung der Atemluft zu verringern, wollen wir eine **blaue Plakette** einführen, emissionsfreie Mobilität fördern, einen Großteil der Beförderungsleistung auf den ÖPNV und das Rad verschieben, die notwendige Nachrüstung von Baumaschinen, Dieselloks et cetera fördern und so die Einhaltung strenger Luftreinhaltungsnormen sicherstellen… Mit verbindlichen Grenzwerten für Innenraumluft werden wir zudem die gesundheitliche Belastung in Wohnungen und Büros etwa durch Emissionen aus Laserdruckern oder Kopierern reduzieren.“ (BWP, S. 19f.)

9.2. Entwicklungspolitik

9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik

„Wohlstand ist mehr als die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Wir wollen darum einen neuen **Wohlstandsbericht** einführen. Er misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale, gleichstellungpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen“ (BWP, S. 47)

„Wir lehnen eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung klar ab. Stattdessen wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir **bis 2021 das Ziel erreichen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben**, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz jährlich um zwei Milliarden Euro erhöhen und auch danach die Klimagelder weiter anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus. Dies ist auch ein Beitrag zur zivilen Krisenprävention und langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung.“ (BWP, S. 87)

„[Um die **Spekulation mit Nahrungsmitteln** einzudämmen,] begrenzen wir die Menge, die einzelne Akteur*innen von einem Produkt am Markt kaufen dürfen… [Gegen die Abhängigkeit von industriellem Saatgut] wollen wir die **Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern** auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sowie lokale Saatgutbanken fördern. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns weiterhin ein für Landrechte und eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den Vordergrund stellt…“ (BWP, S. 97)

„Die Kopplung von Entwicklungszusammenarbeit an **Rückübernahmeabkommen** ist keine Grundlage für eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik.“ (BWP, S. 81)

„**Europa** hat gegenüber **Afrika** eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Zukunftspakt mit den Ländern in Afrika, der gemeinsam erarbeitet wird und der die Agenda der Afrikanischen Union unterstützt. Im Zentrum stehen zivile Krisenprävention und der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen sowie funktionierende Steuersysteme. Wir wollen eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie sozial-ökologische Investitionen“ (BWP, S. 78)

9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel

„**Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden** – und Wohlstand wie Lebensqualität vom Wachstum… Dazu werden technische Innovationen allein nicht reichen. Es braucht auch die **Unterstützung durch nachhaltigen Konsum und eine andere Art des Wirtschaftens** (BWP, S. 44)

„[Wir stärken] mit **fairen Handelsabkommen** ökologische und soziale Standards weltweit. Wir wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas beenden und solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern“ (ZPP, S. 4)
„Handelsabkommen, die anders als **TTIP**, **CETA** und **TiSA** transparent verhandelt wurden und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können eine gerechte Globalisierung fördern… Wir wollen multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken.“ (BWP, S. 96)
„Wir wollen kein neues **Handelsabkommen** zwischen der EU und den USA oder anderen Staaten, ohne dass von allen zukünftigen Vertragsparteien das **Pariser Klimaabkommen** unterzeichnet wurde und das Handelsabkommen die Einhaltung der Pariser Ziele garantiert.“ (S. 92)

„Wir setzen uns … für einen ständigen **Handelsgerichtshof** unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, vor dem Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen können. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht.“ (BWP, S. 94)

„Wir setzen uns für ein **geordnetes Staaten-insolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen** und für eine **Finanztransaktionsteuer** ein, deren Erlöse in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden sollen.“ (BWP, S. 81)
„Unser Ziel [ist es], die Globalisierung auch durch die **Stärkung globaler Institutionen** gerechter zu gestalten; zum Beispiel, indem wir die internationalen Finanzströme besser regulieren“ (BWP, S. 90)

FDP

9.1. Umweltpolitik

9.1.1. Klimaschutz

„Der **Schutz des Klimas** ist zu wichtig, um ihn bürokratisch und planwirtschaftlich anzugehen… Ändern wir die Strategie in Richtung Marktwirtschaft!“ (S. 79)

„Wir Freie Demokraten treten für eine vernünftige, international abgestimmte Politik auf **Basis des Klimaschutzabkommens von Paris** ein und lehnen nationale Alleingänge ab. Wir wollen den **Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument** weiterentwickeln und dafür internationale Kooperationspartner gewinnen… Technisch gibt es viele Wege, das Klima zu schützen… Daher lehnen wir auch auf Ebene der Europäischen Union technische Auflagen zur Treibhausgasminderung ab und treten für einen Verzicht auf Subventionen für Vermeidungstechnologien ein." (S. 79)
„Der weit verbreiteten Symbol- und Verbotspolitik setzen wir Fortschrittsoptimismus durch Freiheit und Verantwortung entgegen. Gleichzeitig setzen wir auf den Schutz natürlicher Ressourcen." (S. 26)
„**Nationale Alleingänge wie den Klimaschutzplan 2050 lehnen wir ab**." (S. 80)

„Innovative Kreislaufwirtschaft: Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für eine innovative **Kreislauf- und Ressourcenwirtschaf**t verbessern und setzen verstärkt auf **Müllvermeidung und Recycling**." (S. 26)
„Wir Freie Demokraten setzen auf „**blaues" Wachstum**, weil Ökologie und Wachstum sich nicht ausschließen müssen." (S. 26)

9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz

„Zeit für vernünftige Politik, die **Artenvielfalt und artgerechte Tierhaltung** sichert und dabei Land- und Forstwirtschaft unterstützt statt behindert!" (S. 24)
„**Starre ordnungsrechtliche Vorgaben oder zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen überfordern hingegen vor allem kleine Landwirtschaftsbetriebe** und beschleunigen somit den Strukturwandel. Beim Schutz von Heimtieren gilt für uns der Grundsatz „Lenken statt Verbieten"… Modelle wie Positiv- und Negativlisten, welche die Haltung bestimmter Arten untersagen, lehnen wir entschieden ab. … Wir brauchen ein Populationsmanagement für den **Kormoran**, das den Artenschutz im Blick hat und den Interessen der Menschen dient." (S. 26)

„Die Umsetzung des Nationalen **Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln** wollen wir ohne Abstriche vorantreiben." (S. 24)

„Mit neuen Forschungsrichtungen der **Grünen Biotechnologie** wie dem „**Genome-Editing**" wollen wir offen und transparent umgehen. Wir lehnen pauschalisierende Verbote ab und fordern stattdessen eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien" (S. 24f.)

„Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der **nachhaltigen Forstwirtschaft** mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern" (S. 25)
Mit Blick auf eine verlässliche Versorgung mit dem Rohstoff Holz, **gehört das Ziel der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, fünf Prozent der deutschen Waldfläche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und sich selbst zu überlassen, auf den Prüfstand**. Denn Artenschutz und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung in Verbindung mit Alt- und Totholzkonzepten, sowie weiteren Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, schließen sich keineswegs aus." (S. 25)

„Wir Freie Demokraten wollen die **Zukunft der Artenvielfalt** sichern. Dabei setzen wir bevorzugt auf **freiwillige Maßnahmen** und den eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz. In diesem Sinne planen wir, die Bundesprogramme „Biologische Vielfalt" und „Wiedervernetzung", die in unserer Regierungszeit aufgelegt wurden, weiter auszubauen." (S. 25)

„Wir wollen eine **Fischerei, welche die Bestände erhält und den Natur- und Tierschutz** sichert. Dazu soll die **Grundschleppnetz-Fischerei beschränkt werden**. Allgemeine Angelverbote für die Freizeitfischerei … halten wir indes für unverhältnismäßig. Das Grundnahrungsmittel Fisch ist durch die Überfischung der Meere gefährdet. Wir sehen in einer modernen und nachhaltig wirtschaftenden **Aquakultur** einen Schlüssel zur Lösung dieses Problems. Deshalb sollen die Rahmenbedingungen für solche Aquakulturen entbürokratisiert werden." (S. 25)

„Meeresverschmutzung bekämpfen: Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dem internationalen Problem von Plastikmüll in den Meeren zu begegnen." (S. 26)
„Die maritime Wirtschaft hat enormes Potenzial in Sektoren wie Wellen-, Tide- und Offshore-Windenergie, Aquakultur, blauer Biotechnologie, Meeresbergbau und maritimem Tourismus." (S. 57)
„Die Freien Demokraten stehen für den **Schutz des wichtigsten Lebensmittels, des Wassers**. Vor allem der Schutz des Grundwassers ist dafür existentiell." (S. 27)

9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik

„Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes: Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen, in dessen Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen. Dazu müssen die **Liberalisierung des Energiebinnenmarktes** abgeschlossen und der transeuropäische Netzausbau gestärkt werden" (S. 77)
„Wir Freie Demokraten setzen uns für einen **vielfältigen Energiemix** ein und stehen neuen Technologien dabei offen gegenüber, auch wenn auf **fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht verzichtet** werden kann. **Erneuerbare Energien** sind für uns ein **wichtiges Element** im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. Damit ist das **Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)**, die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, **längst umgesetzt**… Deshalb wollen wir das Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung beenden. Anlagen mit Förderzusage genießen Bestandschutz." (S. 77)
„Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen (‚**Sektorkopplung**') bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen. Wir lehnen eine planwirtschaftliche Umsetzung durch die Bundesregierung ab." (S. 80)

„Mit dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung und dem rasanten Ausbau der erneuerbaren Energieträger hat sich die Belastung der Stromnetze erheblich erhöht… Im Sinne des Verursacherprinzips fordern wir für **alle Energieerzeuger mehr Verantwortung für die Netzstabilität**." (S. 78)
„Wir wollen **keine staatlich bestimmte Kapazitäts- und Klimareserve**, mit der lediglich die Symptome der verfehlten Energiewende kuriert werden." (S. 78)

„Die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Errichtung [von **Windkraft-**]**Anlagen** [sind] so zu ändern, dass **bei zunehmender Größe** von Windkraftanlagen und einer damit verbundenen stärkeren Belastung auch der Abstand **zur nächsten Wohnbebauung, zu Brutstätten etc. entsprechend steigt**. Das sehen wir mit der sogenannte **10H-Regel** gewährleistet: Hier beträgt der Abstand zur Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanlage." (S. 79)

9.2. Entwicklungspolitik

9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik

„Wir Freie Demokraten bekennen uns zur **Universalität der Menschenrechte** und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder eines sonstigen Status." (S. 63)

„Wir Freie Demokraten fordern eine **werteorientierte, [„europäisch abgestimmte, effektive und wirksame", S. 61] Entwicklungspolitik**, die auf Qualität statt auf Quantität der eingesetzten Mittel setzt, und einen besonderen **Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Soziale Marktwirtschaft** hat. Die Grundlagen unseres Handelns sind dabei die **Nachhaltigkeitsagenda 2030** der Vereinten Nationen und das **Pariser Klimaabkommen**… Dazu setzen wir Freie Demokraten auf **neue Partnerschaften und Kooperationen mit allen relevanten Partnern, insbesondere mit der Privatwirtschaft**. Es gilt dabei, die am wenigsten entwickelten Länder in den Blick zu nehmen, vor allen Dingen auf dem **Chancenkontinent** Afrika. Die wichtigste Grundlage für die Armutsbekämpfung sind Bildung, **Ausbildung und Qualifikation** genauso wie die Chance auf eine **wirtschaftliche Perspektive** für den Einzelnen." (S. 63)
„[Bei der Auswahl der Partnerländer] muss verstärkt auf die **Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maßnahmen** geachtet werden… Wir fordern **kohärentere Ansätze** innerhalb der Bundesregierung und der Europäischen Union, insbesondere **zwischen Wirtschafts-, Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik** sowie in Abstimmung mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Hierzu gehört auch eine Überprüfung der **Auswirkungen der Agrar-Export-Subventionen**. Zusätzlich ist eine abgestimmte Außen-, Sicherheits-, Handels-, und Entwicklungspolitik nötig, die verstärkt auf Krisenprävention und Konfliktbewältigung als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen setzt." (S. 61)

9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel

„Wir Freie Demokraten wollen, dass die **zukünftigen Generationen** entlastet werden. Deshalb wollen wir die **Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen** anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren stärken, parlamentarisch effektiv verankern und durch eine Generationenbilanzierung ergänzen" (S. 76)
„Wir Freie Demokraten fordern ein Ende der Niedrigzinspolitik der EZB. Denn die **Niedrigzinspolitik verschiebt Lasten in die Zukunft und schadet somit der Generationengerechtigkeit**" (S. 77)

„Wir Freie Demokraten wollen die Chancen des **Freihandels** nutzen. Wachsende Tendenzen des Protektionismus lehnen wir ab… Wir wollen dazu die **Welthandelsorganisation (WTO) als zentralen Ort zur Schaffung eines gerechten globalen Welthandelssystems stärken**" (S. 57)
„Wenn wir … Handelshemmnisse abbauen und gleichzeitig unsere hohen Standards bei Menschenrechten, Lebensmittel- und Umweltsicherheit als Rechtsgrundlage nehmen, haben wir die **einmalige Chance, der Globalisierung gerechte Regeln zu** geben. Freihandelsabkommen können den rechtlichen Rahmen festlegen, um diese hohen **Nachhaltigkeitsstandards zur Grundlage unseres Handels** zu machen." (S. 57)
„[Wir] fordern…, einen wirksamen **Datenschutz in Freihandelsabkommen wie TTIP** mit aufzunehmen." (S. 58)

AfD

9.1. Umweltpolitik

9.1.1. Klimaschutz

„Das Spurengas **Kohlenstoffdioxid (CO2) ist kein Schadstoff, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für alles Leben**." (S. 65)

„Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass **Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht** seien, sind **wissenschaftlich nicht gesichert**… Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland sich verpflichtet, für die sogenannte „Dekarbonisierung" weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen. **Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die „Große Transformation" beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben**. **Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen**. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz"-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen." (S. 65)

9.1.2 Agrarpolitik, Wasser, Tier- und Pflanzenschutz

„Wir wollen die **regionale Lebensmittelerzeugung und Direktvermarktung** durch bäuerliche Betriebe stärken." (S. 73)
„Die AfD setzt sich für **gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel** aus der deutschen Landwirtschaft ein. Der streng kontrollierte Einsatz der Gentechnik in Forschung und Wissenschaft bleibt erlaubt." (S. 74)

„Die AfD setzt sich für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung aller Tiere ein. Dies bezieht sich auf die Haltung, den Transport und die Schlachtung. **Tierschutzgesetze** müssen gleichermaßen für alle gelten. Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (**Schächten**) lehnt die AfD ab." (S. 73)

9.1.3 Energie- und Verkehrspolitik

„Das Ziel der Bundesregierung …, bis 2050 die CO2-Emissionen um 80 bis 95 Prozent zu senken, … erfordert einen Ausbau der Windenergieanlagen in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit, die Wirtschaft und Bürger überfordern. Die **bestehenden Kernkraftwerke wollen wir deshalb nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen**. Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können. Im Einzelnen fordern wir:

- Das EEG ist ersatzlos zu streichen.
- Solange das EEG noch nicht abgeschafft ist:
  - sollen keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden,
  - sollen keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden,
  - soll der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung um das 10-fache der Gesamthöhe betragen,
- Die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke muss sich nach der technischen Nutzungsdauer richten.
- Die verwertbaren Kernkraftwerk-Reststoffe müssen für das Recycling rückholbar gelagert werden.
- Zur Erhaltung der kerntechnischen Kompetenz ist eine umfangreiche Beteiligung an internationalen Forschungsprojekten sicherzustellen.

- Die EnEV und das EEWärmeG sind abzuschaffen.
- Die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln. " (S. 66)

„Die **Windenergie** ist ein energiepolitischer **Irrweg**, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv. *Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.* Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind." (S. 72)

9.2. Entwicklungspolitik

9.2.1 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Friedenspolitik

„Nach 50 Jahren **Entwicklungspolitik** ist das **Ergebnis ernüchternd**. Beispielsweise ist Afrika heute trotz (oder wegen) aller Hilfen nur mit rund zwei Prozent am Welthandel beteiligt. Durch das rapide Bevölkerungswachstum werden die Ergebnisse der Entwicklungspolitik wieder zunichtegemacht. Die AfD fordert einen **grundsätzlichen Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik**.
Dabei sollten die deutsche und die europäische Entwicklungshilfepolitik sich bewusst sein, dass die Dimension des afrikanischen Problems (2015 1,2 Milliarden Einwohner; 2050 prognostizierte 2,4 Milliarden Einwohner) so gewaltig ist, dass **auch durch eine optimierte Entwicklungshilfepolitik dem Kontinent von außen nicht nachhaltig geholfen werden kann**.*"* (S. 21)
„Die AfD tritt für einen **weiter gefassten Ansatz in der Entwicklungspolitik ein, welcher auch deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt**. Partnerländer und Projekte müssen unter Berücksichtigung von **Erfolgspotenzial, Nachhaltigkeit** und des möglichen Eigenanteils ausgewählt werden. Hilfe soll primär **Hilfe zur Selbsthilfe** sein." (S. 21)
„Wenn Länder in die Lage versetzt werden, sich aus eigener Kraft weiterzuentwickeln, verringert dies den Anreiz, nach Europa und insbesondere Deutschland auszuwandern." (S. 21)

9.2.2 Finanzpolitik und Freihandel

„Wir wollen **multilaterale Handelsabkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO)**. Bilaterale Handelsverträge sollen nur abgeschlossen werden, wenn multilaterale Handelsverhandlungen nicht durchführbar sind." (S. 20) „Die Interessen unserer Bürger im Gesundheits- und Verbraucherschutz, im Tier- oder Naturschutz müssen in einer globalisierten Welt vertreten werden. Dafür brauchen wir hohe Schutzstandards und einen eindeutigen Umgang mit unterschiedlichen Standards." (S. 20) *„Die **AfD lehnt aus den dargelegten Gründen CETA, TISA und TTIP ab**.*" (S. 21)

„Die **Entwicklungsländer** müssen gerechter **in das internationale Handelssystem einbezogen** werden mit Erleichterungen für deren **Ausfuhren in die Industrieländer** und einem angemessenen **Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung**. **Marktwirtschaftliche Strukturen** in allen Bereichen sollen gefördert werden. Das bedeutet eine weitgehende **Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten**." (S. 21)
„Statt Finanztransfers fordern wir die **Öffnung unserer Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern**. Zugleich wollen wir **deutsche Unternehmer dabei unterstützen, in diese Länder zu investieren** und dortige Unternehmer bei der Professionalisierung ihrer Tätigkeit fördern." (S. 21)

10. Zukunft Europas

Jeweils: 10.1. Wahrnehmung der EU; 10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik); 10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen; 10.4 EU-Bei- und Austritte.
Zu EU und Flüchtlinge sowie zu EU und Grenzschutz: vgl. 7. „Integrations- und Flüchtlingspolitik“.

CDU/ CSU

10.1. Wahrnehmung der EU

„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal konsequenter als bisher in die eigene Hand nehmen… CDU/CSU [wollen] ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa. Ein Europa, das imstande ist, seine Interessen zu wahren und sich seiner internationalen Verantwortung zu stellen. Ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und der Prosperität, die es – falls erforderlich – auch gemeinsam verteidigen kann.“ (S. 55)
„Europa als Wertegemeinschaft: „Die EU war vom ersten Tag ihres Bestehens an eine Wertegemeinschaft. Dem Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und **Religionsfreiheit** verpflichtet“ (S. 57)

10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik)

„Europa ist ein Friedensprojekt… Wir unterstützen den Vorschlag für eine **Europäische Verteidigungsunion** und für einen **Europäischen Verteidigungsfonds**. Wir sind überzeugte Mitglieder der NATO und arbeiten für ihren Erfolg. Aber die EU muss sich selbstständig wappnen, wenn sie dauerhaft bestehen will.“ (S. 55)
„Die EU braucht dringend einen besseren Informationsaustausch zwischen den **Sicherheitsbehörden** ihrer Mitgliedsstaaten, denn islamistischer Terrorismus und organisierte Kriminalität sind grenzenlos.“ (S. 56f.)

Deutschland und Frankreich als Motor Europas

„In dieser außenpolitisch schwierigen Zeit sind wir entschlossen, die deutschfranzösische Freundschaft neu zu beleben und zum Erfolg zu führen… Wir streben an, die Körperschaftsteuer zwischen unseren Ländern anzunähern und zu harmonisieren…
Die Entwicklung von Maschinen mit sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI) wird weltweit eine große technologische Innovation bedeuten… Deutschland und Frankreich sollten diese Herausforderung gemeinsam angehen und um die internationale Technologieführerschaft kämpfen…
[Die deutsch-polnische Zusammenarbeit und Kooperation] wollen wir fortsetzen und intensivieren dazu auch die gemeinsame deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks.“ (S. 58f.)

10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen

„Wir sind bereit, bei der Überwindung der Probleme gerade beim Abbau der hohen Jugendarbeitslosigkeit solidarisch zu helfen… [Der] Erfolg der gesamten EU… ist nur möglich, wenn gemeinsam vereinbarte Regeln wie der **Stabilitätspakt** eingehalten werden.
Wir wollen die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone erreichen. Maßstab muss dabei bleiben: Eine **Vergemeinschaftung von Schulden** schließen wir weiter aus. Wir sind bereit, mit der neuen französischen Regierung die Euro-Zone schrittweise weiterzuentwickeln, zum Beispiel mit der Schaffung eines eigenen Währungsfonds.“ (S. 57)

„Unser Ziel bleibt, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten eine **Finanztransaktionssteuer** einzuführen." (S. 33)

10.4 EU-Bei- und Austritte

„Es liegt in unserem Interesse, dass wir auch nach dem **BREXIT** mit Großbritannien intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen…
Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der **Türkei** für Europa ebenso wie die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern. Wir möchten daher die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen… Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen Beitritt nicht erfüllt. Wir sehen mit großer Sorge die jüngsten Entwicklungen in der Türkei im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, … Meinungs- und Pressefreiheit." (S. 57f.)

CSU – Bayernplan

10.1. Wahrnehmung der EU

„Die europäische Einigung ist die bedeutendste politische Idee und der größte Stabilitätsbeitrag der letzten Jahrzehnte… Die Länder Europas müssen zusammenhalten und Herausforderungen als Partner gemeinsam angehen." (S. 32)

10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik)

„Wir brauchen eine **Qualitätsoffensive für die Europäische** Union. Europa muss sich auf seine **wesentlichen Aufgaben** konzentrieren. Europa braucht mehr **flexible Formen der Zusammenarbeit**. Europas Kraft liegt in seiner Vielfalt und im **Respekt vor nationalen Identitäten und Regionen**. Es ist **stark im Großen und freiheitlich im Kleinen**. Die Stärken Europas liegen dort, wo es Frieden und Freiheit sichert und Wohlstand schafft… Immer mehr Einzelkompetenzen, neue EU-Institutionen oder Eurobonds sind der falsche Weg… Eine effizientere Subsidiaritätsrüge soll sicherstellen, dass Zentralismus die europäischen Ideen nicht überlagert." (S. 32)
„Wir brauchen nicht immer mehr Regulierung, sondern eine konsequente Entbürokratisierung der Verwaltung." (S. 33)

10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen

„Die **Stabilitätskriterien von Maastricht** müssen eingehalten werden. Die Antwort auf Stabilitätssünder müssen Sanktionen sein und keine Transfer- oder Schuldenunion. Statt Eurobonds ist **finanzpolitische Selbstverantwortung** gefordert… Der deutsche Steuerzahler darf nicht für finanzielle Verfehlungen anderer Länder aufkommen. Wir wollen die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone erreichen und einen eigenen **Europäischen Währungsfonds** schaffen." (S. 32)

10.4 EU-Bei- und Austritte

„Großbritannien ist für Bayern das wichtigste europäische Exportland. Wir streben [nach einem fair und geordnet ablaufenden **Brexit**] ein **Handelsabkommen** an, das möglichst nah am Status quo ist, aber unberechtigte Sonderregelungen vermeidet. Die finanziellen wie auch wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit sollen für die Menschen so minimal wie möglich ausfallen." (S. 34)

„Mit unserer [bayerischen] Ost-Europa-Strategie sind wir weiterhin Motor der guten Nachbarschaft zu Mittel- und Osteuropa.“ (S. 34)

SPD

10.1. Wahrnehmung der EU

„Die europäische Einigung ist ein einzigartiger historischer Erfolg. Sie beruht auf der Idee des freien, friedlichen und solidarischen Zusammenlebens der Menschen und Völker Europas... **Deshalb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa** – gerade jetzt, da das Einigungswerk von innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!“ (S. 74)
„Das europäische Gesellschaftsmodell beruht auf den Werten der Aufklärung und verbindet Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit. Diese **gemeinsame europäische Idee werden wir stärken**.“ (S. 74)

„Unabhängig von ihrer Größe gilt: Alle sind gleichberechtigt. Dabei kommt **Deutschland mit Frankreich eine besondere gemeinsame Verantwortung** für den Zusammenhalt der EU und die Einigung Europas zu.“ (S. 74)
„In dieser Welt … werden unsere Kinder und Enkel nur dann eine Stimme haben, wenn es eine gemeinsame europäische Stimme ist. Europa ist deshalb kein Verlust, sondern ein Gewinn an Souveränität, die wir als einzelne Nationalstaaten nicht mehr hätten. “ (S. 74)

„Die EU ist eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Grundrechte. Die Mitgliedstaaten müssen nicht nur vor, sondern **auch nach dem Beitritt zur EU die Einhaltung dieser Werte gewährleisten**.“ (S. 78)

10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik)

„Uns geht es um ein wirtschaftlich dynamisches, demokratischeres und **sozialeres Europa**, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, Verständigung schafft und Zusammenhalt stiftet. Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als **Friedenspartei** steht für eine Außenpolitik der klugen Diplomatie … im Geiste der Entspannungspolitik.“ (S. 4)
„Wir wollen einen mutigen **Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa**… Ein Europa, das massiv in Ausbildung, Arbeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert. Ein Europa, in dem große Konzerne faire Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, **solidarisch** handelt und den Menschen Sicherheit gibt.“ (S. 74)
„Wir wollen eine europäische Sozialunion, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet… Es muss in Europa das Prinzip gelten: **gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit** am gleichen Ort – für Männer und Frauen!“ (S. 75)
„Unser übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der sozialen Grundrechte: Durch ein **soziales Fortschrittsprotokoll,** verankert im europäischen Primärrecht, wollen wir festschreiben, dass soziale Rechte gleichrangig sind gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes.“ (S. 75)

„Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände müssen als Sozialpartner mit der Zivilgesellschaft direkt und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik einbezogen und in ihrer Arbeit unterstützt werden“ (S. 76)

„Wir machen eine präventive, umfassende **Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik**. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik.
Zugleich muss die Außenpolitik der EU auf die **Stärkung des Völkerrechts** und die **Wahrung der Menschenrechte**, starke internationale Institutionen und auf **soziale und ökologische Nachhaltigkeit** ausgerichtet werden. Zivile Maßnahmen und Mittel der Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang“ (S. 77) „Wir wollen daher besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa auch durch den **Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps**.“ (. 77)

„Auch in der **Verteidigungspolitik** wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von Streitkräften der Mitgliedsstaaten voranbringen – als Teil einer umfassenden, präventiven und in das internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU… [Wir] wollen wir uns über die **Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion** verständigen, die einer demokratischen und rechtstaatlichen Kontrolle unterliegen muss. Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ständige Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren **Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee**. Ein solcher Zusammenschluss versteht sich als ergänzende Anstrengung zur NATO, nicht als deren Konkurrenz. Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft.“ (S. 77)

„Die EU braucht starke Institutionen, allen voran ein starkes Europäisches Parlament und eine handlungsfähige Europäische Kommission… **Die EU [muss] flexibler werden. Gruppen von Mitgliedstaaten sollen bei gemeinsamen Projekten vorangehen können**. Die europäischen Verträge lassen dies ausdrücklich zu. Wir wollen auch, dass sich die **EU und ihre Organe auf das wirklich Wesentliche konzentrieren**: Auf die Zukunftsaufgaben, die wir nur mit gemeinsamer europäischer Kraft meistern können“ (S. 78)

„Die **Kompetenzen des Europäischen Parlamentes müssen ausgeweitet werden**, um das demokratische Defizit der EU zu beseitigen und die neue Wirtschaftsregierung demokratisch kontrollieren zu können…
Die **EU-Kommission muss reformiert werden**. Dazu gehört, der Kommission eine solche Struktur zu geben, dass sie handlungsfähig und entscheidungsorientiert arbeiten kann. Die Aufstellung von gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten – wie zum ersten Mal bei der Europawahl 2014 geschehen – wollen wir dauerhaft verankern. Wir wollen insgesamt die europäischen Parteien weiter stärken und die Möglichkeiten, sich in ihnen zu engagieren, erweitern“ (S. 78f.)

„Mittelfristig bedarf eine erneuerte Europäische Union einer Überarbeitung des Lissaboner Vertrages. Ziel ist eine **europäische Verfassung**, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird.“ (S. 79)

10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen

„Vertiefung von Wirtschafts- und Währungsunion:… [Wir] brauchen … eine **koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa**. Unser Ziel ist es, die konjunkturellen Entwicklungen der Mitgliedstaaten Europas besser aufeinander abzustimmen. Exzessive Ungleichgewichte wollen wir überwinden. Dafür

brauchen wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der **Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum**." (S. 76)
„Wir wollen insbesondere dort, wo wir mit dem Euro eine gemeinsame Währung haben, ein **gemeinsames Finanzbudget schaffen**. Es ermöglicht Investitionsimpulse und wirkt zugleich stabilisierend als Ausgleichsmechanismus bei Krisen. Eine **wirksame Besteuerung der Finanzmärkte** muss zu dessen Finanzierung beitragen" (S. 76)

„Die Regeln [des Stabilitäts- und Wachstumspaktes] müssen so weiterentwickelt werden, dass sie übermäßige **Verschuldung verringern, aber ausreichende Freiräume für langfristig wirkende Reformen und nachhaltiges Wachstum** geben. (S. 75)
„Wir unterstützen die wachstumsschwachen und hoch verschuldeten EU-Länder und **arbeiten gemeinsam mit ihnen an ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung**… Außerdem sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus ins Gemeinschaftsrecht überführt und zu einem **Europäischen Währungsfonds** weiterentwickelt werden." (S. 76)
„Mehr Wachstum und Investitionen in Europa setzen solide Einnahmen voraus. Deshalb muss Europa endlich Schritte zur **Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa** auf den Weg bringen. Europa braucht Instrumente, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen" (S. 76)

„[Wir unterstützen die Einführung einer] **Verschuldungsquote für Banken** … Wenn eine Bank in Schieflage gerät, sollen vorrangig ihre Anteileigentümer und deren vermögende Gläubiger haften (Bail-in-Prinzip). Wir setzen uns für eine **klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanking** und eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels von Banken ein" (S. 26)

„Wir wollen [Deutschland als Finanzstandort]… stärken und weitere Finanz- und Regulierungsinstitutionen ansiedeln. Wir unterstützen das Ziel, einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt zu schaffen. Außerdem setzen wir uns für die **Einführung der Finanztransaktionssteuer** ein." (S. 26f.)

10.4 EU-Bei- und Austritte

„Die **EU-Erweiterungspolitik** bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen. Alle Länder des westlichen Balkan haben eine Beitrittsperspektiv" (S. 77)

„Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der **Türkei**. Die Türkei ist in vielen Bereichen ein wichtiger, wenngleich mittlerweile sehr schwieriger Partner… Die Wahrheit ist: Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt zur bereit. Allerdings sind die Beitrittsverhandlungen das einzige kontinuierliche Gesprächsformat der Europäischen Union mit der Türkei. Eine Isolierung der Türkei ist nicht im Interesse Europas. Die **Stärkung der demokratischen Kräfte der Türkei** ist in unserem besonderen Interesse… Klar ist: Hält die türkische Regierung an ihrem konfrontativen Kurs fest, entfernt sie die Türkei von Europa. Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Wahlkampf und eine Abstimmung über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei wird es auf deutschem Boden nicht geben." (S. 77f)

Brexit: „Ein Land, das nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sein will, kann auch nicht dessen Vorteile genießen. Die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) und der Binnenmarkt sind untrennbar miteinander verbunden. **Bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt es kein „Europa à la carte".** Natürlich ist eine enge Partnerschaft mit Großbritannien auch künftig in beiderseitigem Interesse, vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik." (S. 78)

Die LINKE

10.1. Wahrnehmung der EU

„Die **Europäische Union ist heute in einer tiefgreifenden Krise**. Dahin haben Sozialkürzungen, Austerität und der Mangel an Demokratie geführt… **Wir wollen ein anderes Europa**, ein Europa der Menschen, nicht der Banken und Konzerne. Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union**,** mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Die neoliberale Politik von Privatisierung, Spekulation und unsozialer Kürzungspolitik wollen wir beenden. Wir wollen die sozialen Rechte in der EU stärken." (S. 5)

„Die Krise der EU heute ist vor allem eine **soziale Krise.** Ganze Regionen, Industrien und Wirtschaftssektoren wurden in den Ruin getrieben. Dies hat sich infolge der Flucht- und Migrationsbewegungen zugespitzt. Nationalistische Töne in öffentlichen Debatten nehmen zu" (S. 108)

„Spätestens mit dem »**Brexit**«-Referendum in Großbritannien ist offenbar geworden, dass die Gefahr eines Auseinanderbrechens der EU ganz real ist. Es sind diese **unsoziale und undemokratische EU** und die Politik ihrer Mitgliedstaaten, die autoritären Kräften, Rassismus und Nationalismus Auftrieb geben." (S. 108)

10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik)

„Wir wollen einen **Neustart der Europäischen Union** mit grundlegend veränderten EU-Verträgen: solidarisch, friedlich, demokratisch, ökologisch. Soziale Rechte, Tarifverträge und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten der Unternehmen haben. Dazu gehört, das Europaparlament zu stärken. Die unsoziale Kürzungspolitik werden wir beenden." (S. 9)

„Wir wollen die linke europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die neoliberale Politik der EU bewahren" (S. 109)

„DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine **Klausel für sozialen Fortschritt in den EU-Verträgen**. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor der Binnenmarktfreiheit haben. Sozialstaatlichkeit muss in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschützt werden" (S. 110)

„DIE LINKE [fordert] ein öffentliches **europäisches Investitionsprogramm**, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege, Verkehr und Wohnen sowie auf einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft setzt" (S. 110)

„EU-Programme – wie der Kohäsionsfonds, der Sozialfonds, Fonds für ländliche Entwicklung, der Fischereifonds und der Fonds für Regionale Entwicklung… müssen… deutlich gestärkt werden, statt … zur Durchsetzung neoliberaler politischer Vorgaben missbraucht zu werden." (S. 112)

„Der Ausbau einer »**Verteidigungsunion« oder »Militärunion**«, die Schaffung einer europäischen Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die **Militarisierung der EU beenden**." (S. 113)

„Wir wollen den **EURATOM-Vertrag auflösen** und von den vertraglichen Grundlagen der EU entflechten, denn er blockiert eine transparente, sozial und demokratisch- gestaltete Energiewende und den unumkehrbaren Atomausstieg." (S. 113)

„Statt einer im Kern undemokratischen EU wollen wir die Institutionen der **EU grundlegend demokratisieren** und damit einen Neustart für die Demokratie in Europa ermöglichen. Wir wollen die **Rechte des Europaparlaments** stärken. Unter den gegebenen Bedingungen dürfen keine weiteren Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden, die zu einer Verfestigung der neoliberalen EU führen können." (S. 111)

„DIE LINKE tritt für die **Stärkung der OSZE** als wichtigem Format der gesamteuropäischen Kooperation ein. Um dies zu erreichen, muss als Erstes eine Vereinbarung getroffen werden, keine neuen Mitglieder in die NATO aufzunehmen. Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein" (S.106)
„Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten" (S. 112)

10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen

„Der **deutsche Exportüberschuss** führt zur Verschuldung anderer Länder. Die neoliberale Konstruktion des **Euros** nützt vor allem der deutschen Exportindustrie und internationalen Großkonzernen, während Europa wirtschaftlich und sozial gespalten wird. Die Politik von Troika, Merkel & Co. zerstört die Gemeinschaftswährung. Auch die Währungsunion muss radikal reformiert werden oder sie wird mit unabsehbaren Folgen zerbrechen." (S. 108) „Wir wollen die Staaten auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichten." (S. 110)

„Um Steuerdumping zu verhindern, müssen in der EU endlich **verbindliche Mindeststeuersätze** für Konzerne eingeführt und dafür eine breite und umfassende Ermittlung der Gewinne zugrunde gelegt werden. Hierzu **müssen die EU-Verträge geändert werden**" (S. 82)
„In allen Mitgliedstaaten muss über die **neuen Verträge in Volksabstimmungen** entschieden werden. Wir wollen die **Finanzmärkte entmachten** und den europäischen Bankensektor demokratisch kontrollieren" (S. 109)

„Wir wollen die öffentliche Kreditaufnahme vom Finanzmarkt abkoppeln: Die **EZB** soll den Euro-Staaten in festgelegtem Rahmen direkt leihen dürfen" (S. 110) „Die EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden" (S. 111)
„Wir wollen eine **öffentliche europäische Ratingagentur** schaffen. Ratings von privaten Agenturen dürfen nicht Gegenstand von verbindlichen Regeln der EU sein." (S. 110)

„**Keine Bankenrettung auf Kosten der Gesellschaft**! Die Eigentümer und Gläubiger müssen für die Banken haften. Die Einlagen von Kleinsparerinnen und Kleinsparern müssen öffentlich abgesichert werden… Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürfen nicht für Mega-Banken haften." (S. 110)

„Wir wollen eine **europäische Schuldenkonferenz**… Wir setzen uns für einen Schuldenschnitt für Griechenland ein. Die Bundesregierung muss endlich in Rechtsnachfolge des Nazi-Regimes die erpressten Kredite beim griechischen Staat begleichen und Reparationen für begangene Kriegsverbrechen zahlen“ (S. 110)
„Die **Kreditaufnahme der Staaten**, zunächst derjenigen im Euro-Verbund, muss durch eine **gemeinsame Haftung** abgesichert werden, um zu verhindern, dass mit den Schulden der Länder spekuliert wird und die Verzinsung in nicht mehr bezahlbare Höhen getrieben wird“ (S. 110)
„Wir lehnen die Kapitalmarktunion ab, mit der die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten stärker miteinander verkoppelt werden.“ (S. 110)
„Das **Freizügigkeitsrecht** in der EU muss für alle gelten… Wir sind gegen den Ausschluss von Arbeit suchenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern aus der Sozialhilfe“ (S. 112)

10.4 EU-Bei- und Austritte

„DIE LINKE wendet sich dagegen, EU-Beitrittsverhandlungen mit autoritären Regimen wie im Falle der **Türkei** zu intensivieren. Wir treten für eine radikale Wende der deutschen und europäischen Türkeipolitik ein. Wir stehen an der Seite der Demokraten in der Türkei und fordern einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte und der Lieferungen von Rüstungsfabriken. DIE LINKE setzt sich für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei ein und steht allen Versuchen, dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan unter die Arme zu greifen, wie mit einer Erweiterung der Zollunion, entgegen.“ (S. 106)

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

10.1. Wahrnehmung der EU

„Heute ist die Europäische Union eine Garantin für den Frieden und für unsere universellen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz, soziale Marktwirtschaft“ (BWP, S. 68)
„Europa ist unsere Heimat und unsere Zukunft.“ (BWP, S. 10)
„Die bisherige europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet: **Zusammenarbeit statt Nationalismus und nie wieder Krieg**… Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und weiter den Weg der europäischen Integration geht.“ (BWP, S. 68)

10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik)

„Wir wollen das **vereinte Europa stärken**… Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europapolitik geben. Denn es braucht Partnerschaft mit **Respekt auf Augenhöhe** und mehr Solidarität und Nachhaltigkeit statt einseitiger Sparpolitik. Wir werden massiv in die **ökologische Modernisierung** und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung und damit allein in Deutschland 30 Milliarden Euro mehr in Verteidigung zu stecken. Wir wollen **mehr Transparenz** für Bürgerinnen und Bürger und mehr **Entscheidungsrechte für die Parlamente** in der Europapolitik.“ (ZPP, S. 2)
„Wir wollen **Europa** gemeinsam mit seinen Bürger*innen **weiterentwickeln, transparenter, demokratischer und erfahrbarer machen**. Wir wollen das **direkt gewählte Europäische** Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken, unter anderem durch die Möglichkeit, eigene Gesetzesvorschläge ein-zubringen. Der Minister*innenrat und seine vorbereitenden Gremien sollen in

Zukunft öffentlich tagen. Wir wollen ein verbindliches Lobbyregister und einen legislativen Fußabdruck… Wir wollen Beteiligungsinstrumente wie die Europäischen Bürger*inneninitiativen und europäische Bürger*innenforen ausbauen." (BWP, 77f.)

„**Ein Kerneuropa oder eine Spaltung der EU lehnen wir ab**. Ein **Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten** darf nicht der Standardmodus, **muss aber möglich sein**. Diese verstärkte Zusammenarbeit muss stets für alle EU-Staaten offen und im Rahmen der EU-Verträge organisiert sein. Die Rechte des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission sind dabei uneingeschränkt zu achten." (BWP, S. 71)
„Wir GRÜNE wollen einen **Zukunftsfonds** im EU-Haushalt für Europa einrichten, der mittels öffentlicher Investitionen die ökologische und soziale Modernisierung vorantreibt, darüber hinaus Mitgliedstaaten in Notsituationen unterstützt und Wirtschafts-krisen bekämpft." (BWP, S. 77)
„In der EU soll jeder junge Mensch spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten." (BWP, S. 77)
„Wir wollen dem **Vertrag von Lissabon eine soziale Fortschrittsklausel** an die Seite stellen… Wir streiten für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz" für alle Arbeitnehmer*innen… Als Ziel in diesem Bereich setzen wir uns für die Einführung einer **europäischen Arbeitslosenversicherung** ein. " (BWP, S. 73)

„Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere **Europäisierung der Außen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik** ein." (BWP, S. 75)
„Das **Zivile** steht dabei für uns im Vordergrund. Die Mittel und das Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen müssen bedarfsgerecht und damit deutlich erhöht werden. Wir stellen uns gegen einen fatalen Paradigmenwechsel, bislang zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für Militär oder zur Abwehr von Flüchtlingen umzuverteilen sowie die Investitionsbank und das Instrument für Stabilität und Frieden zu militärischen Zwecken zu missbrauchen. Wir wollen die **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP),** die **gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP**) und den **Europäischen Auswärtigen Dienst** weiter ausbauen." (BWP, S. 75) „Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll." (BWP, S.75f,)

„Perspektivisch sollte die Unionsbürger*innenschaft zu einer europäischen Staatsbürger*innenschaft fortentwickelt werden" (BWP, S. 74)

10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen

„Europa kommt nur voran, wenn alle bereit sind, **Kompromisse** einzugehen. Deshalb muss **Deutschland** bereit sein, zum Beispiel bei der Europolitik und seinen **Exportüberschüssen**… stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen" (BWP, S. 71)

10.4 EU-Bei- und Austritte

„Oberste Priorität in den **Brexit-Verhandlungen** mit Großbritannien muss eine starke Europäische Union sein… Es [darf] keinen „Austritt à la carte" geben. Ein freier Zugang zum EU-Binnenmarkt darf wie bisher nur möglich sein, wenn die Einheitlichkeit des Europarechts, die Rechtssetzung und Jurisdiktion der Gemeinschaftsorgane und die Geltung aller vier Grundfreiheiten, insbesondere der Personenfreizügigkeit, gewahrt bleiben… Die **Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns**

zu Europa. Dem Wunsch der **Schott*innen** und **Nordir*innen** wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der **EU** bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Darüber hinaus stellen wir klar: **Unsere Tür bleibt offen**." (BWP, S. 69)

„Wir GRÜNE stehen auch weiterhin fest an der Seite derjenigen in der **Türkei**, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Erdogan eingeschlagene Politik… Es braucht nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Darum werden wir deutsche Rüstungsexporte in die Türkei stoppen. Politisch Verfolgte sollen in der EU Zuflucht finden und der Visumszwang abgeschafft werden. Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt auch für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen. Sie jetzt komplett abzubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben." (BWP, S. 76)

„Eine Lösung des Konfliktes in der **Ukraine** kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsk-Prozess fest." (BWP, S. 75)

„Wir wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren und das Beitrittsversprechen durch eine tiefgreifendere Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans glaubwürdig machen." (BWP, S. 76)

FDP

10.1. Wahrnehmung der EU

„Wir sind davon überzeugt, dass **Europa ein Kontinent der Freiheit und der Menschenrechte** bleiben soll. Deshalb setzen wir darauf, dass die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit erhöht und ihre Durchsetzungskraft stärkt, aber sich nicht im Kleinklein verzettelt." (S. 53)

10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik)

„Angesichts der Möglichkeit, dass die USA eine weniger aktive globale Rolle spielen könnten, ist aus Sicht der Freien Demokraten die **Stärkung der Europäischen Union** unabdingbar. Dafür muss die EU mehr denn je ihre Differenzen überwinden, auf Grundlage ihrer gemeinsamen Werte außenpolitische Prioritäten setzen und die eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken" (S. 54)
„[Wir] wollen uns für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU einsetzen" (S. 63)

„Wir Freie Demokraten fordern **institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz** in der EU. Das Europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss zu einem **Vollparlament mit Initiativrecht** aufgewertet werden. Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend…. Die **EU-Kommission kann auf 16 Kommissare verkleinert** werden… Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlassen. Der Rat der Europäischen Union muss sich zu einer modernen zweiten Kammer entwickeln" (S. 60f.)

„Zu einer starken Gemeinschaft gehört es, das **Subsidiaritätsprinzip in der EU** zu wahren. Deshalb sind die **Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer sozialen Säule Europas nicht zielführend**. Wir sprechen uns hier nachdrücklich gegen eine Einflussnahme der Europäischen Union im Rahmen von verpflichtenden Rechtsakten aus. **Jeder Mitgliedsstaat muss nach wie vor für seine eigene Arbeitsmarktpolitik, sein soziales Sicherungssystem und seine finanzielle Unterstützung sozial Schwacher selbst verantwortlich bleiben**. Deshalb erteilen wir insbesondere einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung eine klare Absage." (S. 61)

„Wir sind davon überzeugt, dass der **europäische Einigungsprozess fortgesetzt** werden muss, hin zu einer **dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäischen Union**. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zentralisierten europäischen Superstaats andererseits." (S. 61)

„Wir Freie Demokraten möchten, dass die europäische Integration durch ein „**Europa der verschiedenen Geschwindigkeite**n" vereinfacht wird… Deshalb muss das Projekt der Europäischen Staatsanwaltschaft nun endlich abgeschlossen und schnell umgesetzt werden." (S. 61)

„Wir Freie Demokraten wollen eine echte **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** in Europa… Der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sollte dabei eine Schlüsselposition als „EU-Außenministerin" zukommen" (S. 62)
„Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer **Europäischen Armee** unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle. Dazu streben wir schrittweise eine engere Verzahnung und den Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen Mitgliedsländer an und damit die Schaffung einer **Europäischen Verteidigungsunion**" (S. 62)

„**Europol** soll zu diesem Zweck [Terrorismusbekämpfung] zu einer **EU-Bundespolizei** ausgebaut und ein **EU-Nachrichtendienst** gegründet werden, welche beide dem EU-Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Zudem muss durch eine **Stärkung von Eurojust** die Kooperation auf der Ebene der Staatsanwaltschaften und Gerichte gestärkt werden, um auch schneller und effektiver zu Urteilen kommen zu können." (S. 64)

„Wir Freie Demokraten setzen uns für **Maßnahmen gegen EU-Staaten ein, die dauerhaft Grund- und Menschenrechte verletzen**. Wir beobachten die innenpolitischen Entwicklungen in einigen EU-Staaten mit Sorge… Wir setzen uns für eine **Reform der Rechtsstaatskontrolle** ein, um bei dauerhaften Verletzungen unserer Werte auch unterhalb der Schwelle des Stimmentzugs **wirksame Sanktionen verhängen** zu können." (S. 63)

„Nationale Lösungen [zur **Cybersicherheit**] können … langfristig alleine nicht bestehen. Auch im Cyberraum lohnt es sich, die **europäischen Fähigkeiten** zu **bündeln**" (S. 58) „Wir Freie Demokraten wollen ein **No-Spy-Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**." (S. 59)

„[Wir] unterstützen … die Idee der Entwicklung eines gemeinsamen **Europäischen Kulturinstituts**." (S. 24)

10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen

„Wir Freie Demokraten wollen den **europäischen digitalen Binnenmarkt**. Denn laut Schätzung der Europäischen Kommission könnten dadurch jährlich 415 Milliarden Euro erwirtschaftet werden und hunderttausende neue Arbeitsplätze in Europa entstehen“ (S. 19)

„Euro nachhaltig stabilisieren: Wir Freie Demokraten wollen die Glaubwürdigkeit der im europäischen Recht verankerten **Nichtbeistandsklausel stärken**. Diese besagt, dass weder die Europäische Union noch einzelne Mitglieder für die Schulden eines anderen Mitgliedstaates haften müssen… Wir wollen, dass die Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haftung ausgeschlossen bleibt. Deshalb darf der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht als ständiger Nothelfer missbraucht werden… **ESM-Hilfen sollen auch nicht dauerhaft durch weitere Maßnahmen der Europäischen Zentralbank ergänzt oder ersetzt werden**. Eine S**taatsfinanzierung durch die Notenpresse lehnen wir strikt ab**. Zudem wollen wir eine **Staateninsolvenzordnung** für die Eurozone schaffen, damit bei fehlender Schuldentragfähigkeit eine geordnete Schuldenumstrukturierung als Ausweg aus der bisher endlosen Rettungsroutine möglich wird. Denn nur so kann die Gefahr gebannt werden, dass die Währungsunion zu einer dauerhaften Transferunion zu Lasten der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird.“ (S. 69f.)

„Wir Freie Demokraten wollen die europäischen **Verträge so anpassen, dass Mitgliedsstaaten nach einem geregelten Verfahren aus dem Euro-Währungsgebiet austreten können, ohne ihre EU-Mitgliedschaft zu verlieren**… Mit der Rückkehr zu einer eigenen Währung und der Möglichkeit, diese abzuwerten, kann dieser Staat seine Wettbewerbsfähigkeit steigern.“ (S. 70)

„Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass beim **europäischen Bankenabwicklungsmechanismus** die sogenannten „Bail-in“-Regeln und die damit vorgesehene Haftungsreihenfolge konsequent angewandt werden. Das bedeutet, dass im Insolvenzfall zunächst die Aktionäre und Gläubiger einer Bank in Haftung genommen werden. Erst dann können Mittel des gemeinsamen Abwicklungsfonds herangezogen werden, in den die europäischen Banken einzahlen“ (S. 71)

„Wir Freie Demokraten wollen die **Durchsetzung automatischer Sanktionen zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen** Union. Zentral ist für uns dabei, dass die Sanktionen bei einem abgeschlossenen Defizitverfahren automatisch vollzogen werden. Denn wenn Sanktionen ständig aus politischen Gründen ausgesetzt werden, sind sie unglaubwürdig.“ (S. 71)

10.4 EU-Bei- und Austritte

„Wir Freie Demokraten fordern eine **verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU**. Die Ukraine, Moldau und Georgien haben im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik Assoziierungsabkommen angenommen.“ (S. 56f.)

„Wir Freie Demokraten wollen die **Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei** in der bisherigen Form **beenden** und die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen… Insbesondere die … geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat erfüllt die Türkei zurzeit eindeutig nicht. Die Türkei ist und bleibt aber als NATO-Mitglied, und als eng mit der EU vernetzter Nachbar, ein unverzichtbarer Partner, so wie umgekehrt auch die Türkei auf die Kooperation mit der EU angewiesen bleibt.“ (S. 56)

„Wir Freie Demokraten **bedauern die Brexit-Entscheidung** der britischen Bürgerinnen und Bürger, wollen aber nun pragmatisch mit der Situation umgehen. … Dabei wollen wir auch die **Interessen Schottlands und Nordirlands** angemessen berücksichtigen. Sollten sie sich dazu entschließen, aus dem Vereinigten Königreich auszuscheiden, so sollten ihnen, genauso wie auch Großbritanniens, die Türen der EU wieder offenstehen. Es ist wichtig, **Großbritannien als einen starken Partner der EU zu erhalten, aber nicht um jeden Preis**: Ein „Rosinenpicken" oder die Aufgabe grundlegender Prinzipien des Binnenmarktes kommt für uns nicht in Frage. Besonders wichtig ist, dass die EU und Großbritannien vor Frühjahr 2019 Klarheit über ihr zukünftiges Verhältnis schaffen, damit die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament auf neuer Grundlage durchgeführt werden können." (S. 56)

AfD

10.1. Wahrnehmung der EU

„Die AfD steht für die **Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen**. Das bedeutet, dass alle Nationen das Recht haben, sich in **souveränen Staaten** zu organisieren. Als solche können sie **völkerrechtliche Verbindungen** eingehen und gemeinsame Interessen als **Staatengemeinschaft** wahrnehmen. In Europa war dies über die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erfolgreich** gelungen. Der Versuch, über die **Verträge von Maastricht (1992) und Lissabon (2008)** einen „**Staatenverbund**" zu schaffen, wie das Bundesverfassungsgericht diese vorbildlose Konstruktion nennt, muss als **gescheitert** betrachtet werden." (S. 7)

„Stattdessen werden durch die **EU**, die den Anspruch erhebt, kontinentaler Staat zu werden, die existierenden, **demokratischen Nationalstaaten in ihrer Funktion eingeschränkt bzw. dauerhaft zerstört**. **Es gibt weder ein europäisches Staatsvolk**, das für ein solches Vorhaben konstitutiv wäre, noch ist erkennbar, dass sich ein solches auf absehbare Zeit herausbildet… Nur in **nationalen Staaten** mit demokratischer Verfassung … kann **Volkssouveränität** gelebt werden, die Mutter und das Herzstück der Demokratie." (S. 7)

„Das **Schengen-Abkommen betrachten wir als gescheitert**, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht gegeben ist. *Es muss deshalb wieder ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag"* (S. 20)

10.2. Reform der EU (inkl. Verteidigungspolitik)

„Ohne Volkssouveränität keine Demokratie: … Die Rechtsstaatlichkeit muss wiederhergestellt werden, und der Staat muss seine eigentlichen Kernaufgaben, insbesondere die Gewährleistung der inneren Sicherheit, wieder wahrnehmen. **Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen**. Ein Staat, der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staatsgebiet aufgibt, löst sich auf. Er verliert seine Eigenstaatlichkeit… Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten!" (S. 7)

„**Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten,** … **die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren**… Ähnlich wie heute im Vertrag über die Europäische Union (EUV) in Art. 50 vorgesehen, behält sich jeder Staat ein Austrittsrecht vor. Sofern eine solche Konzeption [Staatenbund souveräner Staaten] mit den derzeitigen Partnern der EU nicht einvernehmlich auszuhandeln ist, ist **Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der bestehenden EU auszutreten**." (S. 7f.)

„Sozialleistungen sollen Ausländern aus EU-Mitgliedsstaaten erst dann gewährt werden, wenn diese zuvor vier Jahre versicherungspflichtig in Deutschland beschäftigt waren und ihren Lebensunterhalt damit vollständig selbst decken konnten." (S. 29)
„Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab." (S. 18)
„Auf EU-Ebene wollen wir dafür sorgen, dass das Deutsche dem Englischen und Französischen auch in der alltäglichen Praxis gleichgestellt wird, solange die EU noch besteht." (S. 47)

10.3. Währungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen

„Der Euro ist gescheitert" (S. 13) „Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar: Die Geschäftsgrundlage des Euro war: Keine Haftung für die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln sind zerstört worden. **Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen**." (S. 14)

„Willkürliche ‚Rettungsmaßnahmen' zugunsten einzelner Banken und Unternehmen oder gar eine ‚**EU-Wirtschaftsregierung**' lehnen wir ab." (S. 14)
„Die ‚**Bankenunion**' wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte Haftungs- und Transferunion. Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen" (S. 15)

„Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Wir wollen deshalb **für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark") rechtzeitige Vorkehrungen treffen**." (S. 16)

EZB: „Die AfD fordert die **Durchsetzung des vertraglichen Verbots der Staatsfinanzierung** und eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf Geldpolitik im engeren, klassischen Sinn. Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden. Eine Politik der künstlich herbeigeführten Null- und Negativzinsen führt zur Zerstörung der zentralen Märkte für Anleihen." (S. 14)

10.4 EU-Bei- und Austritte

„**Das deutsche Volk soll … nach dem britischen Vorbild über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone und gegebenenfalls der EU abstimmen**!" (S. 8)

„Die **Beziehungen zur Türkei** sind dagegen [im Gegensatz zu den Beziehungen zu Russland] **erschüttert** und müssen neu gestaltet werden. Die **Türkei gehört kulturell nicht zu Europa**. Die aktuellen politischen Entwicklungen geben Anlass zur Sorge und zeigen, dass sich die Türkei noch weiter von Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt hat. **Die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO ist zu beenden**, die Bundeswehr aus Incirlik abzuziehen und alle direkt und indirekt an die Türkei im Rahmen internationaler, mulitilateraler und bilateraler Abkommen gewährten Geldleistungen umgehend zu stoppen. Die **AfD lehnt ferner den Beitritt der Türkei zur EU** ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen." (S. 19) „[Ebenso] lehnen wir … Visaerleichterungen oder gar Visafreiheit für türkische Staatsbürger [ab]" (S. 29) „Das … Abkommen der EU mit der Türkei aus dem Jahr 1963 ist aufzukündigen." (S. 29)